ANTIFASCHISTISCHE ZEITUNG NRW

Nr. 4 Febr. - April 1994

2,50 DM



Auf ein erfolgreiches Wahljahr 1994!

EDITORIAL

In der vierten Ausgabe unserer Zeitung wollten wir inhaltlich eigentlich das kommende Wahljahr zum Schwerpunktthema machen, aber die Realität hat uns eingeholt. Neuere Entwicklungen in Solingen, die gescheiterten Skinprojekte und die Anti-Antifa haben uns beschäftigt. Dort, wo wir Aktivitäten von Wahlparteien beobachten mußten, haben wir natürlich auch darüber berichtet.

In der letzten Ausgabe sind uns leider einige Fehler unterlaufen. An dieser Stelle erfolgt nun die Korrektur.

Auf dem oberen Foto auf Seite 6 ist Ilse-Carola **Salm** (nicht Scheu) abgebildet. Außerdem muß es **"Ijzerbedevaart-Feier"** heißen. Der martialische NPD-Stand auf dem Foto von Seite 15 fand im **Januar 1983** statt und nicht "Ende der 80'ger". Auf der selben Seite fehlt ein Teil der Überschrift des Artikels "Rechtsschutz". Der fehlende Satz lautet: **"Das war in diesem Sommer die Reaktion der Kammer auf Presseberichte, wonach rechte Anwälte mit Hilfe dieses Büros versuchen wollen, die Beratung von Neonazis zu koordinieren."**

Im Artikel "Stacheldrahtlager für Flüchtlinge" auf Seite 36 ist beim Seitenumbruch zur Seite 37 eine Textpassage aus einem anderen Absatz dazwischengerutscht. Der korrekte Umbruch muß folgendermaßen lauten: **"Bei so wenig Bargeld ist es kaum verwunderlich, daß Flüchtlinge in Einzelfällen Ladendiebstähle begehen."**

Darüberhinaus gab es beim Textimport in das Satzprogramm Probleme, so daß stellenweise Umlaute wie "ß" oder "ä" falsch gesetzt wurden. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Entschuldigung!

Zum Schluß noch ein paar organisatorische Anmerkungen: Der nächste Redaktionsschluß ist in etwa für den 15. April geplant. Wir freuen uns über jede Zuschrift, allerdings veröffentlichen wir Artikel ohne NRW-Bezug nur ungern und nur in Ausnahmefällen (Keine Regel ohne Ausnahme).

Wir empfehlen das Antifa-Infoblatt aus Berlin für die überregionalen Zusammenhänge.

Darüberhinaus noch eine Bitte: Wenn Anzeigen veröffentlicht werden sollen, schickt uns eine layoutete Vorlage, am Besten in verschiedenen Größen.

Eure Antifa-Zeitung

Impressum

ViSdP: P. Schulze

Kontakt:

Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstraße 41
42105 Wuppertal

Bankverbindung:

Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW

Konto-Nr.: 301.0375.603

BLZ: 441 600 14

Auflage: 1500

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen:

Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 16.-DM, also 4.-DM pro Ausgabe. Bei Bestellungen von mehr als 10 Einzelexemlaren pro Ausgabe gibt es Rabatt. Bestellungen bitte an die oben genannte Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto Überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaus- händigung zurückzusenden.

INHALT

Editorial 2
Impressum 2
Inhalt 2
Marcus Scholz
Ein Neonazi als Pressesprecher der CDU 3
Neuorganisation militanter
Faschisten im Ruhrgebiet 5
Solingen: Bekennerschreiben aufgetaucht 7
Fehleinschätzungen, Pannen, Vorwürfe 8
Es grünt so Braun 10
Kölner Antifa zum Wahljahr 1994 11
Neofaschistische und Fremdenfeind-
gewalt in NRW ab Oktober 1993 13
Mehrere Anti-Antifa-Gruppen in NRW aktiv 14

Kurzmeldungen aus NRW-Städten

Bochum 15
Bonn 15
Düsseldorf 17
Dortmund 21
Essen 22
Grenzland 22
Herne 24
Hagen 25
Köln 26
Ostwestfalen 30
Sauerland 31
Siegen 31
Solingen 32
Wuppertal 34

Marcus Scholz
Ein Neonazi als Pressesprecher der CDU

Am 24. November überraschte die WAZ - Wattenscheid mit folgender Headline: " Ex - Neonazi nun Pressesprecher im CDU - Ortsverband ".

Was ein Skandal erster Güte ist, wird im folgenden Artikel sofort revidiert. Der geoutete CDUler distanziert sich auf Nachfrage der WAZ von diesem "Abschnitt seines Lebens" und lehnt "heute jedes rechtsradikale Gedankengut" ab. Der 1. Vorsitzende des Wattenscheider CDU - Ortsverbandes findet das Ganze "einen dicken Hund" und kündigt Gespräche an. Wie gut, daß der am 23.10. von der holländischen Zeitung "Vrij Nederland" (Nr. 42, 23.10.93) als Neonazi "hingestellte" M.S.(O-Ton WAZ) die Konsequenzen aus dem Wirbel zog. Er trat sofort aus der CDU aus und vom Amt zurück. Der 1. Vorsitzende Herr Schlenkhoff ist "natürlich froh, wenn die Angelegenheit auf diese Weise bereinigt wird. Dann brauchen wir nichts zu unternehmen."

Im überregionalen Teil der WAZ war der Fall von Anfang an klar. Hier täuschte ein 19jähriger die CDU.

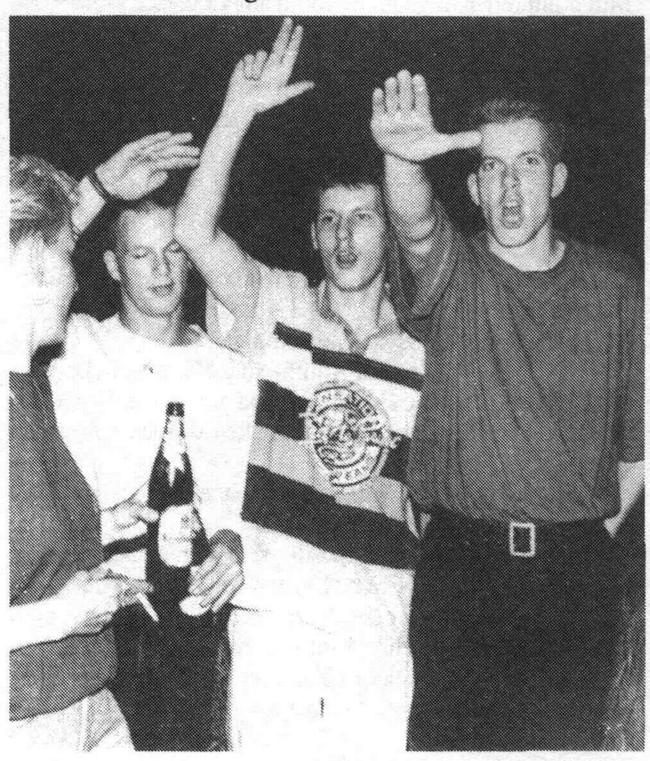
Klar ist aber nur eines: Marcus Scholz ist aktiver Faschist.

Und: Zumindest der Wattenscheider Regionalvorsitzender der CDU wußte von seiner Vergangenheit.

Marcus Scholz stieß 1991 zur rechtsradikalen Szene. Und zwar zu der Gruppe "Volkswille" Er stieg in der Hierarchie der Gruppe, die sich an der NSDAP orientiert, zum Kameradschaftsführer von Wattenscheid auf. Ortsgruppen gab es in Bochum, Wattenscheid und Essen. Die anderen Kameradschaftsführer waren - nach Angaben von Marcus Scholz, der Vrij Nederland ein Interview und bereitwillig Auskunft gab - von Beruf Rechtsanwalt und Firmenmanager). Die Gruppe zählte ca. 50 Mitglieder. Treffpunkt war oft das Zimmer von Scholz im Wohnheim des Augusta-Krankenhauses in Bochum. M.S. machte hier eine Ausbildung zum Krankenpfleger. Finanziell hatte die Gruppe, der einige Gymnasiasten und Studenten angehörten, nicht zuletzt dadurch ausgesorgt, daß einige Söhne reicher Eltern waren. (So jedenfalls die Angaben von Vrij Nederland.)

Hauptsächlich wurde erst einmal Propaganda verbreitet. M.S. persönliches Lieblingsmanifest war hierbei der "9 Punkte Plan zur Ausländerrückführung", der mittlerweile verbotenen Nationalistischen Front (NF). Für diesen Plan zeichnet Rechtsanwalt Jürgen Rieger verantwortlich. Der bundesweit bekannte Anwalt der Naziszene ist auch presserechtlich mitverantwortlich für die Postille "Recht und Justiz", die vom Bochumer DRSK, "Deutscher Rechtsschutzkreis e.V./Deutsche Rechtsschutzkasse", herausgegeben wird. Diese ist ein Unterorganisation der Bochumer "Unabhängige Freundeskreise", die wiederum Herausgeber der bundesweit vertriebenen faschistischen "Unabhängigen Nachrichten" (UN) ist.

Jenseits dieser örtlichen Verbindungen hielt "Volkswille" aber auch zu Frank Hübner, Bundesführer der jetzt verbotenen "Deutschen Alternative"(DA) aus Cottbus und zu Christian Worch, Führer der "Nationalen Liste"(NL) aus Hamburg Kontakt. Die Beiden sind hochrangige Funktionäre der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), die - von Michael Kühnen gegründet - sich als Aufbauorganisation der NSDAP versteht. Beide Organisationen waren nach eigenen Aussagen von M.S. stets über die Aktivitäten von "Volkswille" informiert und hätten diese "enthusiastisch" verfolgt.



Fotos aus: Vrij Nederland, Nr. 42 — Marcus Scholz

Im August 1992 macht die Gruppe um M.S. eine regelrechte Pilgerfahrt durch Europas Naziszene. Erst durch Deutschland, dann Dänemark, Holland und zuletzt Belgien. Dabei besuchen Bochumer Nazis u.a. den Autor Dieter Folmer und lassen sich in Dänemark von dem ehemaligen SS-Sonderführer Thies Christophersen (Verfasser der "Auschwitzlüge") erklären, daß in Auschwitz angeblich niemand vergast wurde. Nach einem Zwischenstop in Holland nehmen sie am 29. August 1992 im belgischen Diksmuide an der Ijzerbedevaart teil, einem Treffen nationalistischer militanter Flamen. Dieses Jahrestreffen nationalistischer Flamen ist in den letzten Jahren zu einem internationalen Treff von Faschisten geworden. Speziell in diesem Jahr wurde dort ein besonderes Projekt der Faschisten aus der Taufe gehoben:

Die "Anti-Antifa".

Federführend hierfür ist Christian Worch. Er will mit seiner "Anti-Antifa" durch die systematische Erfassung und Veröffentlichung von Namen, Adressen und Fotos von AntifaschistInnen, sowie deren Treffpunkte und Organisationen, diese dem braunen Terror preisgeben. Hierbei handelt es sich um eine neue Qualität. Denn was an faschistischen Gewaltaktionen bislang stattfand, war eher unorganisiert. Dagegen ist die "Anti-Antifa" ein koordiniertes, eigenständiges Projekt, an dem sich alle Gruppierungen und Parteien des rechten Spektrums beteiligen. Den intellektuellen Background liefert der Bonner Politologe Professor Knütter. Soweit wir wissen, gibt es mittlerweile an mindestens 11 Orten in der BRD "Anti-Antifa" Gruppen. Kontaktadressen im Ruhrgebiet sind Postfächer in Witten und Duisburg.

Motiviert durch ihre Fahrt, unterstützt durch den wachsenden Rassismus in Deutschland und inspiriert durch die Idee der "Anti-Antifa", überlegten sich Scholz und seine Gruppe selbst aktiv zu werden. Heraus kamen folgende Aktionen:

- Fahndungsplakate gegen AntifaschistInnen aus Wattenscheid,
- Bombendrohung einer "Aktion Werwolf" gegen die Eröffnungsveranstaltung der Multikulturellen Tage in Bochum am 15.9.92,
- Verbrennung von zur Auslieferung bereitstehender Exemplare der WAZ durch ein "Kommando Werwolf" am 18./19.9.92., verbunden mit der Drohung von Überfällen, wenn es zu positiver Berichterstattung der WAZ über die Multi-Kulti-Tage kommt,
- Angriffe auf Flüchtlingswohnheime,
- Sprühereien, die zu Morden an Antifas in Wattenscheid aufrufen,
- telefonische Mord- und Bombendrohungen gegenüber AntifachistInnen, Grünen, Schwulen und antirassistischen Gruppen;
- Krankenwagen werden an Antifa-Adressen geschickt,
- Antifas werden vor die Haustür gelockt, um sie zu überfallen,
- Radmuttern am Fahrzeug eines Linken werden gelöst, um einen Unfall vorzutäuschen,
- ein "Kommando Werwolf" zerstört eine Gedenktafel zum "Demokratischen Neubeginn 1946" die WAZ wird vor einer positiver Berichterstattung über anstehende antifaschistische Demonstrationen gewarnt,
- M.S. versucht sich bei der Autonomen Antifa einzuschleichen und nimmt an einer Antifa - Demo teil
- Verwüstung von Gräbern russischer ZwangsarbeiterInnen und WiderstandskämpferInnen am "Volkstrauertag".

Razzia bei "Volkswille"

Kurz vor einem Treffen mit aus den USA angereisten Mitgliedern des Ku-Klux-Klan veröffentlicht M.S. im Namen der HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.), eine Pressemitteilung im In- und Ausland, worin behauptet wird, Autonome hätten einen Faschisten ermordet, ein weiterer "Kamerad" läge im Koma. Diese Falschmeldung und fingierte Trauer - und Schweigemärsche der FAP sollten einen Kontrapunkt zu den Lichterketten im Winter 1992/93 setzen. Doch das Ganze war zu durchsichtig und zu groß angelegt (die Presseerklärungen gingen bis in die Schweiz, Spanien, Dänemark), weshalb sich die Polizei, die nach Angaben von M.S. im genannten Artikel von "Vrij Nederland" über alle Aktivitäten wußte, sich endlich genötigt fühlte, einzugreifen. Im Ergebnis kam es am 9.12.92 zu Hausdurchsuchungen in Essen , Bochum und Wattenscheid. Unmengen von Propagandamaterial, Gasmasken, Waffen, Chemikalien, elektronischen Bauteile und Sprengstoff wurden sichergestellt. Polizeisprecher Otto Heßmann: "Mit dem Sprengstoff hätten die halb Bochum in die Luft sprengen können". Erst fünf, dann sechs Mitglieder von "Volkswille" werden auf Grund des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung in Haft genommen.

Das Bauen von Bomben bestätigt in seinem Interview bei "Vrij Nederland" auch M.S.. Die Sprengkörper seien für AusländerInnen gedacht gewesen. Innerhalb der Ermittlungen sagt ein Zeuge aus, daß die Gruppe des weiteren erwog, einen "Roten" umzubringen. Außerdem verdächtigt die Staatsanwaltschaft einen der Beschuldigten, eine selbstgebaute Splitterbombe auf einer rechtsradikalen Demonstration mitgeführt zu haben, um sie gegen GegendemonstrantInnen einzusetzen. Für Außenstehende kein abwegiger Verdacht, verbreitet doch eine Oganisation "Werwolf" (?!) Anleitungen zu Bombenbau via Computer und kündigt an, ihre "agitatorische Munition durch Splitterhandgranaten, Flammöl und Explosivgeschosse" zu ergänzen. (Der rechte Rand Nr.24)

Einen Monat später schon werden die fünf Mitglieder der Gruppe "Volkswille" freigelassen, da "offensichtlich keine Haftgründe mehr vorliegen". (Helmut Plett, Oberstaatsanwalt Dortmund). Marcus S. kommt am 14. Juli 93 aus der Untersuchungshaft frei. Er findet schnell eine neue Wohnung. Geld verdient er in der Taxizentrale von Wattenscheid. Außer, daß er das nächste Jahr zur Armee geht, steht für ihn noch nichts fest. Einen rechten Freundeskreis hat er schnell wieder gewonnen. Untenstehendes Foto zeigt ihn mit dem "deutschen Gruß" auf einem Treffen mit seinen "neuen" Freunden. Auffallend ist, daß die beiden Typen auf dem Foto die gleichen Vornamen besitzen, wir die - nach der fingierten Presseerklärung von MS -angeblich gefolterten und getöteten "Kameraden".

Schwarz-Braun ist die Haselnuß

Mitglied der CDU ist Marcus Scholz auf Anfrage des regionalen Vorsitzenden der CDU Wattenscheid geworden. Dieser weiß von der Vergangenheit seines neu rekrutierten Mitglieds, wie "Vrij Nederland" schreibt. Doch ist dies für den Wattenscheider CDU-Chef kein Problem, war er doch selbst überzeugtes Mitglied der NSDAP. Und so wird Marcus Scholz, kurz nach seinem Eintritt in die CDU, Pressesprecher der Wattenscheider Christdemokraten.

Mittlerweile sind mehr als ein Monat verstrichen, seitdem die schwarz - braune Connection geoutet wurde. Die CDU und die holländischen Journalisten mauern und mit Ausnahme des Lokalfunks "Ruhrwelle" kam es zu keiner weiteren nennenswerten Berichterstattung. Auch die vom Lokalfunk verbreitete Information, wonach mindestens drei Wattenscheider CDUler über die Gesinnung ihres Ex - Pressesprechers sehr wohl informiert waren, scheint bis heute weder die übrigen Bochumer Parteien - einschließlich der Grünen - noch die sonstigen Medien zu interessieren.



Scholz (2v.l.) bei einem CDU-Partei treffen

Neuorganisation militanter Faschisten im Ruhrgebiet

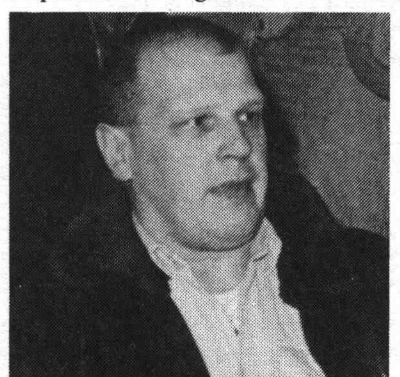
Am 3.12.93 versuchten die "Deutschen Nationalisten" in Dortmund eine Versammlung zur Gründung eines Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Dieser Versuch ging gründlich daneben - trotzdem lohnt es sich, einen Blick auf diese Gruppierung zu werfen.

Rechts wie Links: Extrem!

Für den 3.12.93 hatte die Organisation "Deutsche Nationalisten" (DN) bundesweit zu einem Treffen nach Dortmund mobilisiert, um hier einen NRW-Landesverband zu gründen. Am Abend hatten sich in der Nähe der angekündigten Sammelpunkte der Nazis zahlreiche AntifaschistInnen eingefunden, um das Treffen zu verhindern. Auch den Schützern von Recht und Ordnung war das Treffen bekannt: Bereits 3 Tage zuvor kündigte die Polizei den Beschäftigten des Dortmund-Baroper Bahnhofs - einem der Treffpunkte - an, daß sie hier observieren würden. Auf die Idee, die Öffentlichkeit vor dem Auflaufen der Faschisten zu warnen, kamen sie nicht, obwohl wenige Tage zuvor die Einblick-Broschüre veröffentlicht worden war.

Statt dessen wurden bereits im Vorfeld weitab von den Treffpunkten die ersten AntifaschistInnen festgenommen. Als dann am Baroper Bahnhof gegen 19:00 Schüsse aus Gaspistolen fielen, handelte die Polizei im großen Maßstab und nahm alle ihr als "Extremisten" verdächtig erscheinenden Personen fest.

Später wurden dann an einem weiteren Treffpunkt nochmals 20-25 GegendemonstrantInnen verhaftet. Alle Verhafteten wurden- ohne Angabe von Gründen bis etwa 3:00 im Polizeipräsidium festgehalten. Von den insgesamt 62 Festgenommenen waren etwa 35 Antifaschistinnen. In den Zeitungen war an den nächsten Tagen von "Extremisten-Streit" und "Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und Linken" zu lesen - nichts aber von den willkürlichen Verhaftungen der Polizei und keine Stellungnahmen gegen das Treffen der Neonazis.



Der Bundervorsitzende und NRW Landesvorsitzende der FAP, Siegfried Borchard

Nach Angaben der Polizei waren die angereisten Faschisten wie bereits auf der Heß-Demonstration in Fulda sehr gut mit Kommunikationsmitteln- sprich Mobiltelefonen- ausgerüstet. An Geld scheint es offenischtlich nicht zu mangeln.

Interessant ist, daß einer der festgenommnen Nazis- der gar nicht mehr so fette- Siegfried Borchardt (Landesvorsitzender der FAP in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender) war. Seine Anwesenheit läßt folgende Vermutungen plausibel erscheinen:

- Die bisher verfeindeten militanten Flügel um den FAP-Vorsitzenden Busse einerseits und die GdNF Organisationen andererseits scheinen sich zumindest bei gemeinsamen Aktionen anzunähern.
- Die FAP versucht weiterhin, sich auf das angekündigte Verbot vorzubereiten und ihre Kontakte zu anderen Gruppierungen auszubauen.



Am Abend des 3.12.1993 in Dortmund Barop

- Die Neonazis bemühen sich verstärkt, im östlichen Ruhrgebiet wieder aktiv zu werden. Nach dem Zerfall der FAP in Dortmund, der mit den 'Verschwinden' Borchardts (zeitweilig ins Gefängnis, zeitweilig in die neuen Bundesländer) aus der Region einherging, und der Verhaftung des NO-Funktionärs Sennlaub (siehe Antifa-Zeitung NRW Nr. 1) traten die militanten Nazis in Dortmund und Umgebung nicht mehr in die Öffentlichkeit.

Die Deutschen Nationalisten - eine neue Organisation?

Die Gründung der DN war am 21.7.93 in Mainz, dem offiziellen Sitz dieser Gruppierung. Aus Mainz kommt auch der komplette Bundesvorstand; sein wichtigstes Mitglied ist der Bundesvorsitzende Michael Petri (s. u.). Kurz nach der Gründung gibt Petri die Mitgliedszahl "trotz des Terrors" gegen die Partei mit knapp 100 an - kurz zuvor hatte die Polizei bei einer bundesweiten Aktion mehr als 60 Wohnungen und Treffpunkte von Neonazis durchsucht; dabei wurde auch Petri auf dem Anwesen des bekannten faschistischen Ehepaares Müller in Mainz angetroffen. Als Ziel der Parteigründung formulierte er die "Sammlung aller positiven Kräfte" und die Bildung einer "starken, zuverlässigen und glaubwürdigen Opposition". Von Beginn an wurde eine Ausdehnung der DN über Rheinland-Pfalz hinaus angestrebt; so wurde am 27.11.93 in Hessen ein Landesverband gegründet.

Hervorgegangen ist die DN aus der im Dezember 1992 verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) obwohl Petri natürlich betont, daß die DN keinesfalls eine Fortführung der DA sei. Dagegen sprechen sowohl die Karriere des Jungfaschisten Petri als auch die Strategie der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), ein Netzwerk von zum Teil nur regional arbeitenden Organisationen (Nationale Liste, Nationale Offensive, Aktionsfront Nationaler Kameraden, Sauerländer Aktionsfront, Westfalenfront, ...) aufzubauen. So sollen einerseits Verbote leicht umgangen werden und andererseits neue Mitglieder



in die faschistische Bewegung integriert werden. Geleitet werden diese Organisationen von Kadern der GdNF, zu denen mittlerweile offensichtlich auch Petri gehört.

Michael Petri - eine Karriere nach Maß

Der 21jährige Petri hat eine bewegte Karriere im rechten Lager hinter sich. Bereits mit 14 trat er 1986 der "Deutschen Volksunion" (DVU) bei, leitete schon 1988 den DVU-Ortsverband in Hochheim am Main und wurde 1989 Vorsitzender des DVU-Kreisverbandes Main-Taunus. Im gleichen Jahr lernte er Michael Kühnen kennen und wurde Landesbeauftragter der DA in Rheinland-Pfalz; 1992 wurde er dann Landesvorsitzender der DA in Rheinland-Pfalz. Am 18.7.92 war er einer der Redner auf der ersten Anti-Antifa Kundgebung in Meschede. Organisiert wurde die Kundgebung von der "Sauerländer Aktionsfront" mit Unterstützung durch die "Nationale Liste" (NL) und die DA. Der FAP-Bundesvorsitzende Busse untersagte den Mitgliedern seiner Partei damals die Teilnahme, da ihm kein Rederecht zugesichert wurde.

Nach dem Verbot der DA im Dezember 1992 fand Petri schnell einen neuen Wirkungskreis bei der neugegründeten "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK), einer der vielen Gruppen im Netz militanter Organisationen der GdNF. Dort wurde er am 23.3.93 Mitglied im vierköpfigen Bundesvorstand, trat allerdings schon im Juni 1993 wieder zurück und aus der Partei aus. Als Grund gab er die Homosexualität von Manfred Huck an, einem weiteren Mitglied im Bundesvorstand der ANK. Wie leicht die Namen der jeweiligen Gruppen austauschbar sind, zeigt sich daran, daß Petri schon einen Monat später am 21.7.93 die DN gründete und deren Bundesvorsitzender wurde.



Michael Petri

Petri hat zumindest seit Beginn der 90er Jahre enge Kontakte zu den Kadern der GdNF. So trat er häufig zusammen mit Christian Worch ("Nationale Liste") als Redner auf und ist reger Besucher bei dem faschistischen Ehepaar Müller in Mainz. Am 14.8.93 koordinierte er u.a. zusammen mit Worch die Heß-Demonstration in Fulda.

Verbindungen zur Anti-Antifa (AA)

Die AA gibt es unter diesem Namen seit ca. September 1992; initiiert wurde sie von Christian Worch. Schon damals wurde übrigens die erste Ausgabe des "Anti-Antifa Magazins Einblick" angekündigt, in dem die "Drahtzieher der Knüppelhelden und Steinewerfer" genannt werden sollten. Mittlerweile wurde die erste Einblick-Ausgabe sehr pressewirksam veröffentlicht und hat in den Medien für die gewünschte Publizität gesorgt.

Maßgeblich an der AA Kampagne beteiligt war das sogenannte "Nationale Infotelefon", das als Koordinierungsstelle der militanten Faschisten eingerichtet wurde. Ursprünglich wurde es von Wiesbaden aus von Stephan Cumic ("Deutsches Hessen") betrieben, mittlerweile wird es von Mainz aus durch die DN-Mitglieder Illias Casteas und Sascha Chaves getragen. Über das "Nationale Infotelefon" wurde einerseits zur Denunziation aufgerufen, andererseits wurden über das Telefon Namen und Anschriften von linken Gegnern bekanntgegeben. Am 7.6.93 wurde folgender Aufruf verbreitet: "Für die Erstellung einer Anti-Antifa Broschüre werden alle Kameraden gebeten, Informationen über 'Zecken' der Anti-Antifa zukommen zu lassen ... Namen, Adressen, Fotos, Kfz-Kennzeichen ..."; später wurde dann für die Einblick-Broschüre geworben.

"Freiheit für Gottfried Küssel"

Die DN unterstützte ebenfalls eine Initiative "Freiheit für Gottfried Küssel". Über das Infotelefon wurde mehrere Wochen lang zu einer Kundgebung in Wiesbaden aufgerufen, auf der u.a. Michael Petri reden sollte. Küssel ist Führer der "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), dem Ableger der GdNF in Österreich. Nach dem Tod von Michael Kühnen galt er als einer seiner Nachfolger als 'Führer' der GdNF. Im Februar 1992 wird er allerdings in Wien verhaftet und im September 1993 zu 10 Jahren Haft verurteilt. Zur VAPO gehören auch die beiden österreichischen Terroristen, die nach der Serie von Briefbomben-Attentaten als Tatverdächtige festgenommen wurden. Die in der Presse formulierte Vermutung, daß sie "Verbindungen zu deutschen Neonazis" haben sollen, kann nur als eine verharmlosende Darstellung des internationalen faschistischen Netzes bezeichnet werden.

Solingen: Bekennerschreiben aufgetaucht

"Ich war dabei"-Hetze an der Duisburger Uni

24 Stunden nach dem Brandanschlag von Solingen ging, beinahe auf die Minute genau, ein Fax beim örtlichen ÖTV-Büro ein. Inhalt ist ein Hetzgedicht "Türke, Türke, Du wirst pennen, während wir Dein Haus abbrennen...". Im Sendeprotokoll des Fax fehlt der sonst vorhandene Absender.

Verantwortlich für das mit Hakenkreuz versehene und auf Computer gestaltete Pamphlet zeichnet sich die "Nationalsozialistische Befreiungsfront der Arier in Doitschland", kurz NSBD.

Mittlerweile gibt es starke Anhaltspunkte dafür, daß dieses Fax von Personen stammt, die an der Duisburger Uni mit rassistischen und frauenfeindlichen Pamphleten für Aufsehen sorgten. Zwei dieser Flugblätter sind mit NSBD unterzeichnet, die Abkürzung steht hier für "Nationaler Studentenbund Deutschland - Kampfgruppe Duisburg". KennerInnen der neofaschistischen Szene sind ansonsten keine weiteren Gruppen mit der Bezeichnung NSBD bekannt.

In einem im August an der Uni Duisburg verteilten Flugblatt bekennt sich ein NSBD-Mitglied dazu, zusammen mit anderen das tödliche Feuer in Solingen gelegt zu haben. Das extrem rassistische Schreiben ist im Stil eines Erlebnisberichts ("Ich hatte einen Kanister besorgt..") abgefaßt und beschreibt ausführlich den Ablauf der Brandstiftung, die ersten Minuten des Brandes und die anschließende Flucht. Nach Informationen des WDR ("Aktuelle Stunde", 14.12.93) ist dieses Schreiben ernst zu nehmen, weil ein Detail aus dem geschilderten Tatablauf nicht aus den veröffentlichten Informationen zu entnehmen gewesen sei. Sollte es sich um ein authentisches Bekennerschreiben handeln, so war die Brandstiftung eine vorbereitete und abgesprochene Tat. Aussagen wie "Wir trafen uns pünktlich.." deuten darauf hin. Die bei den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes offen gebliebenen Fragen nach dem verwendeten Brandbeschleuniger und nach dem Gefäß, in dem er transportiert wurde, werden in dem Schreiben beantwortet. Das NSBD-Mitglied will einen Kanister Benzin besorgt haben. Wie auch die anderen NSBD-Schreiben zeichnet sich auch dieser Bekennerbrief durch extremen Ausländerhaß und Frauenverachtung aus. So schreibt der Verfasser "Als ich am nächsten Morgen höre, daß es nur Weiber erwischt hat, bin ich doppelt stolz: Diese Gebärmaschinen mit ihren Kinderherden sind doch dafür verantwortlich, wenn wir von Türken übervölkert werden. Wir haben die richtigen getroffen. Sieg!"

Sei etwa eineinhalb Jahren ist der NSBD in Duisburg aktiv. In dieser Zeit sind verschiedenen Flugblätter und ein Computerspiel aufgetaucht, für das der NSBD verantwortlich ist: "Psycho: Tauge ich zum Diplom oder gar zur Promotion?". Das Spiel richtet sich gegen ausländische Studenten und Frauen an der Uni; der Autor fürchtet Konkurrenz für die männliche, weiße Studentenschaft.

Kurz vor Beginn des Wintersemesters tauchten rassistische Briefe an Mitarbeiter des Fachbereichs Chemie auf. In den Briefen wird der Niedergang der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes und die Akademikerarbeitslosigkeit beklagt, verursacht durch AusländerInnen und "Karriere-Emanzen". Auffällig an diesen Schreiben ist die frauenfeindliche Ausrichtung. Zitat: "Die durch Ausländerflut verursachte Überfremdung der Gesellschaft wird durch die deutsche Karriere-Emanze weiter verschärft, die sich von der Familie entfremdet und mehr und mehr egoistische, konsumorientierte Prinzipien entwickelt und die Selbstbefriedigung über Karriere und Kreditkarte auf Bergen von Leichen ermordeter, ungeborener deutscher Kinder erbaut. Das Verhalten dieser inländerfeindlichen Emanzen, die ihrer natürlichen biologischen Rolle entfremdet sind, gefährdet unsere Zukunft in gleichem Maße wie die durch Kanaken verursachte Moslemisierung der Gesellschaft." Kein Wunder, daß sich die Briefe vor allem gegen Frauen richten, die angeblich abgetrieben haben. Der NSBD rühmt sich damit, Datenbanken der Krankenkassen und holländischer Kliniken angezapft zu haben und mit diesem Material "schwarze Listen" erstellt zu haben. Weitere Aktionen gegen Frauen werden angedroht. Mindestens 19 dieser Briefe wurden verschickt, nach einer Selbstbezichtigung des Autors sogar 43. Zum Teil waren die Adressen der Mitarbeiter, die aufgefordert werden, sich "von allen Volksschädlingen. zu distanzieren", nicht öffentlich bekannt. Angeblich besitzt der NSBD sogar Kenntnis von den Kontonummern und den Kontoständen der Briefempfänger.



Nazi–Software an der Uni-Duisburg

Nach Auffassung der "Antifaschistischen Nachrichten" verbirgt sich hinter dem NSBD eine Einzelperson.

Zusätzlich wurden in Duisburg seit einiger Zeit verschiedene Personen, die sich gegen Nazipropaganda ausgesprochen haben, durch Drohanrufe mit elektronisch verzerrter Stimme belästigt. Ist der Autor von Fax und Bekennerschreiben ein Computerfreak oder Elektroniker, der an der Duisburger Uni verkehrt?

Auch aus dem Bekanntenkreis des wegen des Brandanschlags zuerst festgenommenen Christian Reher kamen Hinweise darauf, daß der Brandanschlag geplant war. Ein aus Solingen stammender Jugendlicher, der in Rendsburg in einem Heim lebt, will am Mittwoch vor dem Anschlag mit Bekannten von Reher in Solingen telefoniert haben. Er sei darüber informiert worden, daß er bei einem Besuch am Wochenende einen Brand in der Unteren Wernerstraße erleben würde.

Fehleinschätzungen, Pannen, Vorwürfe

Trotz zum Teil schwacher Indizien wird Anklage gegen alle vier Tatverdächtigen des Solinger Brandanschlags erhoben

Im November, sechs Monate nach dem fremdenfeindlichen Brandanschlag in der Unteren Wernerstraße, der fünf Frauen und Mädchen das Leben das Leben kostete, ermittelte das Bundeskriminalamt wieder in der Klingenstadt. Zahlreiche Zweifel, ob die vier Festgenommen an der Tat beteiligt waren, sowie Vorwürfe gegen die Ermittlungsbehörden wurden laut.

Ende November versuchten BeamtInnen des Bundeskriminalamts an der Tankstelle Schlagbaumer Straße, wo die mutmaßlichen Täter Benzin für den Brandanschlag besorgt haben könnten, kleine Mengen Sprit zu zapfen ohne daß der Computer dies registriert. Vergeblich, weiter fehlt ein wichtiges Indiz in der Beweiskette. Überhaupt ist unklar, welcher Brandbeschleuniger den verheerenden Brand verursachte. Ein erstes, von einem Experten stammendes Gutachten nennt Pinienterpentin, welches nachts vor dem Brandanschlag nicht ohne weiteres beschafft werden konnte. Das Anfang Dezember vom BKA vorgelegte Gutachten spricht hingegen davon, Naturterpentin sei in Bademitteln enthalten, die beim Abbrennen des Hauses durch die berstende Geschoßdecke in den Eingangsbereich des Hauses gelangt sein könnten. Jedenfalls kann Pinienterpentin in Fachgeschäften erworben werden, die Farben und Materialien für Kunstmaler anbieten.

Das Gutachten des BKA gibt ausgerechnet in der umstrittenen Frage des Brandbeschleunigers keine Auskunft. Der Schutt aus dem Eingangsbereich des abgebrannten Hauses sei bereits weggeräumt gewesen, als ExpertInnen des BKA ihre Untersuchungen aufnahmen. Die Feuerwehr dementiert dies. Mittlerweile sind die Überreste des Hauses beseitigt und planiert worden. Man habe damit dem Wunsch der Familie Genc entsprochen, betont ein Funktionär der Stadt Solingen, die bei der Beseitigung des Beweismittels gegen den Willen des türkischen Konsulats handelte.

Die von Anwälten der Tatverdächtigen beantragte Haftprüfung hat Solingen wieder bundesweite Aufmerksamkeit gebracht. Vier Verdächtige sitzen seit Juni in Untersuchungshaft. Zwei von ihnen, der zuerst festgenommene Christian Reher. (16) sowie Markus Gartmann. (23), haben widersprüchliche Geständnisse abgelegt und zum Teil wieder zurückgezogen. Die Anwälte der anderen beiden Tatverdächtigen, Felix Köhnen. (16) und Christian Buchholz. (20), wollten die Entlassung ihrer Mandanten wegen zahlreicher Zweifel an den vom BKA zusammengetragenen Indizien. Bundesrichter der Bundesgerichtshofs Karlsruhe entschieden jedoch im Dezember, daß die Tatverdächtigen weiter in U-Haft bleiben. Ende Dezember wurde dann auch offiziell Anklage gegen alle vier erhoben, der Prozeß wird demnächst vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf geführt werden.

Der rechtsgerichtete Hooligan Christian R. hatte vor dem Anschlag gegenüber MitschülerInnen gedroht, daß das Haus bald brennen würde. Nach dem Brandanschlag wurde er der Öffentlichkeit zunächst als Einzeltäter präsentiert. Er hat mehrere widersprüchliche Geständnisvarianten abgelegt und mittlerweile vor einem Psychiater behauptet, er habe das BKA "verarscht". Die anderen drei seien nicht dabei gewesen. Auch DVU-Mitglied Markus G. hat in seinen widerrufenen Geständnissen mehrere Varianten geliefert. Widersprüchlich sind insbesondere Aussagen über den Brandbeschleuniger und das zugehörige Gefäß, mal ein Kanister, mal eine Flasche.

Es war das dritte der Geständnisse von Christian R., das letztendlich zur Festnahme der anderen drei führte. Die Namen sollen ihm vom BKA genannt worden sein, auf Fotos erkannte er sie nicht. Er habe sich seine Mittäter nicht "so genau" angesehen.

Rechtsanwälte und Journalisten stellten ein umfangreiches Paket an Indizien zusammen, das zweifelhaft erscheinen läßt, ob die drei überhaupt zur Tatzeit in der Unteren Wernerstraße gewesen sein können. Das Trio soll in der Nacht vor dem Anschlag zunächst einen Polterabend in der Gabelsbergerstraße besucht haben. Während die Bundesanwaltschaft davon ausgeht, hier sei es zum Streit mit zwei "Jugoslawen" gekommen, sprechen Anwälte davon, daß es Streit untereinander gegeben hat. Solch ein Streit kann schwer das Motiv für die fremdenfeindliche Tat gewesen sein.

Nach Mitternacht besuchten die drei ihren Freund Karsten H. in der Bozenerstraße. Dieser sagte gegenüber den Ermittlungsbehörden aus, die drei seien schon vor eins wieder gegangen, eine Aussage, die von einer Nachbarin bestätigt wurde. Sie hatte aber zu diesem Zeitpunkt nicht auf die Uhr geschaut, sondern später aus eigenen Aktivitäten geschlossen, daß es etwa 0.45 Uhr gewesen sein muß, als sie mehrere Personen aus dem Haus gehen hörte. Sie wie auch andere AnwohnerInnen wurden allerdings erst sieben Wochen nach dem Anschlag vom BKA befragt. Die "Ausländer", mit denen es zuvor Streit gegeben haben soll, wollen andererseits nach einem Bericht des Solinger Tageblatts die drei mutmaßlichen Täter gegen 0.40 Uhr vor ihrem Besuch in der Bozenerstraße an einer Bushaltestelle in der nahen Bismarckstraße gesehen haben.

Gegenüber dem ZDF ließ Karsten H. jedoch verlauten, er sei bei der Vernehmung unter Druck gesetzt worden und habe falsch ausgesagt. Tatsächlich seien die drei erst nach 2 Uhr gegangen. Bis zum Tatort hatten sie immerhin mehr als vier Kilometer zu Fuß zurückzulegen, wobei auch noch Benzin besorgt worden sein soll. Der Brand wurde der Feuerwehr jedoch schon um 1.41 Uhr gemeldet, wobei der Feuerwehrchef schätzt, daß das Haus zu diesem Zeitpunkt schon einige Minuten gebrannt haben muß. Nach Überlegungen der Feuerwehr und muß der Brand vor 1.30 Uhr gelegt worden sein. Ein Detail in einem der Geständnisse von Christian R, das sich mit der Aussage einer Zeugin deckt, deutet ebenfalls auf eine Tatzeit vor 1.30 Uhr hin. Auch bei der von den Ermittlungsbehörden favorisierten Version der Vorgänge, wonach die drei etwa 0.45 Uhr die Bozener Straße verließen, dürfte die Zeit also kaum ausgereicht haben, um angesichts des langen Fußweges auch noch Benzin zu besorgen. Die demnach wichtige Frage, wieviel Zeit zwischen der Brandlegung und dem Feuerwehreinsatz verging, wird von



Der Solinger Landtagsabgeordnete und SPD-Landesgeschäftsführer Ernst-Martin Walsken vertritt mittlerweile die Auffassung, BKA und Bundesanwaltschaft würden die organisatorische Vernetzung rechtsradikaler Gruppen verkennen. Angesichts der kaum erkennbaren polizeilichen Ermittlungen in Richtung DHKKV kommt er zu dem Eindruck, “daß Spuren nicht aus- reichend verfolgt wurden”. Auch ein FAX mit ausländerfeindlichem Inhalt, das in der Nacht nach dem Anschlag um 1.39 Uhr bei der Solinger ÖTV einging, fehlt laut Walskens in den Ermittlungsakten, obwohl die ÖTV es an die Polizei weitergab.

In Solingen wurden Vorwürfe laut, Mitglieder der Kampfsportgruppe DHKKV (Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband, auch bekannt als “Hak-Pao oder “Deutsche Kampfsportinitiative”) hätten trotz eines Hinweises an die Polizei kistenweise Material aus den Räumlichkeiten der Schule wegschaffen können. Der DHKKV ist ein Sammelbecken von Neofaschisten aus ganz NRW, die Tatverdächtigen trainierten zeitweise in diesem Verein oder wollten Mitglied werden. Polizeichef Köhler wies darauf hin, daß die Kisten beim Abtransport von einer Polizeistreife durchgesehen wurden. Diese habe nichts belastendes gefunden, was eine Beschlagnahmung rechtfertigte.

dem Anfang Dezember vorgelegten Gutachten des BKA ebenfalls offengelassen.

Die Aussage von Karsten H. paßt zu Angaben von Christian B.s Mutter, die um 2.10 Uhr einen Anruf von ihrem Sohn erhalten haben will, sie möge ihn bei Karstadt in der etwa 15 Gehminuten entfernten Innenstadt abholen, was sie um 2.30 Uhr tat. K. und G. wollen dann langsam weiter zur Tankstelle Schlagbaumer Straße gezogen sein, wo sie um 3.11 Uhr zwei Flaschen Bier kauften, was durch einen Kassenbon belegt wird.

Die verschiedenen Aussagen widersprechen sich also völlig. Kein Wunder, daß BKA-Chef Zachert unter diesen Umständen davon sprach, daß “die Ermittlungssache Probleme mache” und keineswegs auf festen Fundamenten beruhe. Er wie auch Wuppertals Polizeichef Köhler bestritten jedoch, daß einseitig oder gar schlampig ermittelt wurde.

Der DHKKV hat zuletzt Mitte Oktober anläßlich eines Prozesses gegen einen Solinger Antifaschisten demonstriert, daß er bestens organisiert ist. NeofaschistInnen bespitzelten in der Manier einer Geheimpolizei BesucherInnen des Prozesses (wir berichteten). Auch machte die Gerichtsverhandlung deutlich, daß DHKKV-Trainer Bernd Schmitt deutlichen Einfluß bei Polizisten besaß. Ein Beamter der politischen Polizei in Wuppertal gab widerrechtlich Informationen über den Angeklagten an Schmitt. Schmitt erhielt auch Fotos und durfte bei einer Zeugenvernehmung zugegen sein.

Die Solinger SPD verlangt im Namen ihres Vorsitzenden Hans-Werner Bertl in einem Brief an Innenminister Schnoor und Polizeipräsident Koehler Aufklärung über diese Vorgänge. Die SPD will wissen, “in welcher Beziehung die verantwortlichen Landesbehörden und der Leiter der Sportschule” gestanden haben oder immer noch stehen.

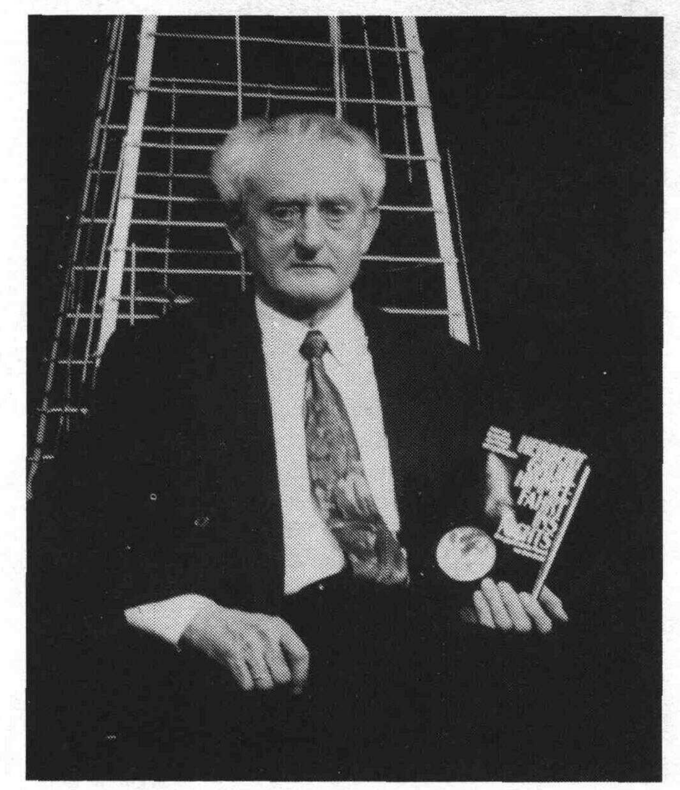
ES GRÜNT SO BRAUN

"Im Schlepptau des Bündnis 90 könnte die ÖDP mit zahlreichen VertreterInnen (...) in die Grünen einzusickern versuchen. Sie trifft (...) auf ein vielerorts gut vorbereitetes Terrain, nicht nur in den Köpfen. Die Zeit scheint reif für einen erneuten Versuch, eine gesellschaftlich noch anerkannte, im Inneren aber desolate grüne Partei als organisatorische Hülle um ein ökofaschistisches Massenprojekt zu stülpen." (Jutta Ditfurth: Feuer in die Herzen, Hamburg 1992, S. 175)

Eine provokante These: die Grünen als zukünftiges ökofaschistisches Massenprojekt. Eine noch provokantere These: Tendenzen dahin stellten nur einen erneuten Versuch dar, ein solches Massenprojekt zu konstituieren. Und was meint die Position Ditfurths, das Terrain für diesen Versuch sei sowohl in den Köpfen als auch strukturell bereitet?

Die ÖDP

Versuchen wir zunächst uns dem Begriff "Ökofaschismus" zu nähern, und die organisatorischen Entwicklungen in diesem Bereich nachzuzeichnen. Als der populärste Theoretiker des Ökofaschismus darf der inzwischen verstorbene Herbert Gruhl gelten, jener Gruhl, der zu den Gründungsmitgliedern der Grünen gehörte und der von der Umweltministerin Niedersachsens und ehemaligen Greenpeace Aktivistin Monika Griefahn am 7.10.91 das Bundesverdienstkreuz verliehen bekam. Sein grundlegendes Werk: "Ein Planet wird geplündert", in den 70er Jahren mit einer Auflage von 360.000 Exemplaren gedruckt, ein echtes Volksbuch also, dürfte entscheidend zur politischen Sozialisation breiter Teile der grünen Aktivisten beigetragen haben. Die wichtigsten Positionen in diesem Buch: Die Demokratie sei nicht geeignet die ökologischen Probleme der Menschheit zu lösen, an ihre Stelle habe eine Ökoelite zu treten, die Kraft



Herbert Gruhl

ihrer Einsicht, unabhängig vom politischen Tagesgeschäft die ökologische Notwendigkeiten durchsetzen sollte. Gleichzeitig, so Gruhl, hätten die in ökologischen Fragen fortschrittlicheren Staaten Sorge zu tragen, daß nicht Staaten oder Völker, die die ökologischen Notwendigkeiten mißachten würden, die ökologischen Errungenschaften der fortgeschrittenen zunichte machen. Es gälte also zum einem die eigenen ökologischen Ressourcen pfleglich zu behandeln zum anderen sich zu rüsten gegen die Völker, die unsere Ressourcen bedrohen könnten.

Innenpolitisch vertrat Gruhl ein ökodiktatorisches und außenpolitisch ein ökoimperialistisches Konzept. All dies gepaart mit einer fast religiösen Verklärung der Natur, deren Merkmal es ist, biologische Zusammenhänge auf gesellschaftliche Zusammenhänge zu übertragen - ein typisches Element in rechtsökologischen Ideologien.

Mitte der 80er Jahre verließen Teile der ökofaschistischen Fraktion die Grünen, die sich nun von einer reinen Themenpartei, in der alles Platz hatte, was unter der Flagge Ökologie segelte, zu einer Richtungspartei entwickelte, in der fortschrittliche, linke Themen ihren Platz behaupteten. Die Stellung zum § 218 war ein entscheidender Punkt, an dem sich diese Differenzierung vollzog. Gruhl gründete mit einer größeren Gruppe die ÖDP, in der sich zunächst ungehemmt eine Blut- und Bodenideologie Bahn brechen konnte. Eine Abgrenzung der ÖDP zu Parteien der militanten und alten Rechten führte zu einer Spaltung der ÖDP und den Auszug Gruhls mit der Hälfte der Mitglieder und der Gründung der Unabhängigen Ökologen Deutschlands. Auch wenn H. Rüsterner in Europa Vorn (Nr.6/93) die ÖDP als eine Partei von "Klerikalbolschewiken" bezeichnet, und das Parteiprogramm tatsächlich von den gröbsten ökofaschistischen Positionen gereinigt wurde, so läßt sich feststellen, daß Ethnopluralismus, biologistisches Menschen- und Gesllschaftsbild und national-konservative Aussagen weiterhin das Gesamtbild bestimmen. Anders läßt sich die Aussage, daß "die Flucht dieser Bevölkerung (gemeint ist die der sog. 3. Welt, Anm. d. Verf.) in dicht besiedelte Regionen , darunter Europa - ist ein ökologisch katastrophaler Vorgang" (ÖDP-Parteiprogramm 1991), wohl kaum verstehen. Hier befindet sich die ÖDP im Einklang mit dem BUND-Vorsitzenden H. Weinzierl, der meint: "Jeder Naturschutz endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt." (Ökologie 1/93)

Die unabhängigen Ökologen

Die Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD) sind ein Sammelbecken verschiedener rechtsextremer Parteien und Organisationen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, in Bezug auf die ökologische Frage die Intellektualisierung der rechten Parteien und Publikationen voranzutreiben. Personen, wie H. Rüsterner, W. Venohr und H.S. Strelow, sind Autoren dieses Spektrums, deren Artikel in Zeitungen wie Wir selbst, Nation und Europa, Europa Vorn, Junge Freiheit und natürlich im Mitteilungsblatt der UÖD, der Ökologie, die Spalten füllen. Von den UÖD verlaufen Kontakte und Verbindungen zu rechten Splittergruppen und Parteien. Als Beispiele lassen sich hier die Öko-Union, die Frankenpartei, die Bayernpartei, der Sachsenbund aufführen. Ebenso lassen sich aber die Verbindungen zur relevanteren Partei der Republikaner oder der DSU nachweisen.

Die Esoteriker

Neben diesen Abspaltungen von den Grünen kann eine weitere in Richtung grün-esoterisch festgestellt werden. Leitfigur für diesen Bereich ist R. Bahro der eine Mixtur aus Spiritualität und völkischer Blut- und Bodenideologie an seine Jünger verkauft. Über die Person Bahros laufen Kontakte dieses Teiles der Alternativ-Szene zu den Artamanen und der Schweisfurth-Stiftung.

Bei den Grünen, so möchte man meinen, dürften nach der Ausdifferenzierung des rechts-esoterisch-ökologischen Lagers Personen dieser Couleur kaum mehr anzutreffen sein. Genaueres Hinsehen kann uns allerdings des Gegenteils belehren. Da tummeln sich Personen wie H. Creutz mit Verbindungen zur Freien Sozialen Union (FSU), zum Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) und zur Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung oder Leute wie Mechtersheimer, dessen nationalrevolutionäre Positionen durch Veröffentlichungen in Wir selbst und seine Libyen-Connection hinlänglich bekannt sein dürften. Oder wir treffen auf Positionen wie: "Es ist `unsere Sache`, den `Bruch` mit den `Wertkonservativen` aus der ÖDP (...) `wieder zu kitten.`" (Jutta Ditfurth: a.a.O., S. 152). Solche Positionen werden nicht etwa von abseitigen Hinterbänkler vertreten, sondern von einer Leitfiguren, wie Antje Vollmer. Es stellt sich die Frage, die bereits Eingangs mit dem Zitat von J. Ditfurth aufgeworfen wurde: Reichen die linken Kräfte innerhalb der Grünen aus, um rechten Tendenzen innerhalb der Partei und jene, die von außen auf sie wirken, zu widerstehen? Nach dem Austritt Ditfurths, Ebermanns und anderen Vertretern ökosozialistischer Positionen, ist diese Frage brennender denn je.

Die Thesen Ditfurths sind, so abwegig sie auf den ersten Blick erscheinen, nicht ohne realen Hintergrund. Ja, es gab den Versuch die Grünen als ökofaschistisches Massenprojekt zu konstituieren, aber er scheiterte in den 80er Jahren. Ja, es gibt rechtsextreme Personen bei den Grünen und es ist auch richtig, daß Teile der alternativen Szene in rechten Kategorien denken. Ob aber die Grünen die Hülle für ein zukünftiges ökofaschistisches Massenprojekt abgeben, steht zumindest kurz und mittelfristig nicht zur Debatte.

Die Haltung der Grünen in Bezug auf die Änderung des Grundrechts auf Asyl macht Hoffnung, daß jene Kräfte, die rechten Positionen in der Partei eindämmen, weiterhin stark genug sind. Wie stark zukünftig rechtes Gedankengut in Form eines biologistischen Menschen- und Gesellschaftsbildes und eines nach Kulturen unterscheidenden Rassismus der "Neuen" Rechten, auch mit rechten Ausdeutungen des Begriffes "Ökologie" in der Gesellschaft Kreise zieht, dürfte entscheidend sein, um eine Antwort zu finden auf die Frage: "Grüne - Wohin geht ihr?"

Literaturtips: Woelk, Volkmar: Natur und Mythos, DISS Texte Nr. 21 ; Dithfurth, Jutta: Feuer in die Herzen, Carlsen Verlag; Thomas\ Wehling, Peter: Ökologie von Rechts, Campus Verlag

Kölner Antifa zum Wahljahr 1994

Frage: *Was macht die Kölner Antifa im Wahljahr '94 ?*

Antwort: Wir haben uns in unserer Struktur überlegt, daß wir das, was an Arbeit wegen den Wahlen ansteht, im normalen Plenum überhaupt nicht abgedeckt kriegen. Den Naziwahlkampf zu ver- oder behindern, das war uns völlig klar, daß wir das wollen, aber wir haben gemerkt, daß die Plenumsstruktur damit völlig überfordert ist.

Daraus ist eine Arbeitsgruppe entstanden, die das Thema Wahlkampf 94 übernehmen wollte und die überhaupt erstmal anfing zu überlegen, was zu tun ist; das war schon letztes Jahr im Sommer. Das Thema dieser AG war, jeglichen rassistischen, sexistischen oder faschistischen Wahlkampf in Köln zu verhindern.

Wir hatten `eine Menge Ideen und Aktionsvorschläge - da kann ich ja noch später was zu sagen - haben dann aber schnell gemerkt, nachdem wir einen sehr heißen Sommer hatten, indem die Nazis, hier in Köln ist das ja hauptsächlich die Deutsche Liga, uns teilweise im wöchentlichen Rhythmus die Samstage zugeknallt hat mit angekündigten Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen, dieses ausschließliche Reagieren bringt`s nicht. Das powert total aus, wir werden weniger statt mehr.

Dann haben wir uns überlegt, um wirklich was aufzubauen, das schafft auch eine Arbeitsgruppe nicht alleine. Außerdem ist der Wahlkampf ja in allen antifaschistisch arbeitenden Initiativen, Stadtteilgruppen etc. Thema. Da entschlossen wir uns, größenwahnsinnig wie wir nun mal sind, gruppenübergreifend, in einem größeren Kreis die Idee einer Kölner Kampagne gegen Naziwahlkampf und menschenfeindliche Politik zu diskutieren.

F: *Damit war die Idee einer Kampagne geboren ?*

A: Ja. Eine Kampagne, die sich vor allem nur auf zwei Fragen oder Sachen konzentriert:

Zum einen eben so effektiv wie möglich Naziwahlkampf zu verhindern. Das heißt nicht nur Infostände abzuräumen oder sonst was, sondern auch selber antifaschistische Inhalte in die Gesellschaft reinzutragen, ein antifaschistisches Klima mitzuentwickeln. Das heisst auch, eine eigene Öffentlichkeit zu schaffen, Naziparteien, deren Ziele, deren Unterstützung auch aus dem bürgerlichen Lager zu outen.

Angesichts der faschistischen Bedrohung ist es jetzt an der Zeit, daß jeder Farbe bekennt, sich dagegen stellt. Alle, die immer noch die Klappe halten, tragen das faschistische Klima in diesem Land mit. Das muß den Leuten klar gemacht werden, wer nichts tut, arbeitet den Nazis in die Hände.

Das andere Ziel ist, aus dem Reagieren rauszukommen. Wir haben gemerkt, daß wir vor lauter Checkerei immer mehr inhaltlich verflachen, kaum noch Diskussion stattfindet zwischen uns, wir auch nicht mehr dabei waren darüber nachzudenken, wie kann eine antifaschistische Perspektive in dieser Stadt überhaupt aussehen, was können wir dafür tun ?

Das sind Fragen, die sich eine ganze Bewegung stellen sollte, alle, die hier in Köln aktiv sind. Da müssen wir einen Konsens finden, um gemeinsam stärker zu werden, um den Belastungen, denen wir `94 ausgesetzt werden durch die ganze Nazimobilisierung und der Schlammschlacht der bürgerlichen Parteien, besser standhalten zu können und darüber hinaus Leute für uns gewinnen zu können.

F: *Das heißt, ihr wollt stärker aus dem Wahlkampf hervorgehen, als ihr hineingegangen seid ?*

A: Ja. Stärker, weil wir mehr sind, stärker weil wir besser

organisiert sind und stärker, weil wir unsere Visionen und Perspektiven von einem besseren Leben in einer anderen Gesellschaft wieder entwickeln und diskutieren werden.

F: *Der Wahlkampf ist eine Nebenwirkung der Wahlen, wie verhält sich die Kampagne konkret gegenüber den Wahlen ?*

A: Politisch lehnen wir als AG dieses Wahlsystem ab. Also lag für uns die Frage nach Wahlboykott nahe. Aber innerhalb der Kampagne wurde dem Gedanken eines Wahlboykotts die These entgegengesetzt, daß wenn die Leute nicht zur Wahlurne gehen, im Prinzip die Nazis Stimmen gewinnen, weil das ja prozentual aufgeteilt wird. Uns selber war auch klar, das sich im Moment ein ernsthafter Wahlboykott nicht durchsetzen ließe. Da hätten wir eine starke Alternative bieten müssen, die wir in dem Umfang im Moment nicht leisten können. Es gibt aber auch einen Kreis von Leuten, die sich hier in Köln um den Aufbau einer Antifaschistischen Wahlliste kümmern (Kontakt: Café International, Taunusstr.12a, 51105 Köln). Wir sind aus dieser Diskussion ausgestiegen, weil wir es noch immer mit der These halten, daß Wahlen verboten wären, wenn sie etwas ändern könnten.

Also kein Wahlboykottaufruf. Gleichzeitig wollen wir natürlich auch nicht die etablierten, bürgerlichen Parteien, nicht einmal die Grünen unterstützen. Wir wollen keine direkte oder indirekte Wahlpropaganda betreiben. Darin sind sich alle Gruppen einig.

Damit sind wir direkt bei der nächsten Diskussion: Wie breit legen wir das Bündnis an ? Wir sind darin übereingekommen, daß wir eine sehr starke Basis brauchen, die überhaupt erstmal den Gedanken dieser Kampagne unter`s Volk bringt bis hin zu den bisher noch nicht politisch organisierten Leute,. z.B. in Köln die Leute, die auf dem Arsch huh, Zäng ussenander - Konzert waren, die jetzt gefragt sind, die sich aber über dieses Lippenbekenntnis hinaus noch nicht an antifaschistischen Aktionen beteiligen. Für diese Menschen ist die Chance da, sich jetzt und hier und heute im Rahmen dieser Kampagne daran zu beteiligen, daß die Faschisten hier keinen Fußbreit kriegen.

Von dieser Zielgruppe ausgehend ist diese Kampagne also schon sehr breit angelegt. Was die Zusammenarbeit mit Gruppen angeht, da hört die Bündnisbereitschaft da auf, wo Parteien anfangen.

Wir versuchen im Moment den Balanceakt, sehr viele, sehr unterschiedlich strukturierte Gruppen mit unterschiedlichen Geschichten an einen Tisch zu kriegen.

F: *Wie sieht es da mit der Konsensfähigkeit aus ?*

A : Wir haben uns darauf einigen können, daß die einzelnen Gruppen die Arbeit, die sie bisher gemacht haben auch so weitermachen. D.h. wir wahren die Autonomie der einzelnen Gruppen auch im Rahmen des Bündnisses. Wir stellen uns das so vor, daß die Gruppen weiter laufen und wir uns zusätzlich treffen, um gemeinsam zu überlegen, Perspektiven zu diskutieren, Aktionen zu organisieren.

Damit schöpfen wir alle Möglichkeiten, alle Ideen, die die einzelnen Gruppen einbringen voll aus. Jede Gruppe, jeder Arbeitstil, jede Aktion hat ihre eigenen Qualitäten, das potenziert sich im Rahmen der Kampagne. (Lacht) wir finden das sehr kreativ !

Wir haben uns aus politischen und aus ganz pragmatischen Gründen dazu entschlossen, den gemeinsamen Konsens möglichst minimal zu halten.

F: *Wie sieht dieser Minimalkonsens konkret aus ?*

A: Wir wollen die Nazis unter 5 % kriegen, bei jeder Wahl. Die Kampagne richtet sich gegen Naziwahlkampf und menschenfeindliche Politik, was untrennbar miteinander verknüpft ist. Wir werden rassistische Politik auch von den Parteien, von allen rechten Lagern in den Parteien, auf jeden Fall angreifen, politisch, wenn möglich auch praktisch.

Die Kampagne hat dazu ein Diskussionspapier, eine inhaltliche Plattform geschrieben, die ist über das LC-Antifa-Cafe, Ludolf-Camphausenstr. 36, 50672 Köln zu beziehen.

Wir haben in Köln das Prinzip gehabt, daß wenn wir über unsere eigene Kraft, über unser eigenes Handeln, Naziveranstaltungen verhindern können, das auch machen. Wir delegierendes nicht an irgendwelche Verbote, die die Polizei vielleicht aussprechen kann oder nicht, sondern, wir machen das selber. Wir wollen, daß die Leute das selber in die Hand nehmen. Das ist ein Prinzip für die Praxis, die wir an den Tag legen werden gegen den Naziwahlkampf. Wir setzen nicht auf Verbote, obwohl in Köln viel verboten worden ist. Wir wissen auch, warum die Verbote ausgesprochen wurden, sie schreiben es in ihren Begründungen: Es steht immer wieder drin, daß mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zu rechnen ist, weil Andersdenkende auflaufen werden, d.h. WIR. Und wir waren immer Präsent.

Man kann das soweit sagen, daß seit Kriegsende hier in Köln keine öffentlich angekündigte Nazikundgebung unter freiem Himmel stattfinden konnte. Und das soll so bleiben ! No pasaräng !

F: *No pasaräng ?*

A: No Pasaräng soll den kölschen Charakter und gleichzeitig die Kontinuität von Antifaschismus einschließlich dem spanischen Bürgerkrieg und der damals weit verbreitetsten Antifa-Parole überhaupt rüberbringen. Wir haben no pasaran praktisch eingekölscht. Dieser Name stand am Ende einer längeren Liste von Vorschlägen für ein gemeinsames Logo. Die Vorschläge waren alle auf Kölsch gehalten, das hat auch was mit dem besonderen Charakter dieser Kampagne zu tun. Es ist eine Kölner Kampagne und wir haben hier Bedingungen, die es vielleicht in anderen Städten nicht gibt.

Es gibt z.B. ein antifaschistisches Klima in Köln, das hat Tradition. Wir wollen damit nichts beschönigen, aber es gibt in Köln z.B. keine öffentliche Glatzenszene. Bei unseren Aktivitäten sehen wir auch in der Bevölkerung, daß die Leute mit Antifa prinzipiell was anfangen können, vielleicht weniger mit unserer Praxis oder den Menschen und Strukturen, die dahinter stehen.

Ein Zeichen dafür, und das war für Köln auch total wichtig, war dieses Arsch huh-Konzert. Natürlich gibt`s da auch `ne Menge dran zu kritisieren, aber es war ein wichtiges Signal, daß es hier in dieser Stadt keinen Durchmarsch von Nazis geben wird. (Lacht) es ist taktisch sinnvoll, kölsches Lebensgefühl mit Antifaschismus zu verknüpfen. Nach dem Konzert gab es weniger Berührungsängste mit autonomen Demos, vorher haben wir vielleicht mit ein paar Hundert Leuten Demos gemacht, danach konnten wir auch mit mehr als 2000 Leuten Demos machen.

Eine andere Kölner Begebenheit ist die verfluchte Deutsche Liga. Wir sehen für die Kommunalwahl im Herbst `94 die historische Chance, die DL ein für alle mal aus dem Rathaus zu schmeißen. Die DL ist in Köln noch nie direkt gewählt wurden, sie sind bei der letzten Wahl als Republikaner in`s Rathaus gekommen. Das schreckliche und auch das gefährliche an der DL ist, daß sie die neue Taktik der Rechten voran treiben: Sie wollen diverse rechte Splittergruppen, vom militanten rechten Lager bis hin zum konservativ rechten

Lager, mit und ihrer Partei vereinigen. Das ist eine Tendenz, der die bisherigen Antifastrukturen überhaupt nicht gerecht wird. Während wir uns immer weiter aufsplittern, betreine die Rechten ihren Zusammenschluß. Die Gefährlichkeit der Deutschen Liga ist uns spätestens seit Solingen klar. Wir haben an dem Haus gestanden, indem fünf Menschen verbrannt wurden und die Deutsche Liga hatte da ihre Finger mit drin. Es ist ganz klar, daß wir die DL nicht wieder und nie wieder im Rathaus wollen.

Was vielleicht auch eine kölsche Seite ist, und natürlich auch Diskussionen aufwirft ist, daß wir da auf einmal auf einer Seite mit den etablierten Parteien stehen: Sämtliche Kölner Parteien wären froh, wenn die DL nicht wieder in`s Rathaus einzieht. Wir sehen es z.B. mit gemischten Gefühlen, daß wir relativ gute Lokalpressestimmen haben, d.h. unsere Aktionen kommen relativ fair kommentiert in die Zeitungen. Das macht natürlich die Kampagne bekannter und es ist vielleicht auch eine Erleichterung für unsere Arbeit, wenn die hier etablierten Zeitungen prinzipiell von der 'rechtsextremen Deutschen Liga' schreiben, ohne es in Anführungsstriche zu setzen. Andererseits wollen wir ja nicht mit den etablierten Parteien an einen Strang ziehen, nur weil die alleine weiter klüngeln wollen. Die sog. etablierten Parteienhaben zwar keine Steckbriefe für Nidar Pampurova aufgehangen wie die DL, aber sie haben sie ausgewiesen ! Das ist eine ganz große Doppelmoral, die es auch gilt aufzudecken.

F: *Ist die autonome Antifa mit dieser Kampagne, die Bewegungscharakter kriegen soll, nicht völlig überfordert ?*

A: Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben.

Natürlich ist es ein enormer Sprung für uns, mit vielen, unterschiedlich antifaschistisch arbeitenden Gruppen gemeinsam zu diskutieren. Wir wollen unseren eigenen Charakter behalten, indem wie wir darüber denken, woher Faschismus kommt und wie wir gegen ihn kämpfen müssen.

Wenn man sich anschaut, wie die Situation in Deutschland eskalieren kann, worauf es die Faschos anlegen, vieles deutet darauf hin, daß sie damit auch Erfolg haben könnten. Dieses instabile Klima, wie z.B. die neue Hackordnung, die mit den Kürzung der Sozialleistungen droht, das versuchen die Nazis für sich zu nutzen. Wenn wir nicht nur einen antifaschistischen Anspruch vor uns hertragen , sondern ihn real als Kampf entwickeln wollen, müssen wir es mit ganz vielen gemeinsam, weil wir sonst nicht standhalten können.

Überforderung ist es auf jeden Fall, wir kommen aus unserem autonomen Dornröschenschlaf raus, müssen wir raus, wir haben da keine Alternative. Wir glauben, daß es jetzt Zeit ist, mehr drauf zu achten was uns verbindet als darauf, was uns trennt.

F: *Wo steht die Kampagne jetzt ?*

A: Im Moment haben wir ein gutes Gefühl zu der bisherigen Entwicklung der Kampagne. Es sitzen mehr als 15 Gruppen zusammen an einem Tisch, wir haben die schwierigen Fragen eines Bündnisses gemeinsam hinter uns gebracht, wir haben eine gemeinsame inhaltliche Plattform und es ist auch schon einiges dafür geschehen, um diese Kampagne in der Stadt bekannt zu machen.

Es gibt ein monatliches Plenum, ein öffentliches Plenum, sozusagen als Vollversammlung gedacht. Dieses Plenum sollen neben Checkerei, Terminabsprachen etc. auch einen inhaltlichen Teil haben, wo z.B. Detailinformationen vermittelt werden, Diskussionen angeregt werden.

Zusätzlich gibt es einen Koordinationskreis, der zwischen diesen Plena versuchen wird die notwendige Praxis auch zu organisieren und zu koordinieren. Zum anderen bemüht sich dieser Kreis inhaltliche Diskussionen in eine breitere Öffentlichkeit und in`s Plenum zu tragen.

F: *Was habt ihr im Weiteren vor ?*

A: Das reiß ich jetzt mal in Stichworten ab, weil da einfach ne ganze Menge ansteht.

Zum einen geht es jetzt natürlich darum, daß wir uns die praktischen Grundlagen erarbeiten müssen, um tatsächlich die Propagandaschlacht der Nazis verhindern zu können. Glücklicherweise können wir da schon auf einen reichhaltigen Erfahrungsschatz zurückgreifen.

Zum anderen müssen wir den Anspruch realisieren, unsere Vorstellungen von Antifaschismus in die Tiefe der Gesellschaft reinzutragen. D.h. Veranstaltungen in den Stadtteilen zu organisieren, Flugblattaktionen in größerem Umfang wie z.B. das "outen" von Faschisten in Gang setzen und eigenständige, also nicht nur reaktive Aktionen auf den Weg bringen.

Eine weitere Aufgabe wird auch sein, das wir Strukturen entwickeln, die es tatsächlich möglich machen, das neue Leute sich mit ihren Initiativen in diese Kampagne einbringen können. No Pasaräng ist kein linkes Überwinterungsprojekt für düstere Zeiten, sondern Bewegung für alle, die ihre eigenen Bedürfnisse selbst in die Hand nehmen wollen.

Das Interview hielten zwei Menschen, die von Anfang an an der Entwicklung der No Pasaräng!-Kampagne beteiligt waren.

Neofaschistische und fremdenfeindliche Gewalt in NRW ab Oktober 1993

(Unvollstädige Liste)

Düsseldorf (22. November) Die Landesregierung registriert eine Zunahme neofaschistischer und fremdenfeindlicher Gewalt in NRW gegenüber 1992. Schon Ende Oktober waren die Zahlen höher als im gesamten Vorjahr: 2.106 fremdenfeindliche Straftaten (+332 gegenüber 1992), dabei 6 Tote (+5) und 293 Verletzte (+158). Die Welle der Gewalt eskalierte nach dem Brandanschlag in Solingen. Allein im Juni wurden 669 fremdenfeindliche Straftaten registriert. Die Gewalt verlagert sich weg von den AslybewerberInnen und hin zu den ArbeitsimmigrantInnen, die in Wohngebieten und auf offener Straße angegriffen werden. 932 Tatverdächtige wurden ermittelt, 15% davon zeigen Sympathie mit rechtsextremen Gruppierungen. NRW-Innenminister Schnoor macht soziale Unsicherheiten für die Gewalt verantwortlich.

Düsseldorf (10. Oktober) Ein türkischer Obdachloser wird erstochen. Wichtige Zeugen verschwinden vor Eintreffen der Polizei.

Düsseldorf (15. Dezember) Zwei 22jährige Skins aus Ratingen und Oberhausen werden verhaftet. Sie sollen in Dresden zwei Jugendliche gedemütigt und genötigt haben. Bei der Reise nach Dresden handelt es sich um ein Skinhead-Projekt der AWO Düsseldorf

Hamm (30. Dezember) Die Scheiben eines Flüchtlingswohnheims werden von einer randalierenden Horde eingeschlagen. Personen aus Autos mit HSK-Kennzeichen werden verdächtigt.

Köln (8. Oktober) Im Keller des Vereinsgebäudes des Rom e.V. wird Feuer gelegt. Es entstehen große Schäden in den Vereinsräumen. Städtische Zuschüsse werden derzeit rigide gekürzt. Der Verein ist auf Spenden angewiesen. Innerhalb von zwei Wochen erfolgen in Köln drei Brandanschläge (bereits am 23. September erfolgte ein Brandanschlag auf die Zeitschrift "von unge").

Köln (9. Oktober) Brandanschlag gegen die AIDS-Hilfe

Köln (12. Oktober) Zum 4. Male werden die Scheiben des "Café International" eingeworfen

Köln (15. Oktober) Jugendliche hantierten vor einer türkischen Großbäckerei mit Molotow-Cocktails. Ein versuchter Anschlag mit fremdenfeindlichen Hintergrund könne definitiv ausgeschlossen werden, meint die Polizei.

Meerbusch (30. Oktober) Skinheads prügelten auf einer Feier im Mataré-Gymansium

Melle (18. Dezember) Fünf Mitglieder einer albanischen Familie werden durch eine Paketbombe zum Teil schwer verletzt. Ein Zusammenhang mit Anschlägen in Österreich kann nicht ausgeschlossen werden. Die Bombe wurde in Frankfurt aufgegeben.

Melle (28. Dezember) Zwei 14 und 19jährige Brüder sollen den Paketbombenanschlag auf die albanische Familie in Melle begangen haben. Der 14 jährige wurde in Frankfurt festgenommen, der 19jährige ist flüchtig. Beide sind kroatischer Abstammung und rechtsorientiert.

Sprockhövel (30. November) Drei junge Männer (einer mit Glatze, alle mit schwarzen Schuhen und weißen Schnürsenkeln) schlagen eine Schülerin bis zur Bewußtlosigkeit zusammen.

Wuppertal (2. Januar) Drei junge Männer, einer dem Aussehen nach ein Skinhead, *ein anderer mit* langen Haaren, schlagen auf eine 17jährige Immigrantin ein.

Mehrere Anti-Antifa-Gruppen in NRW aktiv

"Einblick" nennt etliche anschlagsrelevante Ziele in NRW

Die "nationalistische Widerstandszeitschrift EINBLICK" macht ihrer braunen Leserschaft Vorschläge, wo mit "wirklich treffenden" Schlägen gegen mißliebige DemokratInnen, insbesondere gegen Linke, AntifaschistInnen, Multikulturelle und ihre Organisationen vorgegangen werden kann.

Im Teil "Anti-Antifa West" sind insbesondere zahlreiche Personen aus Bochum namentlich mit Angabe von Anschrift und Telefonnummer aufgeführt. Unter ihnen befinden sich Mandatsträger der SPD, Mitglieder von Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit sowie Mitglieder von antifaschistischen Gruppen. Neofaschistischer Terror gegen Linke hatte in Bochum bereits 1992 Hochkonjunktur. Selbst der mit Herzinfarkt im Krankenhaus liegende SPD-Oberbürgermeister wurde damals von Drohbriefen nicht verschont. Einem Antifaschisten wurden Schrauben an seinem Auto gelockert mit dem Ziel, einen Unfall auszulösen. Gleichzeitig wurde ihm ein Leichenwagen bestellt. Im Dezember '93 wurden ihm erneut Schrauben an seinem Wagen gelockert. Eine "Aktion Werwolf" sprach anläßlich der Bochumer "Multikultur-Tage" eine Bombendrohung aus. Unter dem Namen "Werwolf" wurden nach Informationen des ZDF Bastelanleitungen für Sprengsätze via elektronischer Medien bis hinein nach Österreich verbreitet, wo vor etwa zwei Wochen mehrere Personen durch Briefbomben verletzt wurden.

Auch Personen und Organisationen aus weiteren nahegelegenen Städten wie Dortmund, Witten, Essen, Düsseldorf, Wermelskirchen, Leverkusen, Wuppertal, Remscheid und Gevelsberg werden jetzt als mögliche Anschlagsziele vorgeschlagen. Neben dem Stadtdirektor von Burscheid und der Anschrift des Gevelsberger Jugendamtes stehen Namen von Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sowie Anschriften von Buchläden.

Anlaufstellen für Informanten sind in der Broschüre ebenfalls aufgeführt. Für NRW sind dies Postanschriften von Anti-Antifa-Gruppen in Bonn, Köln und Duisburg sowie ein "Nationales Infotelefon" mit einer Winterberger Telefonnummer. Eine der treibenden Kräfte der Anti-Antifa-Aktivitäten im Rheinland ist das FAP-Mitglied **Norbert Weidner** aus Bonn. Hinter dem Duisburger Postfach steht **Stefan Schily**, ebenfalls FAP. In Köln zeichnete sich **Frank Scholz** aus Altena für ein erstes Anti-Antifa Flugblatt verantwortlich. In Bochum nahm der Anti-Antifa-Terror Ende 1992 nach einer Verurteilung des NO-Führers **Christian Sennlaub** und nach Razzien gegen die Gruppe "Volkswille"ab. Außerdem sprach der damalige Innenminister **Seiters** ein Verbot gegen die NO (Nationale Offensive) aus, ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen Sennlaub läuft.

Im Sauerland werden neofaschistische Aktivitäten nach Informationen der "Antifaschistischen Nachrichten" von mehreren Mitgliedern der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) koordiniert. Schon seit längerem sammelt der SAF-Funktionär **Thomas Kubiak** aus Hallenberg, nur wenige Kilometer von Winterberg entfernt, Informationen auf einem Anrufbeantworter. Anfang November führten Staatsanwaltschaft und Polizei Razzien gegen die SAF in mehreren Städten durch und ermittelten wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung.



Bochum

Naziflagge auf Bochumer Kirchturm gehißt

Am 4. - 5. 12. hing eine Bundesflagge mit Hakenkreuz und "Sieg Heil"-Aufschrift am Kirchturm der St.-Franziskus-Kirche. Bisher Unbekannte kletterten den mit einem Gerüst versehenen Kirchturm hinauf und hißten sie dort. Die Fahne wurde noch am Wochenende entfernt

"Einblick"-Adressen auch in Bochum

In der am letzten Novemberwochenende erschienenen bundesweiten Anti-Antifa-Zeitung "Der Einblick" werden insgesamt einundzwanzig Einzelpersonen, vier antifaschistische oder antirassistische Initiativen und ein Laden aus Bochum als Angriffsziele benannt. Bei einem Teil der Betroffenen handelt es sich um Menschen, die schon 1992 von der Gruppe "Volkswille"(siehe Artikel "Marcus Scholz...") bedroht wurden. Die Kontinuität Bochumer "Anti-Antifa" Aktivitäten läßt sich auch an Hand eines Flugblatts erkennen, das im "Einblick" abgedruckt, schon `92 gegen die Bochumer Multi Kulti-Tage verteilt wurde. Eine größere Gruppe Bochumer Nazis beteiligte sich auch an der Anti-Antifa - Woche Anfang Dezember in Rostock. Dort wurden gezielt Einzelpersonen und linke Treffs in koordinierten Aktionen angegriffen. Es ist zu vermuten, daß hier nicht nur faschistische Kumpanei betrieben, sondern auch für den Hausgebrauch geübt wurde.

Während der Weihnachtsfeiertage brannte es in dem Bochumer Geschäft "Form in Form" und in einem Flüchtlingswohnheim. Außerdem wurde an einem Fahrzeug einer Wattenscheider Antifa - Initiative manipuliert, so daß es bei der Anfahrt ein Rad verlor. Es ist unklar ob diese drei Ereignisse in einem Zusammenhang stehen. Tatsache jedenfalls ist, daß "Form in Form" und der Halter des Fahrzeuges auf der Liste des "Einblicks" stehen. Und ob den offiziellen Untersuchungsergebnissen Glauben geschenkt werden kann, wonach die beiden Brände nicht gelegt wurden sondern infolge technische Defekte entstanden, ist bis heute auch unklar.

Faschistische Wahlwerbung verteilt

Im November haben REPs und NPDler begonnen Wahlwerbung für sich zu machen. Bei Steckaktionen in Briefkästen und hinter Windschutzscheiben hetzten sie gegen Flüchtlinge und schürten individuelle Ängste vor Erwerbslosigkeit, Wohnungslosigkeit oder Opferrolle in einer Straftat. Nach diesem Abspulen konservativer und rechter Polemik und Propaganda priesen sie sich als "Retter in der Not" an.

"Nomen est Omen"

Bernd Braun, seines Zeichens erster REP in der Bezirksvertretung Ost in Bochum ist back again. Aber noch nicht ganz. Er hat zwar wieder einen Wohnsitz in Bochum angemeldet und kann auch (mittlerweile als Fraktionsloser) wieder an den Sitzungen des Stadtteilparlaments teilnehmen. Aber noch wird er durch einen ausländischen Vorhang von seiner Heimat ferngehalten. Denn Schwedische Gardinen sorgen bereits seit 1991 für die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit. Seit kurzem im offenen Vollzug beehrt der wegen seiner Schießwütigkeit eingeknastete Rotlichtmafiosi seine alte Vaterstadt nun mit Stipvisiten. Abzuwarten bleibt, ob er dabei seine frisch erworbenen Insiderkenntnisse als Häftling weitergibt und seiner alten Partei zur Bekämpfung der Kriminalität zur Verfügung stellt.

Bonn

Demo gegen Knütter

Am 23. 10. demonstrierten ca. 300 Menschen gegen den rechtsextremen Geschichtsprofessor Knütter, der nach wie vor an der Bonner Uni lehrt. (Siehe auch Info 4/93: Schamlos! Hetzkampagne gegen Bonner Universitätsprofessor)

Busse verprügelt

Kurz vor dem 9. November wurde in der Bonner Innenstadt ein Infostand der Antifa Bonn/Rhein-Sieg durchgeführt. Plötzlich taucht "prominenter Besuch" auf: Friedhelm Busse, Bundesvorsitzender der FAP. Mit seinem Begleiter kauft er ein Exemplar des Antifa-Jugendinfos. Beim Anblick einer zutiefst beleidigenden Abbildung von Ralf Tegethoff (siehe auch weiter unten) hält er inne und will noch mehr Hefte. Schließlich gehen die Nazis unbehelligt von dannen. Wie sich einige Stunden später rumspricht werden sie jedoch ein paar Häuserblocks weiter auf der Sternstraße von 6-7 Jugendlichen überfallen und mit einem Freifahrtschein ins Krankenhaus beschenkt. Die PassantInnen, die den Überfall beobachteten, eilen dem am Boden liegenden Busse und seinem Begleiter zunächst zu Hilfe und rufen nach der Polizei. Als er jedoch von einer Passantin erkannt wird und die das auch lauthals kundtut, verstummen die Rufe. Es bildet sich eine Art Arena um ihn, Leute die ihm vorher noch auf die Beine helfen wollten, ziehen sich jetzt zurück, rempeln ihn teilweise sogar noch an. Die TäterInnen entkommen unerkannt. Am Abend findet auf Gut Buschhof in

Königswinter-Heisterbacherott ein Landesparteitag NRW der FAP mit ca. 50 Mitgliedern statt. Norbert Weidner aus Bonn und Ralf Tegethoff aus Königswinter-Aegidienberg werden zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Die Landesgeschäftsstelle befindet sich in Form von Norbert Weidner und eines Postfaches bereits seit Mai in Bonn.

Nazis festgenommen

Auf dem Weg zur landesweiten Nazidemonstration am 14.11.aus Anlaß des Volkstrauertages (sie ehren ihre gefallenen "Helden") werden auf der Autobahn in der Nähe von Düsseldorf rund 60 Nazis aus dem Raum Bonn/Rhein-Sieg festgenommen.

Die "traditionelle" Zusammenkunft auf dem Ehrenfriedhof in Mönchengladbach fand vermutlich wegen der Präsenz der AntifschistInnen nicht statt.

Nazi-Fahndung

In der Gegend um Bonn tauchen ab Mitte November vermehrt "Steckbriefe" der Nazis auf. Nachdem ursprünglich über das "Nationale Infotelefon" eine Belohnung von DM 2.500 für Hinweise auf die Täter, die am 6.11. ihren großen Vorsitzenden in der Bonner Innenstadt angegriffen hatten, ausgesetzt wurde, gibt es jetzt schon DM 12.000. Darin werden die Täter dem linken antifaschistischen Spektrum zugerechnet!

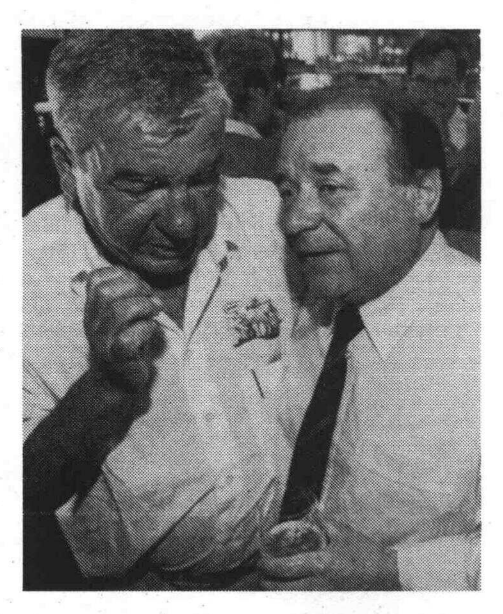
Veranstaltung mit Schlee

In Bonn-Beuel findet Ende November eine Veranstaltung des noch jungen "Aufbruch '94" mit dem ehemaligen Republikaner Emil Schlee statt. Einladender und offensichtlich Koordinator ist der bekannte Bonner Neonazi Stefan Niemann, lange Zeit im Münchner Büro von Bela Althans tätig. Nachdem die Bonner Republikaner auf keinen grünen Zweig kommen wird der "Aufbruch '94" in der Bonner Region voraussichtlich als die rechte Liste bei der Kommunalwahl kandidieren.

Am selben Abend werden beim Naturkostladen "Momo" in Beuel die Schaufensterscheiben mit faschistischen Parolen besprüht und die Reifen des Lieferwagens zerstochen. Zwei Tage später berichtet auch das inzwischen von der Polizei stillgelegte "Nationale Infotelefon" in Mainz von dieser "Heldentat".

Lummer in Bonn

Im Dezember spricht CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer auf Einladung der Jungen Union Niederkassel in einer Niederkasseler Kneipe. Wie es von ihm bekannt ist, spart er auch diesmal nicht mit rechten, ausländerfeindlichen Hetzparolen. Er selbst nennt das "provozierende Thesen". Wenige Tage später erstatten 27 BürgerInnen aus dem Rhein-Sieg-Kreis Anzeige wegen dieser Äußerungen gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten. Ein Pressesprecher der Staatsanwaltschaft: "Wir prüfen die Sache."



Heinrich Lummer mit Freund

Bundesregierung zur Beseitigung von Diskriminierung aufgefordert

Alle zwei Jahre prüft ein UN-Ausschuß die Einhaltung der "Internationalen Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung". Die Regierungen, die diese Konvention unterschrieben haben, müssen einen entsprechenden Bericht abgeben. Die Bundesregierung erhielt eine Rüge.

Hauptbedenken sind die jüngsten Äußerungen von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassendiskriminierung und rassistischer Gewalt in Deutschland. Die deutsche Polizei habe vermutlich in vielen Fällen versagt, Opfern sei kein wirksamer Schutz vor Gewalt gewährt worden.

Der Ausschuß empfiehlt verstärkte vorbeugende Maßnahmen besonders gegen Gewalttaten und eine Bestrafung der Täter sowie Maßnahmen gegen ihre Organisationen. Die Diskussion eines Antidiskriminierungsgesetzes wird ebenfalls empfohlen. Minoritäten solle Schutz gewährt werden. Die Änderung kürzlich beschlossener restriktiver Maßnahmen gegen AsylbewerberInnen sollten von der Regierung ins Auge gefaßt werden. Eine scharfe Beobachtung der Situation in Deutschland sei weiterhin erforderlich. (Quelle: Antifaschistische Nachrichten 23/93)

Neue Studie über Rechtsradikalismus

Eine vom Düsseldorfer Frauenministerim in Auftrag gegebene Studie über die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und ihre mögliche Anfälligkeit für rechtsextremistische Taten wurde Mitte Dezember veröffentlicht. Von den insgesamt 1045 Befragten im Alter von 14 bis 24 Jahren wünschten mehr als die Hälfte eine "starke Hand" in der Politik. 8 bis 10% der Jugendlichen stimmten den Thesen "Ausländer raus" bzw. "Deutschland den Deutschen" zu, wobei in dieser Gruppe Männer mit einem 3/4-Anteil überproportional stark vertreten sind.

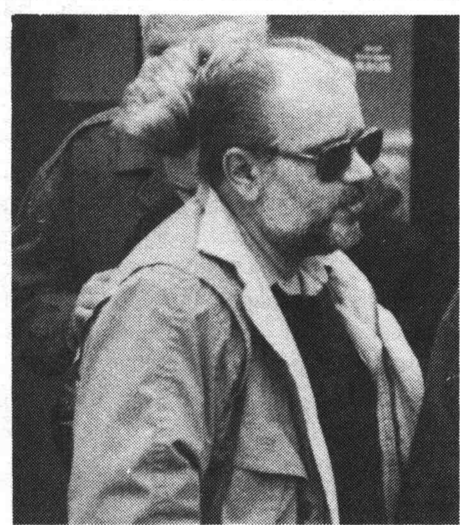
Warum überhaupt die Kinder der "Wirtschaftswunder"- und die Enkel der Kriegsgeneration mehrheitlich auf totalitäre Ideale setzen, ist wahrscheinlich schwer zu klären. Eine Tatsache jedoch belegt die Studie recht deutlich: Kinder aus autoritärem Elternhaus neigen zu autoritärem Denken. Fast alle Befragten, die einem geshlossenen rechtsextremistischen Weltbild nachhingen, wurden früher regelmäßig von ihren Vätern geschlagen. Dieses Ergebnis steht in krassem Widerspruch zu der These, die 68er Generation trage die Verantwortung für den "Werteverfall der Nation", die in der letzten Zeit von konservativen Politikern gerne kolportiert wurde, um alle fortschrittlichen Ansätze im Erziehungssystem zurückzudrehen.

Aktionen gegen Kreisparteitage der Düsseldorfer REPs

Erst im zweiten Anlauf schafften es die Düsseldorfer REPs unter der Leitung des Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden, **Richard Staginus**, ihren Kreisparteitag 1993 durchzuführen. Der erste Versuch am 21.10.1993 scheiterte, nachdem der Veranstaltungsort vor der Antifa nicht geheim gehalten werden konnte. Geplant war, den Kreisparteitag in der Kantine der Taxizentrale in Düsseldorf durchzuführen. Dieses Vorhaben scheiterte, weil einerseits über 100 Düsseldorfer AntifaschistInnen und TaxifahrerInnen den Eingang zur Taxizentrale blockierten und es andererseits dem Chef der Taxiinnung noch kurz vor Veranstaltungsbeginn gelang, eine einstweilige Verfügung zu erwirken, die den REPs die Nutzung der Kantine untersagte. Darüberhinaus wurde dem Pächter der Kantine, **Eckhard Blank**, der den REPs die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hatte, der Pachtvertrag zum April 1994 gekündigt. Bei Blank handelt es sich offensichtlich um ein/en REP-Sympathisanten oder sogar-mitglied. Am 12.03.1993 hatte er als Pächter einer Gaststätte und eines Veranstaltungsraums im Kolpinghaus den REPs schon einmal ermöglicht, eine größere Veranstaltung durchzuführen, bei der der stellvertretende Bundesvorsitzende der REPs **Alexander Hausmann** vor 200 BesucherInnen zum Thema "Maastricher Verträge/EG" referierte.



Blockade der Taxi-Zentrale



Richard Staginus

Den zweiten Versuch, ihren Kreisparteitag durchzuführen, starteten die REPs dann am 18.11. Mit Hilfe eines konspirativen Treffpunkts sollten Mitglieder und Gäste zum eigentlichen Versammlungsort dirigiert werden. Bei der Weiterfahrt sollten etwaige Verfolger abgeschüttelt werden, was sich in filmreifen Hochgeschwindigkeitsfahrten unter Verletzung sämtlicher Verkehrsregeln durch die REPs niederschlug, nicht aber darin, daß der Veranstaltungsort geheimgehalten werden konnte: das Vereinshaus des "Kleingarten Ver- eins Solidarität(!) e.V.". Der Parteitag konnte dann aber trotz antifaschistischer Präsenz und lautstarker Proteste unter immensem Polizeischutz durchgeführt werden.

Düsseldorf

Verpacktes Trockenfutter für AsylbewerberInnen

Seit dem 1. Dezember erhalten auch in Düsseldorf etwa 600 bis 700 AsylbewerberInnen zweimal die Woche Fraßpakete, anstatt wie bisher Bargeld. Das bayrische Unternehmen, das diese Pakete zusammenstellt und verschickt, spricht von etwa 20 Paketvarianten für unterschiedliche "Volksgruppenzugehörigkeiten". Diese Varianten haben jedoch eine Gemeinsamkeit: es ist der letzte Fraß, ohne individuelle Ernährungsmöglichkeiten. Dazu ohne Obst, eine Gurke als Gemüse, dafür Vitamintabletten. Trockenfutter eben, wovon sich ab jetzt Menschen ernähren sollen. Dazu gibt es gerade einmal 80 Mark im Monat für Jugendliche und Erwachsene, sowie 40 Mark für Kinder bis 14 Jahre. Der Stadtkasse kommt es durch den wesentlich höheren Verwaltungsaufwand zwar insgesamt teurer als bisher, aber schließlich geht es um den "Abschreckungseffekt". Die Unternehmer verdienen sich darüber hinaus eine goldene Nase. Vorne weg der Amberger Herbert Weigl, bayrischer Monopolist für Flüchtlingsbewirtschaftung, mittlerweile auch in Düsseldorf und Köln tätig, der durch diverse Unternehmen kräftig am Elend verdient. Mittlerweile haben auch andere NRW-Firmen dieses lukrative Geschäft entdeckt, z.B. Firma Reimann in Wuppertal.

Stadt finanziert Rechte

Die im Rat mit zwei Sitzen vertretene rechte Splitterpartei FWG hat 1992 genau 186.889 DM für Fraktionssitzungen aus dem Steuersäckel erhalten. Zum Vergleich: die SPD mit 33 Ratssitzen erhielt 109.000 DM. Auch 1993 ist die FWG bis zum Oktober mit 93.000 DM Spitze. Bei den oben genannten Summen sind die Aufwandsentschädigungen pro Ratsmitglied und Monat von 631 DM, sowie die Sitzungsgelder von jeweils 26 DM noch gar nicht enthalten. Der Personaldezernent der Stadt Düsseldorf Meisen erwägt jetzt eine Strafanzeige gegen die FWG wegen Verschwendung öffentlicher Mittel. Besser spät als gar nicht.

Düsseldorfer Nazis machen auf lieb

Die Nazi-Skin Band "Störkraft", deren Mitglieder über das Management des ehemaligen Fraktionsgeschäftsführers und Pressesprechers der REP-Abspaltung "Freie Wählergemeinschaft" (FWG) Torsten Lemmer im Düsseldorfer Rathaus ein- und ausgingen, versucht nun auf der CDU-Welle "Gegen Haß und Gewalt" zu schwimmen. Die "Böhsen Onkelz" haben vorgemacht, daß mit ein paar öffentlichen Schein-Distanzierungen das Geschäft mit Nazi-Scheiben gut angekurbelt werden kann. Die Berliner Tageszeitung BZ entblödete sich nicht, am 14.11. den braunen Dumpfbacken eine halbe Seite zur kostenlosen Werbung für ihre neue CD zur Verfügung zu stellen. Dort konnten die Nazi-Skins damit prahlen, schon angeblich 150.000 ihrer indizierten CDs verkauft zu haben. Lemmer kündigte dort an, daß zukünftig weder gegen rechts noch links Stellung bezogen wird: "Nur allein gegen Haß und Gewalt." Daraus macht die BZ die Überschrift: "Störkraft gegen rechts". Schon der Frankfurter Multi-Kulti-Dezernent Cohn-Bendit entdeckte sein Herz für die scheingeläuterte Nazi-Band "Böhse Onkelz". Da kann der Düsseldorfer Nazi-Yuppi Lemmer berechtigte Hoffnung hegen, seine Fön-Frisur bald an die Brust eines barmherzigen Grünen legen zu dürfen, denn das fortlaufende Geschäft mit Nazi-Musik scheint dort keine tiefgreifenden Widersprüche hervorzurufen.

"Verfolgte" Faschisten auf Bettelkurs

Mit einem bundesweit verschickten Solidaritätsaufruf bettelt die aus Torsten Lemmer, Andreas Zehnsdorf und Christian Eitel zusammengesetzte Redaktion des Düsseldorfer Nazi-Skin-Blattes "Moderne Zeiten" ihre Leserschaft um Spenden an, um ihr weiteres Erscheinen zu gewährleisten. Die angeblich desolate finanzielle Situation wird damit begründet, daß die Düsseldorfer Antifa "einen starken unerbittlichen Kampf gegen die Modernen Zeiten" führen würde. Weiterhin heißt es: "Mit Veranstaltungen und Info-Ständen hetzten sie in einer nie dagewesenen Weise gegen uns und versuchten, die Nachbarschaft gegen uns aufzubringen. (...) Der linke Straßenterror gegen die Modernen Zeiten führte soweit, daß unsere Büroräume gekündigt wurden. Die Linken haben es tatsächlich geschafft, unsere Druckerei zu veranlassen, den Druckvertrag mit uns zu kündigen. (...) Erneut standen wir vor dem Nichts, kratzten die letzten Gelder zusammen und beauftragten ein Makler-Büro mit der Suche nach geeigneten Geschäftsräumen, von denen wir weiter für Euch tätig sein können. In Düsseldorf fand sich nichts, jeder Vermieter hatte scheinbar Angst vor dem linken Straßenmob. (...) "Wir setzten alles auf die Modernen Zeiten, und nur durch die linke Antifa darf das bei Euch so gut angekommene Unternehmen nicht am Ende sein. (...) Deshalb bitten wir Euch, in dieser schweren Schicksalsstunde einmalig uns zu helfen.

Fakt ist, daß den MZ das Wasser bis zum Hals steht. Es ist davon auszugehen, daß das "Projekt" dem Exitus nicht mehr fern ist. Bereits seit einiger Zeit kann ein regelmäßiges Erscheinen nicht mehr gewährleistet werden.

Hintergrund des Bombenanschlag aufgeklärt

Am 19. November war es 9 Jahre her, daß in einem Sex-Shop in der Düsseldorfer Innenstadt eine Bombe explodierte. Dabei starben 1984 zwei Menschen, 20 weitere wurden verletzt und es entstand erheblicher Sachschaden. Doch erst jetzt eröffnet die Polizei, daß die Täter aller Wahrscheinlichkeit nach Rechtsradikale waren. 1984 behaupteten sie, die Täter im "Milieu" zu suchen, ein rechtsradikaler Hintergrund wurde offiziell ausgeschlossen. Doch in Wahrheit gingen schon bald nach dem Anschlag mehrere Hinweise auf rechsradikale Täterkreise ein. Es wurde, so die Polizei, auch intensiv in Düsseldorfer Nazikreisen gefahndet. So bei einer Hausdurchsuchung eines 16 jährigen Chemielaboranten, dort fanden sie 0,7l eines hochbrisanten Sprengstoffes, einen weiteren halben Liter in einem Waldstück. Etwa ein Jahr später kam ein weiterer Hinweis auf einen 16 jährigen Hobbychemiker, der 560 Gramm des hochexplosiven Sprengstoffes Nitropenta herstellte und an eine andere rechte Person verkauft hatte. Dieser hatte allerdings ein Alibi, er saß zur Tatzeit im Knast. Es konnte, so die offizielle Version, keine Verdächtigen oder gar Täter des Bombenanschlags ermittelt werden. Erst jetzt, neun Jahre später, kommen diese Hintergründe, die damals geleugnet wurden, ans Tageslicht. Nachzulesen in "Polizei in Düsseldorf 1993".

DRK betreibt Containerlager

Das Deutsche Rote Kreuz ist nun offizieller Betreiber des Containerlagers auf dem Parkplatz des General-Aviation-Terminals des Düsseldorfer Flughafens. Dieses umzäunte und bewachte Lager dient zur Internierung von Flüchtlingen mit dem Ziel, sie möglichst unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland wieder abzuschieben.

Langenfelder Antifa sprengt Veranstaltung

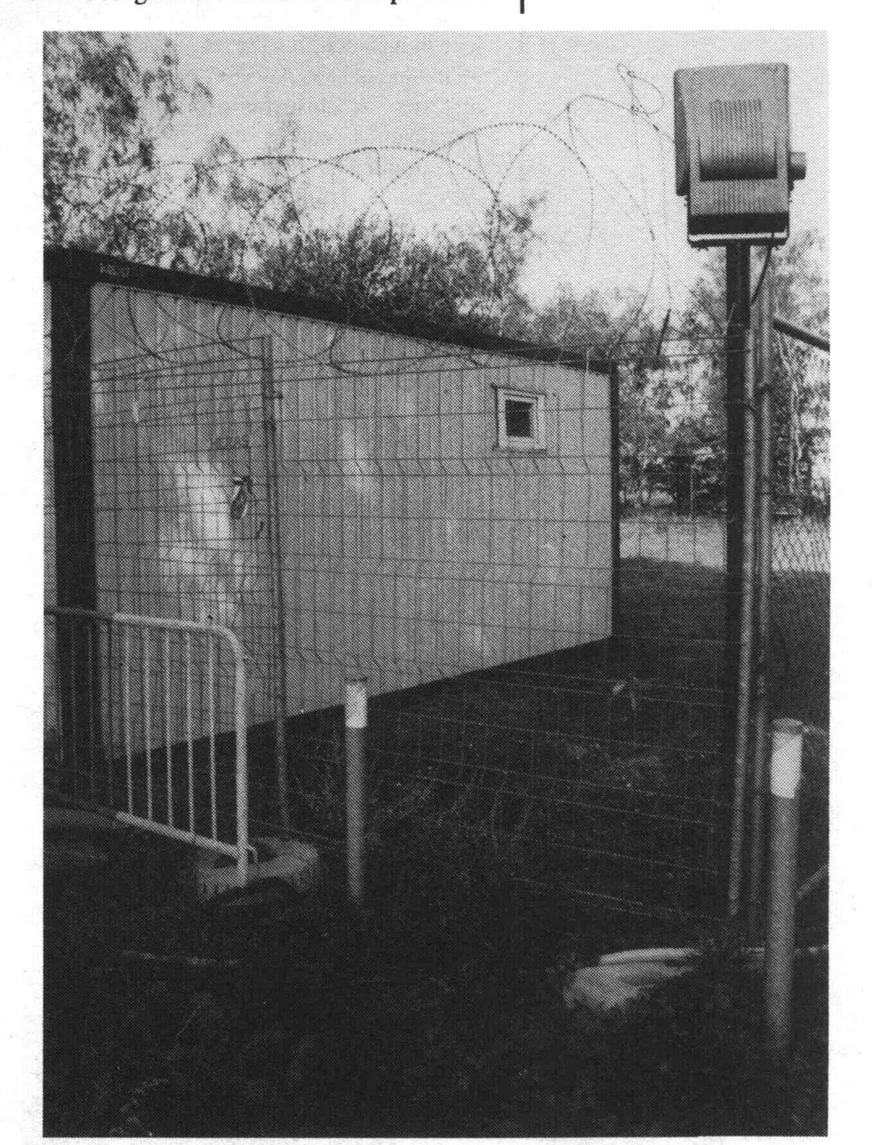
Am Mittwoch, den 13.10, versuchte der südafrikanische Missionar und Apartheidsbefürworter Erlo Stegen in der Langenfelder Stadthalle mit Hetzreden gegen Frauen und Schwarze Stimmung zu machen. Die Langenfelder Antifa sorgte mittels Stinkbomben, Pfiffen und Sprechchören für das angemessene Feedback. Mit einem Aufgebot von sechs Mannschaftswagen mühte sich die Polizei, den Faschisten Stegen doch noch zu Wort kommen zu lassen.

Obdachloser ermordet

Am 10. Oktober ist an seinem Stammplatz in der Passage an der Berliner-Allee der Obdachlose Rezep Uysal erstochen worden. Von der Mordkommission wird nach zwei jungen Männern "mit kurzen Haaren" im Alter von 17-20 Jahren gefahndet. Ob und inwieweit Spuren in die Neo-Nazi-Szene verfolgt werden, war bis jetzt nicht zu erfahren.

Skin-Projekt am Ende

Die Auseinandersetzungen um das Skin-Projekt der Jugendberatungsstelle (JUB) der Düsseldorfer Arbeiterwohlfahrt (siehe. Antifa-NRW-Ztg. Nr. 3) erreichten im Dezember 1993 ihren Höhepunkt. Antifaschistische Gruppen und zunehmend auch andere Organisationen und Einzelpersonen



Asylunterkünfte auf dem Flughafengelände Düsseldorf

hatten seit Mitte 93 Kritik an dem Projekt geübt, insbesondere aufgrund der Tatsache, daß organisierte Neonazis in das Projekt eingebunden waren. Stefan Rasche z.B. als organisierter und organisierender Neonazi war gar am Aufbau des Projektes beteiligt und stellte das Bindeglied zwischen Sozialarbeiter und Klientel dar. Darüber hinaus war der AWO vorgeworfen worden, daß sie völlig konzeptlos ans Werk gegangen sei, keinerlei Austausch mit anderen Projekten und antirassistischen Gruppen stattfinde, das Projekt sich ausdrücklich als unpolitisch verstehen würde und damit den Zusammenhang zwischen rechter Ideologie und rechter Gewalt leugne sowie eine Abschottungspolitik gegenüber kritischer Öffentlichkeit betrieben würde. Die AWO wurde nicht müde, anstatt sich der Kritik zu stellen, den KritikerInnen einen "ritualisierten Antifaschismus" vorzuwerfen und zu betonen, wie erfolgreich das Projekt doch laufe.

Für den 13.12.1993 hatte der "Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen" zu einer Podiumsdiskussion über das Skinprojekt eingeladen, an der ca. 150 Menschen teilnahmen. Der AWO-Vorstand, die JUB und der "Rechtsextremismusexperte" des Jugendamtes sagten eine Teilnahme am Podium ab. Der AWO-Vorstand begründete dies damit, daß dem öffentlichen Interesse durch Darstellung des Konzeptes im Jugendhilfeausschuß genüge getan sei. Zum Schluß der Diskussion wurde eine Erklärung verabschiedet, die die Zustimmung fast aller Anwesenden bekam und die alle o.g. Kritikpunkte enthält. Unbekannt bis auf wenige Gerüchte waren zu diesem Zeitpunkt noch die "Vorfälle" in Dresden, die sich 2 Tage vorher ereignet hatten: Anstelle einer geplanten, aber nicht genehmigten Reise nach Israel, waren 14 Skins, davon nur wenige aus Düsseldorf, mit 3 Betreuern im Rahmen des Skin-Projektes nach Dresden gefahren um dort einen Jugendclub zu besuchen und mit den TeilnehmerInnen eines Dresdener Skinprojektes über deren Israelreise zu diskutieren, die im übrigen bundesweit kritisiert worden war. So zumindest war es geplant. Was tatsächlich passierte, hat nun zur Beendigung des Projektes geführt. TeilnehmerInnen des Düsseldorfer Projektes griffen die anwesende Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden an und verletzten sie. Der mitreisende und relativ hilflos agierende hauptverantwortliche Sozialarbeiter, der schlimmeres verhindern wollte, wurde bei dieser Gelegenheit direkt mit versorgt und handelte sich eine Reihe Beulen von "seinen" Skins ein. Die Demolierung des Reisebusses und der Unterkunft sowie die Tatsache, daß 2 Dresdener Jugendliche von 2 Skins lt. Polizeibericht in "menschenunwürdiger Weise genötigt und gedemütigt" wurden (Sie wurden von den Faschisten u.a. gezwungen, ihnen unter Androhung von Schlägen die Stiefel zu küssen), führte zum vorzeitigen Abbruch der Exkursion und Rückreise mit dem Zug, weil sich der Busfahrer weigerte, die Gruppe nach Düsseldorf zurückzufahren. Nachdem das Ganze in Düsseldorf bekannt geworden war, versuchte die AWO erst einmal Zeit zu gewinnen und die Vorfälle herunterzuspielen. Noch Tage später war man zu keiner Aussage und Bewertung in der Lage, weil man noch prüfen müsse, was genau geschehen sei. Einen genauen Bericht werde man Mitte Januar vorlegen. Es folgte die Verhaftung von 2 Skins aus Ratingen und Oberhausen, die die Dresdener Jugendlichen angegriffen hatten und die zwischenzeitlich zu 6 bzw. 8 Monaten auf Bewährung verurteilt worden sind. Die AWO bekam nun zusätzlichen Druck von den Medien und von der Stadt, der es hauptsächlich darum ging, daß die Angelegenheit vom Tisch kommt. Die konservative Rheinische Post berichtete sogar ausführlich über die von AntifaschistInnen veranstaltete Podiumsdiskussion und forderte zu prüfen, ob organisierte Neonazis Einfluß auf das Projekt hätten. Am 21.12.93 verkündete AWO-Geschäftsführer **Keil**, daß das Projekt vorerst gestoppt sei, kündigte aber auch eine spätere Weiterführung bzw. Neuauflage gemeinsam mit anderen Trägern an. Es folgte die fristlose Entlassung des zuständigen Sozialarbeiters und des Leiters der Jugendberatungsstelle und damit das endgültige Aus für das Skin-Projekt. Das Problem scheint damit für den AWO-Vorstand aus der Welt zu sein. Die Sündenböcke sind gefunden und entfernt. Mit den grundsätzlichen KritikerInnen möchte man sich aber nach wie vor nicht auseinandersetzen. Falsch kann das Ganze ja nicht gewesen sein, vielleicht einige Fehler bei der Ausführung, aber hauptsächlich viel Pech..

Sozialarbeiter **Hubertus Wunschik** (3.v.r.) inmtten seiner Skins am Rande eines antirassistischen Straßenfestes 5.v.r. **Stefan Rasche.**

Deckmantel Kirche

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die stark anti-kommunistisch geprägte "Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" (ENG) am 25.9.93 eine Vorstandssitzung im Hotel Union in Dortmund abgehalten. Ehrenvorsitzender dieser "Gemeinschaft" ist der Pfarrer i.R. **Alexander Evertz** aus Dortmund, der seine nationalistische Denkweise als Autor in der Zeitschrift "Mut" publizierte. Beschlossen wurde ein energisches Vorgehen gegen Frauenzentren.

Erfolgreiche Antifas

Am 14.10.93 lud der Rep-KV Dortmund **Rudolf Krause** (MdB der Reps) zu einer Veranstaltung in die Gaststätte Haus Schwarz. Antifas erfuhren kurzfristig von dem geplanten Termin und konnten das Zusammentreffen der REP`s und deren Sympathisanten verhindern. Unverrichteter Dinge mußten sie von einem Ort zum andern flüchten, um dann endgültig aufzugeben.

Die Dortmunder REP-Fraktion zerschlägt sich selbst

Der REP-Kreisvorsitzende **Eberhard Stamm** soll im November 1993 Schläger beauftragt haben, um gegen seinen Fraktionsvorsitzenden **Max Branghofer** tätlich zu werden. Den Grund dafür sieht der Dortmunder **Klaus-Dieter Pahl** (Mitgl. des REP-Bundespräsidium) in mangelnder Selbstkritik und Realitätsverlust. Stamm ist nunmehr aller Ämter enthoben und aus der REP-Fraktion ausgeschlossen worden. Weiter so!

Prozeß in Dortmund

Voraussichtlich am 15.3. 94 beginnt der Prozeß gegen 7 Mitglieder der Nationalen Offensive (NO) in Dortmund. Angeklagt sind sie wegen Sprühereien, Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Zwei Rädelsführer (die allen bekannten **Sennlaub** und **Krieger**) befinden sich wieder in Untersuchungshaft. Es wird damit gerechnet, daß auch hochrangige Fascho-Funktionäre den Prozeß besuchen werden.

Schwarze Liste

Auch aus Dortmund sind 16 Adressen, sowohl Organisationen als auch Einzelpersonen, die als "anschlagswürdig" angesehen werden, auf der medienwirksam präsentierten Einblick-Liste. Bislang erhielten zwei Personen telefonisch Morddrohungen, dem Dortmunder Antifa Café wurde ein Besuch angekündigt. Alle Anrufe erfolgten im Namen einer "Anti-Antifa". Den Worten folgten bislang keine Taten. Recherchen ergaben, daß die Faschisten einerseits nur den Antifa Kalender abtippten, andererseits Personen auflisteten, die seit Jahren nicht mehr aktiv sind. Alles in allem keine besondere Recherche.

Rechte an der Uni

Seit Monaten tauchen in StudentInnenwohnheimen Flugis und Publikationen von REP/NPD und Burschenschaften auf. Nun wurden Ihnen noch Freiexemplare der bekannten rechten Postille "Junge Freiheit" aufgezwungen und nicht zuletzt sucht ein rechtskonservativer Gesprächskreis weiterhin noch Mitstreiter.

Anschlag

Am 11.12.93 wurde ein Brandanschlag auf das Haus, in dem W.Haase (SPD-Bezirksvorsteher) wohnt, verübt. Es wurden jedoch keine Menschen verletzt. Schon im Vorfeld erhielt er Telefonate/Briefe, in denen sich über die Lautstärke türkischer MitbürgerInnen beschwert wurde. Ein rechtsextremer Hintergrund wird nur von der Polizei nicht vermutet. Typisch!

Neues von Klyscz (Teil III)

Im Fall Klyscz (siehe Antifa NRW Info II + III) schweigt die Dortmunder Fachhochschule weiter, d.h. sieht die Einschränkung, daß K. nur "noch" Erstsemester unterrichten darf, als ausreichend an. Das Düsseldorfer Wissenschaftsministerium jedoch leitete Vorermittlungen ein.

Nachbarn in Dortmund

Vor ihrer Haustür stießen im Dezember (im wahrsten Sinne des Wortes) ein Farbiger und ein Deutscher zusammen. Nach üblen rassistischen Sprüchen seitens des "Deutschen" wurde die Polizei von ihm noch aufgefordert, diesen "Ausländer" kaltzumachen, was eine Anklage wegen Volksverhetzung zur Folge hatte. Das Strafgesetzbuch sieht bei dem Vergehen eine Strafe von 3 Monaten bis zu 5 Jahren vor. Urteil: 4 Monate auf Bewährung und 100 Stunden Sozialdienst "...am besten in der Ausländerbetreuung", meint Richter Ophoven mit der Begründung, daß diese Tat weniger einen rechtsextremen Hintergrund habe, als vielmehr Stammtischgerede die Ursache für diese Tat sei.

Prozeß vor der Staatsschutzkammer

Berthold Dinter (Organisator der Hess-Kundgebungen in Wunsiedel, Bayreuth und Fulda) stand im Januar 1994 vor dem Dortmunder Landgericht, weil bei einer Durchsuchung seines Büros jede Menge NSDAP/AO-Materialien, importiert aus Nebraska in Form von Aufklebern, Plakaten und Kampfschriften, gefunden wurde. Der

Dortmund

Rentner wollte den Richter tatsächlich überzeugen, daß er dieses Material nur gesammelt habe, um es zu vernichten, was ihm jedoch nicht recht gelang. Zumindest in einem Fall hat er das Material an den 24jährigen **Andreas Szypa**. weitergegeben, der sich natürlich mittlerweile von der rechten Szene dank seiner Freundin gelöst hat. Urteil: Dinter erhält 8 Monate auf Bewährung und 1500 DM Geldbuße, Andreas S. wird zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen a 60 DM verurteilt.

Literaturwerkstatt für Hörgeschädigte

Seit rund drei Jahren baut die Literaturwerkstatt für Hörgeschädigte ein Alltagsarchiv zum Thema Schwerhörige und andere Behinderte auf. Das Ziel der Arbeit ist es,
"Geschichte von unten" zu dokumentieren.
Weitere Informationen sind erhältlich bei:
Literaturwerkstatt für Hörgeschädigte
c/o Christian Bönschen, Entenpoth 31, 44263 Dortmund Hörde,
Tel. 0231/417312

Essen

Ekkehard Franke-Gricksch,

Herausgeber der rechtsradikalen CODE ist dabei die Produktion seiner Zeitschrift auf Computersatz umzustellen. So ließ er sich in einem Essener Satzbüro den Preis seines, in der Auflagenhöhe 4 - 5000 gedruckten Magazins berechnen. Das von ihm im Diagnosen Verlag (Sitz Leonberg) heraus gegebene Blatt strotzt nur so von Hetze auf AusländerInnen, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus. Dies verwundert nicht, ist Ekkehard Francke - Gricksch doch enger Gesinnungsfreund des rechtsradikalen US-Amerikaners **Lyndon La Rouche**, dessen Frau **Helga Zepp Rouche** die "Europäische Arbeiterpartei"(EAP) in der Bundesrepublik anführt. Sowie er auch Kontakte mit dem "Institute for Historical Review" unterhält.

Ekkehard Francke - Gricksch tritt bei seinen braunen Aktivitäten in die Fußstapfen seines Vaters Dr. **Alfred Franke-Griksch**, seines Zeichens SS - Standartenführer und Führer der "Bruderschaft". Die "Bruderschaft" ist neben der Fluchtorganisation "Odessa" und "Spinne" die dritte wichtige illegale Hintergrundorganisation zur Reorganisation der SS.. Die Familientradition wird fortgesetzt durch **Nicole Francke - Griksch** die ihrem Vater Ekkehard bei der Erstellung von CODE und der Gesundheitszeitschrift "Gesunde Medizin" hilft. CODE wird jetzt nicht in Essen gesetzt, dafür aber "Gesunde Medizin".(Weiteres zur "Bruderschaft", siehe "Hintergrund Information 2/93")

Grenzland

Infostand der Republikaner verboten

Am 16.10.1993 wurde ein angemeldeter Infostand der Republikaner in der Jülicher Fußgängerzone durch die Stadtverwaltung Jülich verboten. Nach Angaben der örtlichen Presse wurde das Verbot erteilt, weil "mit erheblichen Ausschreitungen zu rechnen sei".

Neo-Nazi Projekt vorerst gestoppt

Durch massiven öffentlichen Protest von AntifaschistInnen sah sich die Stadt Düren gezwungen, ihren "Skin- Treff" im Stadtteil Rölsdorf Anfang Dezember vorübergehend zu schließen. Offizielle Begründung: Die explosive Stimmung".

Tatsächlich war das Projekt politisch nicht mehr tragbar. Neben den Tatsachen, daß mit **Michael Prümmer** und **Sascha Wagner** zwei hohe Funktionäre der JN an dem Projekt waren, wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß ein Schulungsabend mit einem Vertreter der VAPO (Österreichischer Flügel der GdNF) in Rölsdorf stattgefunden hatte, sowie daß das Projekt der "gewaltfreien Zone" Düren soweit gediehen war, daß Michael Prümmer im Ausländerbeirat der Stadt Düren offiziell Verhandlungen darüber anbot. Parallel zu der Schließung des "Jugendtreffs" wurden durch die lokalen Medien scharfe Angriffe gegen AntifaschistInnen verbreitet. Unter anderem, daß "die Flugblätter der Antifa von der Methodik an einen bösen Teil der Deutschen Geschichte erinnern", sowie, daß die Antifa "infame Lügen" verbreiten würde. Desweiteren wurde unterstellt, daß AntifaschistInnen für eine "explosive Stimmung" verantwortlich seien.

Am Vortag einer Veranstaltung von AntifaschistInnen drohte die Polizei den BetreiberInnen eines Alternativen Zentrums, dem KOMM, daß jenes von Faschisten angegriffen werden sollte und bat die BetreiberInnen, der Antifa den Versammlungsraum für den folgenden Tag zu kündigen. Desweiteren wies sie darauf hin, daß sie sich dazu gezwungen sähe "auch Faschisten den Zugang zu dieser Versammlung zu ermöglichen". Sie seien nun mal an das Versammlungsgesetz gebunden. Ferner würde sie von ihrem Recht Ton- und Bildmaterial zu erstellen Gebrauch machen. Seitens der Antifa war klar, daß die Veranstaltung ohne Polizei durchgeführt wird, was am folgenden Tag auch gemacht wurde.

Auf der Veranstaltung selber waren dann ca. 100 Leute; unter anderem auch VertreterInnen aus Jugendhilfeausschuß, Ausländerbeirat, Grünen, SPD und der persönliche Referent des Oberbürgermeisters. Dieser Personenkreis versuchte die Veranstaltung in dem Sinne umzumünzen, als daß sie versuchten, die Wogen zu glätten: "Wenn das stimmt, was ihr da behauptet, dann...". Lediglich die Grünen bezogen klar Stellung gegen das Projekt.

Soweit, so gut. Ca. eine Woche nach der Veranstaltung stand fest: Der Neonazi Treff ist offiziell geschlossen. Der betreuende Sozialarbeiter Gandor hatte erklärt, daß er es nicht weiter fortführe, sondern stattdessen ein Sorgentelefon für die Eltern rechtsextremer Jugendlicher machen wolle. Jetzt ging jedoch der Stadtjugendpfleger **Klaus Pallenberg** in die Offensive. Er rechtfertigte das Projekt in der Öffentlichkeit und bagatellisierte die Vorfälle. Außerdem hätten sie nicht gewußt, daß Nazifunktionäre daran beteiligt gewesen waren, was schlichtweg gelogen ist.

Ob in Volkshochschulen oder vor Sozialarbeitstudierenden, immer wieder die gleichen Sprüche: "Verstehen, aber nicht einverstanden sein" und "aufeinander zugehen, nicht ausgrenzen". Und für Gewalt sind perse die AntifaschistInnen verantwortlich.

Stand ist Mitte Januar, daß nach den Worten Pallenbergs das Projekt möglichst bald wieder aufgenommen wird.

SchreibtischtäterInnen entlarvt

Am 9. November fand in Aachen eine Demonstration (bezeichnenderweise als Schweigemarsch geplant) unter dem Motto "Schweigen ist Schuld" statt. Dazu aufgerufen hatten DGB, Kirchen, sowie die Christlich-Jüdische- Gesellschaft. Ein linkes Bündnis, welches traditionell die Demonstration anläßlich der Pogromnacht vorbereitete, wurde im Vorfeld ausgegrenzt. Begründung war, daß man nicht mit Kräften zusammen demonstrieren wollte, die angesehene Lokal-PolitikerInnen als "Menschenjäger" und "Schreibtischtäter" bezeichnete.



Aktion am 9.November 1993

Nun, das hielt die Linke nicht davon ab, zahlreich auf der Demonstration zu erscheinen. Mit Sprechchören und Transparenten sollte auf die Heuchelei der OrganisatorInnen aufmerksam gemacht werden. Unter anderem wurde ein 30 Meter langes Transparent mitgebracht, auf dem lokale SchreibtischtäterInnen demaskiert wurden (siehe Fotos). Dieses Transparent wurde von der Presse ignoriert. Dabei blieb es nicht. Als **Armin Laschet** (CDU- Bundestagsabgeordneter und Ghostwriter der "Jenninger-Rede") als Vertreter der Christlich- Jüdischen Gesellschaft auf der Auftaktkundgebung reden wollte, wurde dieser Heuchelei entschieden Einhalt geboten. In der Lokalpresse wurde das später als "Eklat" bezeichnet. Der "Eklat" tat der Stimmung allerdings keinen Abbruch. Die Demonstration formierte sich und zog trotz Schweigemarsch) lautstark zum Marktplatz. DGB und Kirchen wurde deutlich, daß sie keinen Einfluß auf den Großteil der DemonstrantInnen hatten. Sie erlitten eine empfindliche Schlappe. Innerhalb des DGB kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, weil linke GewerkschaftlerInnen sich mit den gelaufenen Aktionen solidarisierten.

Heldengedenken findet nicht statt

Alljährlich findet am Totensonntag in Aachen ein Heldengedenken am Ehrenmal in der Ludwigsallee statt. Dazu rufen soldatische Verbände, Burschenschaften, andere revanchistische Vereinigungen, sowie die HIAG (Hilfsverband der Angehörigen der Waffen-SS) auf. In den vergangenen Jahren kam es stets zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und der Polizei.

Grenzland

Viele Linke haben in diesem Zusammenhang auch gerichtliche Nachspiele ertragen müssen. Im letzten Jahr noch wurden "Pazifisten" als "feige, vaterlandslose Gesellen" bezeichnet, welches zu einem parlamentarischen Nachspiel führte (kleine Anfrage der PDS Bundestagsgruppe).
Als Redner war dieses Jahr Armin Laschet vorgesehen. Eben jener Laschet, der knapp zwei Wochen zuvor der Opfer des Nationalsozialismus gedenken wollte, schickte sich an, die Toten der Waffen-SS zu ehren. Wenn da nicht der "Eklat" am 9. November gewesen wäre. Zu frisch war die Erinnerung an die antifaschistische Selbsthilfe. Laschet sagte ab.

Polizei und Presse erfanden hunderte von Autonomen, die auf dem Anmarsch nach Aachen seien. Dieses diente als Begründung, das Heldengedenken abzublasen.

Am 21.11. fanden sich dann ca. 80 Menschen am Ehrenmal ein und hielten eine antifaschistische Kundgebung ab. Zum ersten mal seit 12 Jahren gelang es der Linken, diesem Bündnis aus Nationalkonservativen hin bis zu Neo-FaschistInnen, ihre Reinwaschung der TäterInnen zu vermasseln.

JN beweist großes Maul

Über das nationale Infotelefon mobilisierte die JN für den 23.10. zu einer Kundgebung vor dem Autonomen Zentrum in Aachen. Ihr Motto: "Keine Steuergelder für Asoziale und Linksradikale". (Anmelder: Sascha Wagner örtlicher JN-Führer und im Bundesvorstand der JN)

Den ganzen Tag über besetzten AntifaschistInnen den Platz vor dem AZ. Undwas hätte auch anderes passieren sollen- die JN ließ sich mal wieder nicht blicken.

In der Nacht vom 16. auf den 17.12. brannte es in einem Eschweiler Flüchtlingswohnheim. Schon eine Nacht später erneut. Dieses mal wurde festgestellt, daß Benzin als Brandbeschleuniger benutzt worden ist. Zwei BewohnerInnen erlitten leichte Verletzungen. Bei beiden Feuern handelte es sich nach offiziellen Angaben um Brandstiftung. Die Polizei schließt jedoch rassistische Hintergründe aus. Jedoch weisen AntifaschistInnen aus Eschweiler darauf hin, daß sie eher annehmen, daß wieder einmal ein rassistischer Anschlag vernebelt werden soll.

Am 23.12. fand eine gemeinsame Protestkundgebung von Flüchtlingen und AntifaschistInnen vor dem Eschweiler Rathaus statt.

Kerkrade

Am Samstag den 11. Dezember marschierten 44 deutsche Nazis durch den holländische Teil der Grenzstadt Kerkrade. Unbehelligt durch die holländische Polizei skandierten sie Parolen, sangen faschistische Lieder und schwenkten Fahnen. Anschließend setzten sie sich in ihre Pkws und zogen, auch von der benachrichtigten deutschen Polizei unbehelligt, über die Grenze ab. Die aus Neuss, Duisburg, Bonn, Siegburg und Aachen angereisten Nazis wandten sich in Kerkrade gegen den "Polizeistaat BRD", den sie mit der Ex-DDR und Chile gleichsetzen und der **Heinz Reisz** (Vorsitzender "Deutsches Hessen") die Bürgerrechte aberkennen wolle. Dies war zumindest in den von den Nazis verteilten Flugblättern zu lesen. Einzureihen ist dieser Aufmarsch wohl in die Aktionswoche gegen Verbote faschistischer Organisationen, die die Nazis vom 4. bis 11.12. angestrebt hatten.

Herne

Anders als wir in der letzten Ausgabe berichteten, ermittelt die Essener Staatsanwaltschaft im Rahmen des Hattinger Brandanschlags nicht gegen Fremdtäter. Trotz der kriminaltechnischen Umstände, die für Fremdtäter sprechen, hält die Staatsanwaltschaft den Verdacht gegen die Mutter aufrecht und bläst weiterhin in das populistisch deutsche Horn: Die Opfer sind die Täter.

Selbstmord in der Abschiebehaftanstalt

Am 17. Dezember besuchten zwei Mitglieder des Bundestags und eine Landtagsabgeordnete die Abschiebehaftanstalt Herne. Nach Berichten von Häftlingen war es hier im vergangenen Jahr nach Protesten der Häftlinge zu Übergriffen von Wachmannschaften gekommen. In der ältesten Abschiebehaftanstalt des Landes NRW in Herne, die seit Ende 1992 besteht, gingen Gefangene im letzten Jahr in den Hungerstreik oder verbarrikadierten sich in ihrer Zelle, um gegen die Abschiebung zu protestieren.

Alles ginge hier rechtsstaatlich zu, und die "Wirtschaftsflüchtlinge" gehörten eh abgeschoben, hieß es jetzt nach der Visite der SPD-PolitikerInnen. Nur ein oder zwei Stunden nach ihrem Besuch beging ein sudanesischer Flüchtling in der Abschiebehaftanstalt Selbstmord. Er hängte sich auf, lag danach im Koma und verstarb am ersten Weihnachtstag. Dem Schwarzen aus dem Südsudan drohten nach der Abschie-

bung als Angehörigem der christlichen Minderheit schwere Repressionen.

Menschenrechtsorganisationen und sogar die USA fordern, niemanden in den Südsudan abzuschieben. Die bundesdeutsche Innenministerkonferenz sieht das anders.

Die Leitung der Abschiebehaftanstalt versuchte offensichtlich, der Öffentlichkeit den Selbstmord zu verschweigen. Erst durch einen Bekannten des Flüchtlings, so der Arbeitskreis gegen die Abschiebehaftanstalt Herne, sei die Presse informiert worden. Erste Berichte erschienen am 22. Dezember in den durch den verharmlosenden SPD-Bericht getäuschten Medien.

(Quelle: Wupper Nachrichten)

Herne

Hagen

Auto-Jagd auf "Ausländer"

Ein Jahr auf Bewährung für überzeugten Rechten

Am 1. Juni fuhr der Faschist **Ralf Liening** aus Hagen mit seinem Toyota in einen Demonstrationszug in Solingen und verletzte eine junge Frau. Für die Tat, die drei Tage nach dem Brandanschlag in der Unteren Wernerstraße geschah, verurteilte ihn das Solinger Amtsgericht am 16. November wegen mehrerer Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung zu einem Jahr auf Bewährung.

Nur wenige Stunden vor der Tat wurde der 32jährige Ralf Liening vom Landgericht Hagen aufgrund eines Aufmarschs vor einem Flüchtlingswohnheim wegen Nötigung verurteilt. Nachmittags fuhr er zusammen mit dem damaligen Skin **Thomas Kettschau**, ebenfalls aus Hagen, nach Solingen. Dort fuhren sie Parolen gröhlend durch die Straßen. An der Kreuzung Schlagbaum folgten sie einer antirassistischen Demonstration, durchfuhren die Reste einer sich auflösenden Polizeikette und überfuhren eine Nachzüglerin. Sie folgten weiter der Demo, bis ihr Auto von der Polizei und der wütenden Menge gestoppt und völlig demoliert wurde. Polizisten brachten die Hagener Nazis in Sicherheit.

Das Opfer ist eine 16jährige Schülerin, die mit Prellungen und Schürfwunden an Armen und Beinen davon kam, welche allerdings bis heute Spätfolgen zeigen. Sie konnte Lienings Wagen nicht ausweichen, da sie sich wegen eines Gehgipses nur langsam bewegen konnte. Lienings Wagen folgte ihren Bewegungen, was ZeugInnen bestätigten. Wollte auch Liening ausweichen oder hielt er auf sein Opfer zu? Das Opfer vermutete, Liening habe sie vielleicht wegen ihrer dunkelen Haare und Augen für eine Türkin gehalten. Immerhin hätte Liening anhalten oder ausweichen können, bestätigten Polizeizeugen. "Auf Biegen und Brechen" habe er durchfahren wollen.

Liening stellte vor Gericht überzeugten Rassismus zur Schau. Er besucht regelmäßig Treffen der "Autonomen Rechten" aus Hagen und fährt auch zu bundesweiten Versammlungen.Als "Nationalrevolutionär" ist er strikt gegen "Rassenmischung". Nach der Tat wurden in seinem Wagen neben einem Knüppel und Bomberjacken eine Ausgabe der Zeitschrift "Volkswille" gefunden, ein Blatt der 1990 kurzzeitig auftretenden "Initiative Volkswille". Sie war eine der vielen Organisationen, die von militanten Neofaschisten um Michael Kühnen gegründet wurden. Im Dezember 1992 hob die Polizei im Ruhrgebiet eine Gruppe mit Namen Volkswille aus, die Waffen, große Mengen von Chemikalien zur Sprengstoffherstellung und Propagandamaterial gehortet hatte.

Wegen eines Überfalls auf einen Supermarkt, dessen Beute in die Parteikasse der NPD fließen sollte, wurde Liening 1982 zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. 1989 wurde er in Passau wegen vorsätzlicher Körperverletzung erneut für schuldig befunden. Im Dezember 1992 fiel er als einer der Organisatoren der "Anti-Antifa-Demo" in Meschede auf.

Ein überzeugter Rassist ist auch Lienings Verteidiger **Jürgen Rieger** aus Hamburg. Rechtsanwalt Rieger, ehemaliges Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front, hetzte nach Informationen der Antifaschistischen Nachrichten: "Die Ausländerflut gefährdet die biologische Existenz unseres Volkes". Als Vorsitzender der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" ist er seit langem als Prediger eines neuen Rassismus aktiv. In der Nähe des Anwesens der Gesellschaft in Hetendorf finden regelmäßig Wehrsportübungen statt. Rieger besitzt Einfluß in weiten Kreisen der extremen Rechten und verteidigt regelmäßig Neonazis.

Riegers Strategie bei der Verteidigung seines Mandanten vor dem Schöffengericht in Solingen: Auf die Tränendüse drücken, seinen Mandanten als Opfer und die rassitische Jagd als einen Unfall darstellen. Der "gute Gebrauchtwagen" Lienings sei bis zum Totalschaden zerstört worden, die beiden Nazis hätten in dem Wagen Todesängste ausgestanden. In Solingen wäre niemand bereit gewesen, die Verteidigung zu

Hagen

übernehmen, so daß er aus Hamburg hätte kommen müssen. Das Solinger Tageblatt druckte Riegers Gejammer in Form eines Interviews ab. Außerdem versuchte Rieger immer wieder, den Einsatz der Polizei in Frage zu stellen, die angeblich die Situation nicht im Griff hatte.

Das Gericht glaubte Liening, der den Zusammenstoß als unbeabsichtigt darstellte. Allerdings sei seine Geschwindigkeit unangemessen hoch gewesen und Panik sei nicht der Grund für sein Verhalten gewesen. Vielmehr sei er nach ersten Auseinandersetzungen mit ImmigrantInnen aus Trotz der Demo gefolgt, stellte der Richter in der Urteilsbegründung fest. Auf den politischen Hintergrund ging der Richter in der Urteilsbegründung nicht ein. Auch mögliche politische Motive des Beifahrers Thomas Kettschau, der immerhin kurz vor dem Zusammenstoß eine poltische Parole aus dem Auto heraus gerufen haben soll, wurden nicht weiter erforscht. Bonehead Kettschau hatte übrigens 1990 die rechtsextreme Yuppie-Postille "Junge Freiheit" abonniert.

Wegen vorsätzlicher Straßenverkehrsgefährdung, erwiesener Trunkenheit am Steuer und Unfallflucht erhielt Liening eine Strafe von einem Jahr. Unter Einbeziehung der Untersuchungshaft von fünfeinhalb Monaten wurde der Rest der Strafe auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Sein Führerschein wurde eingezogen, erst nach zwei Jahren kann er ihn neu beantragen.

Köln

REPs und DL im Clinch

In den letzten Wochen sind verschiedenen antifaschistischen Gruppen Kopien interner Parteiunterlagen der Kölner REPs zugeschickt worden. Aus den Unterlagen wird ein erbitterter Streit zwischen der DEUTSCHEN LIGA und den Kölner REPs deutlich.

Kommunalwahl 94

Im Sommer 93 veröffentlichte der Kölner Stadtanzeiger ein Protokoll über ein geheimes Treffen mit Thomas Salomon (NPD, Berlin), Peter Dehoust (DL, Coburg), Ingrid Schönhuber (REP), sowie den Kölner DLern Manfred Rouhs und Markus Beisicht. Auf dem Treffen war angeblich verabredet worden, daß zur Kommunalwahl 94 in Köln als einzige rechtsextreme Kraft die DL antreten solle, mit Unterstützung von REPs und NPD (siehe NRW-Info Nr.2). Zumindest von Ingrid Schönhuber wurde die Teilnahme an diesem Geheimtreffen dementiert. In der Dezemberausgabe der Kölner "Domspitzen" betont Manfred Rouhs, daß zwischen REPs, DVU, NPD und DL das Gemeinsame das Trennende überwiege. Er schreibt, daß die Kölner DL sich aus dem bundesweiten Streit der Rechten raushalte und dafür in Köln als einzige rechte Partei, mit Unterstützung aller anderen, antreten werde. Diese Ankündigungen scheinen eher gro?mäulig als wahr zu sein. Die neu aufgetauchten REP-Unterlagen lassen an der Authenzität der Absprachen zwischen REPs und DL zweifeln. U.a. zeigt dies ein Zitat aus einer Mitgliederversammlung des REP Kreisverbandes Köln am 27.8.93: "Er (Günter Kersten) berichtete, daß die DL eine massive Verleumdungskampagne gegen die REPs gestartet habe. Es wurde vorgeschlagen, eine Flugblattaktion zu starten, um diese Verleumdungen zurecht zu rücken und die Bevölkerung über die Ziele der REPs zu unterrichten. Es werde angestrebt, mit 10% wie in Frankfurt, in den Rat der Stadt Köln einzuziehen."

Der erbitterte Streit zwischen Kölner REPs und DL, der in diesen Zeilen deutlich wird, reicht weit zurück. Schon 1989 als die meisten der heutigen DLer und viele aus dem jetzigen Kreisverband der REPs zusammen auf der REP-Wahlliste kandidierten, liessen sie sich gegenseitig durch Privatdetektive bespitzeln. Parteiausschlüsse waren an der Tagesordnung.

Als Franz Schönhuber auf dem letzten Parteitag in Rastsatt auf die Kölner DL angesprochen wurde, stieß er nur etwas von Vollidioten und Politkriminellen hervor. Natürlich wolle man gegen die DL zur Kommunalwahl kandidieren. Das Gleiche ließ dort auch der stellv. Kreisvorsitzende der Kölner REPs, Jürgen Heydrich verlauten.

Die rechte Einheitsliste unter Führung der DL scheint also eher eine Wunschvorstellung der selben zu sein.

Wie weit der Streit hinter den Kulissen tatsächlich geht, zeigt auch ein Ereignis vom Oktober 93. Die Kölner REPs wollten zur Wahl eines neuen Kreisvorstandes eine Mitgliederversammlung in der "Hohenstaufen-Schänke" in der Innenstadt abhalten. Einen Tag vor dem Treffen tauchten bei Antifa-Gruppen gefälschte Einladungsschreiben mit dem Briefkopf der DL für eine DL-Veranstaltung am nächsten Tag in der "Hohenstaufen-Schänke", auf. Da die Einladung die Unterschrift des DL-Ratsmitgliedes Manfred Rouhs trug rief der Wirt nach Protesten bei Rouhs an, sagte die Veranstaltung ab und machte seine Kneipe für diesen Abend zu. Pech für die REPs.

Während es mit dem Schmusekurs DL-REPs also wohl Essig ist, klappen die Absprachen zwischen DL und NPD offensichtlich besser. Wie im Geheimprotokoll veröffentlicht, erhielt der NPDler Peter Lignau seinen sicheren Listenplatz auf der DL-Kommunalwahlliste.

Verbindungen der REPs ins militante Lager

Die REPs, geben sich nach außen immer wieder gern den Anschein, ihre Partei sei von militanten Neonazis gesäubert. Wie wenig dies der Realität entspricht, zeigt sich bei den Kölner REPs.

Bei den kürzlich aufgetauchten internen Unterlagen der Kölner REPs ließen sich bei den Funktionsträgern einige bekannte Namen wiederfinden. Neben einer Mitgliederliste des Kölner Kreisverbandes, mit etwas über 100 Namen, tauchte auch eine Liste, der vom Kreisverband gewählten Delegierten, für die Landes und Europaversammlungen der REPs auf. Ganz oben, mit dem zweitbesten Stimmenergebnis stand der Name Ronald Kirsch. Kirsch ist seit vielen Jahren in der militanten Szene aktiv. Er verfügt über beste Kontakte zu Skins und Faschohooligans aus dem Ruhrgebiet. Sicherlich nicht zufällig tauchte sein Name auch im März 91 im Adreßbuch von Michael Kühnen, neben der gesamten GdNF-Führung, auf. Mit ein paar Stimmen weniger wurde der Nazi Roger Schwarz als Parteitagsdeligierter gewählt. Schwarz ist Mitglied einer Clique, die schon Ende der 80er Jahre im Kölner Königsforst Wehrsportübungen veranstaltete und bei Antifas auch schon mal die Scheiben einwarf. Er scheint nicht nur bei den REPs aktiv zu sein, sondern wurde schon öfters bei Veranstaltungen der Deutschen Liga gesichtet.

Bei den Unterlagen befanden sich auch Kopien mehrerer Waffenbesitzkarten, des ebenfalls als Parteitagsdelegierten gewählten Günter Schultes aus Köln-Porz. Schultes der ausgebildeter "Schußwaffenleiter" ist, besitzt laut diesen Unterlagen neben einigen Sportwaffen auch eine Pistole Walther GSP und einen Revolver von S&W. Gekauft hat er diese Waffen im Waffengeschäft ERN in Köln-Kalk. Der Besitzer Alfred Ern ist aktives Mitglied der Kölner NPD und tarnt sein Waffengeschäft unter der Bezeichnung "Geschenkartikel" im Telephonbuch. Außer den Waffenbesitzkarten, war in den Unterlagen auch noch die Kopie eines Visums von Günther Schultes für einen Aufenthalt in Kroatien im Sommer 93. Inwieweit sein Waffenbesitz und seine Ausbildung als Schußwaffenleiter mit seinem Aufenthalt in Kroatien zusammenhängen bleibt offen.

Alle drei Nazis, deren Spur ins militante Lager weist, sind Funktionsträger bei den Kölner REPs.

Landesparteitag der DL

Am 12.9.93 fand trotz Verbot der NRW Landesparteitag der Deutschen Liga statt. Die DL hatte vorher ein größeres Verwirrspiel betrieben. Offiziell hatte sie ihn für den 11.9.in Köln angekündigt. David Irving sollte eine Rede halten. Tatsächlich sollte er jedoch ohne Ankündigung schon eine Woche vorher in Hagen stattfinden. Nachdem das Täuschungsmanöver durchschaut war, und für beide Termine eine antifaschistische Mobilisierung angelaufen war, wurden an beiden Orten und Tagen der Parteitag von der Polizei verboten. Ein paar Tage später verschickte die DL jedoch ein FAX mit der Überschrift: "Schwere Schlappe für Polizeipräsident Hosse". Die DL behauptete, ihren Landesparteitag konspirativ am 12.9. in Köln abgehalten zu haben.

Als Delegierte des Landesvorstandes wurden gewählt: Markus Beisicht (Köln) als Landesvorsitzender, gleichberechtigte Stellvertreter wurden Dieter Balk aus Siegen und Bruno Kirchner aus Köln. Beisitzer wurden Ewald Fiebach (Bochum, Amt Finanzen), Volker Jung (Köln, Landesgeschäftsführer), Michael Wiechert (Köln, Amt Schriftführung, Presse), Peter Komusin (Gelsenkirchen), Michael Bransch (Köln), Daniel Schöppe (Köln, Jugendbeauftragter), Adolf Steiner (Castrop-Rauxel, Beauftragter für Ruhrgebiet) sowie Michael Koschka (Düsseldorf, Beauftragter für Niederrhein). Dabei fällt auf, daß die dem militanten Spektrum zuzurechnenden Max Caspary und Meinhard Elbing im neuen Landesvorstand nicht mehr vertreten sind.

Kurz nach dem Parteitag wurde vom neuen Landesvorstand die Herausgabe einer NRW-Zeitung der DL beschlossen. Die erste Ausgabe mit dem Namen "Rhein-Ruhr-Blitz" erschien im November/Dezember unter Leitung von Michael Bransch. Mit der Zeitung soll eine "Offensive der DL in NRW" zum Wahljahr 94 gestartet werden.

Brandanschlag auf ROM e.V.

Im Keller des ROM e.V. brach am Freitag den 8.10.93 ein Feuer aus. Anwesende Roma und Mitglieder des ROM e.V. konnten sich rechtzeitig durch das raucherfüllte Treppenhaus retten. Der ROM e.V. geht von einer Brandstiftung aus. Zwar ist die Ursache des Brandes bis heute nicht geklärt, doch selbst die Polizei geht davon aus, dass der Brand sich nicht selbst entzündete. Der Keller war von aussen zugänglich. Es wurde auch eine verdächtige Person gesehen, die zum Brandzeitpunkt aus

der Tür lief mit den Worten: "Da sind noch Leute drin".

Der ROM e.V. ist schon seit Jahren im Visier der Faschisten. Immer wieder versuchte die Deutsche Liga mit ihrer rassistischen Hetze gegen die Roma in Köln, in die Öffentlichkleit zu kommen.

Brand bei der AIDS-Hilfe

Bei der AIDS-Hilfe Köln wurden in den Büroräumen, zu denen sich jemand gewaltsam Zutritt verschafft hatte, am 9.10. ein Brand gelegt. Die Hintergründe sind unklar. Einerseits, kann das Feuer von einem Einbrecher gelegt worden sein, um Spuren zu verwischen. Andererseits, kann es auch im Zusammenhang mit den zwei Brandanschlägen in den letzten Tagen auf "Von Unge" und den Rom e.V. gesehen werden.

Scheiben eingeworfen

Zum mittlerweile 4. Mal wurden am 12.10.93 die Scheiben des "Cafe-InternationL" in der Kalker Taunusstrasse eingeworfen.

DL-Container soll weg

Über 100 Menschen beteiligten sich Mitte Oktober in Kalk an einer Demonstration gegen den Bürocontainer der Deutschen Liga. Die AnwohnerInnen die schon seit Wochen gegen die Nazipräsenz vor ihrer Haustür protestieren, berichteten von Bespitzelungen seitens der DL. "Die DLer gehen durch die Häuser, schreiben sich die Namen der Bewohner auf und notieren sich die Kennzeichen der Autos, die vor den Häusern abgestellt sind." Auch bei der Demo photographierten DLer die Demonstrationsteilnehmer/innen. In der Dez/Jan-Ausgabe der DL-Zeitung "Domspitzen" veröffentlichten sie ein paar Photos.

Die Aktionen gegen den DL-Container wurden seitdem regelmässig jeden Freitag von mit einer Protestwache fortgesetzt.

Flüchtlingsproteste gegen miserabele Lebendsbedingungen

Über 150 Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina, die auf Schiffen im Deutzer Hafen untergebracht sind, führten am 15.10 einen Hungerstreik durch, um gegen das miserable Gemeinschaftsessen zu protestieren. Sie wollen erreichen, selbst kochen zu können. Ausserdem richtete sich der Protest gegen die katastrophale Unterbrinung in den Schiffen und Containern am Rheinufer. Die Flüchtlinge, die den vollen Sozialhilfesatz, statt der Summe von 60-80 DM "Taschengeld" pro Monat bekommen wollen, führten mit Unterstützer/innen eine Demonstration durch und besetzten einige Tage später die Rathauskantine.

"Mollis ausprobiert"

Immer neue Lächerlichkeiten fallen der Kölner Polizei ein, um rechten Terror in dieser Stadt zu verschleiern. Fünf Jugendliche (zwischen 15 und 17 Jahren) hatten in Köln-Longerich ebenfalls am 15.10 vor einer türkischen Grossbäckerei zwei Flaschen mit Benzin zertrümmert und angezündet. Die Jugendlichen wurden nach ihrer Flucht zwar am Longericher Bahnhof festgenommen, jedoch später wieder freigelassen, da die Polizei nach den Verhören ein Versehen animmt. Sie schließt einen ausländerfeindlichen Hintergrund aus. Die Jugendlichen hätten die Mollis nur mal ausprobieren wollen. Die rechtsradikalen Aktivitäten in Longerich, die sich in letzter Zeit durch Hakenkreuzsprühereien u.a. auch am Longericher Bahnhof, häufen, spielten bei den Ermittlungen der Polizei mal wieder keine Rolle.

Fred Leuchter verhaftet und nach "Justizpanne" geflohen.

Der amerikanische "Auschwitzleugner" Fred Leuchter ist kurz vor seinem Fernsehauftritt bei "Schreinemakers Live" in Köln verhaftet worden. Leuchter leugnet seit Jahren den Massenmord an Juden und Jüdinnen in Ausschwitz. Ein deswegen bestehender Haftbefehl wurde nun vollstreckt. Leuchter, der als amerikanischer "Hinrichtungsexperte" auftritt, konnte seinen Medienauftritt bei RTL nicht wahrnehmen, sondern wurde in Haft genommen. Wenig später war er jedoch wieder auf freiem Fuss. Der Haftbefehl wurde vom Mannheimer Landgericht wieder aufgehoben mit der Begründung, der Tatverdächtige werde sich auch ohne das Druckmittel der Untersuchungshaft dem Verfahren stellen. Wenig später hatte sich Leuchter per Flugzeug in die USA abgesetzt. Ungewöhnlich an der Entlassung Leuchters ist auch, dass zur Zeit der Freisetzung eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft beim Karlruher Oberlandesgericht vorlag. Das OLG hatte angeordnet, die Freilassung bis zu einer endgültigen Entscheidung, auszusetzeten. Da sass LEUCHTER allerdings schon im Flieger. Interessant waren auch die Eingaben seiner Anwälte **Hajo Herrmann** (Düsseldorf) und **Thor von Waldstein** (Mannheim). Sie hatten zur Haftprüfung Eingaben eingereicht, in denen Herrmann schrieb: "Die Behauptung des Angeschuldigten, in Auschwitz habe es keine Gaskammern gegeben, trifft zu.". Da das Leugnen des Massenmordes von Auschwitz auch für Anwälte strafbar ist, hat Herrmann mittlerweile selber eine Anzeige bekommen. Sein Mandat ist jedoch in den USA in Freiheit.

Polizeiüberfall auf Romawohnheim

Offenbar um einen eignene Beitrag, zum bevorstehenden Jahrestag der Reichspogromnacht zu leisten, stürmten am 8.11. etwa 70 Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK) der Polizei, ein Romawohnheim in Dellbrück. Dabei wurden nach Aussagen der Bewohner/innen mehrere von ihnen, u.a. auch ein sechs Monate altes Kind, von den maskierten Beamten verletzt. Anlaß der Razzia war eine Schießerei ein paar Tage vorher, bei der ein Roma mit selben Familiennamen beteiligt war.

Naziliste bei Asta-Wahlen

Unter dem Namen **STATT-ASta** versuchten erstmals seit einigen Jahren wieder, eine Nazigruppierung in den Asta einzuziehen. Der STATT-ASta erreichte allerdings nicht einmal die erforderlichen 45 Unterstützer/innenunterschriften für die Kandidatur. So konnten sie nur zu den Fakultätswahlen in der WiSo und der Jura antreten. Ihr Stimmergebniss war mit etwa 60 Stimmen ein grösserer Flop. Kandidaten der STATT-ASta Liste waren u.a. **Günther Kersten**, der geschäftsführende Kreisvorsitzende der Kölner REPs, **Marcus Kremers**, Fraktionsgeschäftsführer der Leverkusener REPs und ehemals Mitglied der DL, **Dirk Fischer** von der BURSCHENSCHAFT GERMANIA, **Peter Dazert**, und **Axel Wienand**. Kein Wunder, dass die Kontaktadresse des STATT-ASta, Bayenthalgürtel 3, gleichzeitig die Adresse der rechtsextremen Burschenschaft Germania ist.

10.12.93 DL bei Veranstaltung von "WIR"

An diesem Tag wollte sich in Köln eine Art neue "Statt-Partei" mit dem Namen "WIR-Kölner Bürgergemeinschaft" der Öffentlichkeit vorstellen. Die Initiatoren dieser Partei kommen aus einer Vereinigung mehrerer Geschäftsleute in Sülz/Klettenberg und aus einer schon seit 1989 existierenden Bürgervereinigung unter Führung von **Klaus Fuchsius**. Fuchsius war schon 1988/89 durch rassitische Hetze gegen einen geplanten Romalagerplatz in Köln-Junkersdorf aufgefallen.

Die Anhängerschaft der Partei, aus dem dem rechts-konservativen bürgerlichen Spektrum, lockte jedenfalls auch die Kölner Deutsche Liga auf den Plan. Die DL, die als als einzige rechtsextreme Kraft zur Kommunalwahl antreten will, sieht ihre Chancen durch "WIR" schwinden. So tauchten zwischen 20 und 30 DLer, darunter die ganze Prominenz von **Rouhs, Beisicht, Schöppe, Wiechert, Jung** etc... auf der Veranstaltung von "WIR" im Kölner Gürzenich auf. Mehrmals gelangten sie ans Mikrophon und wollten Werbung für die DL betreiben. Der größte Teil der restlichen etwa 200-300 VeranstaltungsteilnehmerInnen wollte die DLer allerdins nicht hören und pfiff sie aus.

Polizisten schwer beleidigt

Am 16.12 fand ein Beleidigungsprozess gegen einen Kölner Strassenmaler statt. Er hatte neben seinen Bildern auf der Schildergasse eine Liste mit Namen von Nazis ausgelegt. Selbige Liste hatte kurz vorher die Zeitschrift "Von Unge" unter der Überschrift "Brandstifter" veröffentlicht. Der Vertrieb der Zeitung war daraufhin per Gerichtsbeschluss, aufgrund einer Anzeige der Kölner Nazis **Heinz-Kurt Täubner** und **Helmut Pauli**, untersagt worden. Im Falle des Strassenmalers fühlten sich neben obigen Nazis allerdings auch die Kölner Polizei beleidigt. Als zwei Polizisten dem Maler die Liste abnehmen wollten, soll er zu ihnen den nun strafwürdigen Satz gesagt haben: "Wenn sie die Nazis so schützen, dann ziehen sie sich doch gleich die braune Uniform an. Die steht ihnen (oder Euch) doch besser". 450 DM Geldstrafe waren die Konsequenz dieser unerhörten Beleidigung.

Rote "Kampfpresse gestoppt"

Mit diesem FAX machte sich **Markus Beisicht** von der DL mal wieder lächerlich. Die Stadtrevue hatte in ihrer Januarausgabe den DL-Kommunalwahlkandidaten (und Mitglied der NPD) **Peter Lignau** portraitiert und auf seine Kontakte ins militante Nazilager hingewiesen. (U.a. verlor Lignau bei Bombastelversuchen ein paar Fingerglieder.) Lignau prozessierte daraufhin mit Hilfe von Beisicht (der sich seit kurzem als Anwalt betätigt) gegen die Stadtrevue. Die vorläufige gerichtliche Verfügung beeinhaltete, daß die Januarausgabe der Stadtrevue nicht weiter gedruckt werden dürfe.

Die Stadtrevue, die am 22.12. herauskam, war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon vollständig ausgeliefert.

DL macht Faxen

Wieder einmal kündigte die DL per FAX grössere Aktivitäten an. Die DL will angeblich einen Europakongress mit Beteiligung des russischen Naziführers **Schirinowski** und des Führeres der französischen Front National **Le Pen** abhalten. Für den Kongress mit abschließender Grossdemonstration erwartet die DL mehrere tausend Teilnehmer. Auf Nachfragen stellte sich heraus, dass die FAX-Politiker der DL, wieder einmal ihre Grossmäuligkeit unter Beweis stellen wollten. Schirinowski hat Einreiseverbot. Le Pen weiß von nichts und die angeblich angemietete Suite für Schirinowski im Holiday Inn ist ein ebensolcher Witz.

Ostwestfalen

NF Zentrum in Pivitsheide wird renoviert

Meinolf Schönborn hat zum Zweck der Renovierung Kameraden eingeladen, für die Zeit der Arbeiten in das Zentrum an der Quellenstr. einzuziehen. Zur Zeit halten sich ca. 6-8 Personen ständig im Haus auf. Die Stimmung in der Quellenstr. hat sich seitdem stark verschärft. Mitglieder der Bürgerinitiative gegen das Nazizentrum werden tätlich angegriffen und mit Steinen beworfen.

Treffen des DKEG gestört

Am 17.11.93 sollte in Hövelhof (Paderborn) ein Kameradschaftstreffen des DKEG (Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes) stattfinden. Beim letzten vom DKEG veranstalteten Treffen vor 3 Jahren hielt Michael Kühnen vor ca. 120 Anwesenden eine Rede. Deshalb blockierten am 17. November ca. 80 AntifaschistInnen den Haupteingang des Tagungslokals Hotel Förster. Die Polizei schritt gegen die Blockierer ein und verhaftete mehrere AntifaschistInnen. Dadurch konnte das Treffen des DKEG relativ ungestört fortgesetzt werden.



Germanische Recken (hier in Berlin) bald auch im Fernsehen?

Völkerverständigung bei Germanen?

In Verbindung mit dem Bonner TV-Produktionsbüro plant **Hermann Zu** (Horn Bad Meinberg) einen Film zum Thema "Die alten Germanen und die heutige Völkerverständigung". Die ersten Drehtermine sind bereits abgeschlossen. Es sei wichtig, daß Nationalsozialismus und Germanentum nicht gleichgesetzt werden dürften, es gebe allerdings auch keinen Grund, die Augen vor der eigenen Kulturgeschichte zu verschließen, betonte Hermann Zu in der Lippischen Landeszeitung. Nun kann der Wille zur öffentlichen Abgrenzung zu faschistischen Tendenzen nicht bestritten werden, allerdings sprechen die Fakten eine andere Sprache. Herrn Zu lassen sich unter anderem Kontakte zum rassistischen Armanenorden und zu dessen Leiterin **Sigrun Schlichting**, eine der zentralen Personen des germanischen Heidentums, nachweisen. Auch in seiner Veröffentlichung "Zeitspringer" unter dem Titel "Teutonische Postwurfsendung" mokiert er sich über die Empfänger einer von Rolf B. aus Bochum hergestellten Postille namens "Zeig-er-zeitung", die die Initiatoren ".nur aufgrund einiger Hakenkreuze" schon als Faschisten beschimpften.

Sauerland

Razzia gegen "Sauerländer Aktionsfront"

Am 4.11.1993 fand eine groß angelegte Razzia gegen die SAF (Sauerländer Aktionsfront) statt. Rund 100 Polizeibeamte und 7 Dortmunder Staatsanwälte durchsuchten 15 Wohnungen und Arbeitsstätten in Meschede, Olpe, Winterberg, Bestwig und in Arolsen (Hessen) und Kassel (Hessen). Bei der Durchsuchungsaktion konnten unter anderem mehrere Gaspistolen, eine Übungsgranate samt Zünder, ein Gewehr, ein Nachtsichtgerät und auch Computerdisketten, Videobänder und Hakenkreuzfähnchen beschlagnahmt werden. Die zehn Beschuldigten mußten zunächst mit zur Vernehmung, waren aber einen Tag später wieder auf freiem Fuß. Ermittelt wird gegen die SAF wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, unter anderem weil sie mit einem aus Bundeswehrbeständen stammenden Gewehr Schießübungen in einem Steinbruch durchgeführt haben soll.

Zum ersten Mal tauchte die SAF im August 1991 als Verantalterin eines Konzerts am Hennesee öffentlich auf; seitdem werden regelmäßig Flugblätter verteilt und Schulungen durchgeführt. Im Sommer 1992 rief die SAF zu einer Anti-Antifa-Demonstration in Meschede auf, bei der **Thomas Wulf** (NL, Hamburg), **Christian Worch** (NL, Hamburg), **Michael Petri** (DA) und **Otto Riehs** (Altnazi und Ritterkreuzträger) als Redner auftraten. Hervorgegangen ist die SAF aus drei verschiedenen Sauerländer Skin-Gruppen. Noch vor Kurzem wurde in Meschede ein Mann zusammen-

Sauerland

geschlagen, weil er auf seinem Auto einen Aufkleber gegen Ausländerfeindlichkeit hatte.

Auch ein Infotelefon nach Mainzer Vorbild wurde für die SAF von dem 23jährigen **Thomas Kubiak** aus Winterberg-Züschen betrieben. Neben der SAF konnten dort auch der inzwischen verbotene "Freundeskreis Freiheit für Deutschland", der "Freundeskreis revolutionärer Volkssozialisten", der "Völkische Bund" und die FAP ihre Nachrichten verbreiten.

Vor allem der am 1.8.1993 tödlich verunglückte **Thomas Fink** (Vorher schon Mitglied bei NPD, FAP und Bismark-Jugend) kümmerte sich um den Aufbau der SAF. Alleine in Meschede soll es 40 aktive Mitglieder geben.

Die Razzia am 4.11. kam sehr spät und wohl auch nur aufgrund öffentlichen Drucks zustande. Monatelang hatten Polizei und Staatsschutz dem Treiben der SAF tatenlos zugesehen, obwohl es schon vor zweieinhalb Jahren bei dem Hennesee-Konzert zu massiven Übergriffen durch Nazi-Skins gekommen war. Welche Wirkung die Durchsuchungsaktion erzielt, bleibt abzuwarten. Bereits einen Tag später tauchten an mehreren Mescheder Schulen SAF-Flugblätter gegen die Polizeiaktion auf.

Nicht so zimperlich zeigte sich die Staatsschutzseite beim Vorgehen gegen SAF-Gegener. Als Folge einer Aktion gegen diese Gruppe im Herbst 93 sitzen noch heute hessische Antifaschisten in Untersuchungshaft.

Siegen

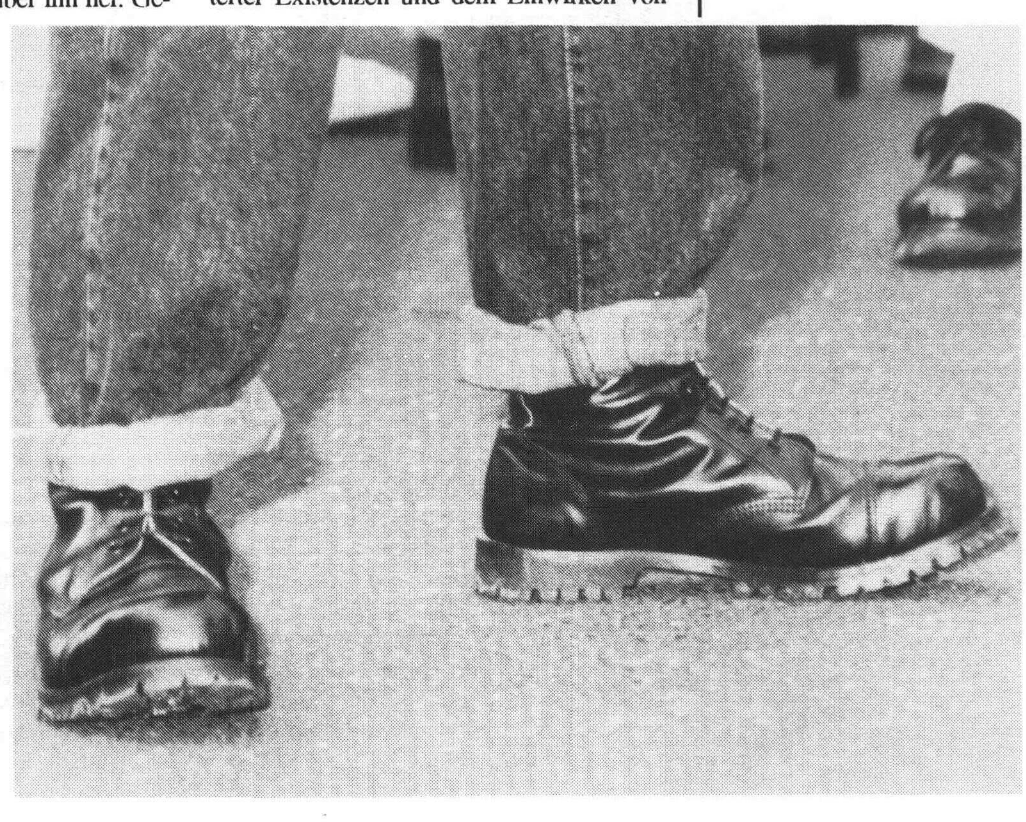
Skinheadprozeß in Siegen am 9.12.93

Das Sprichwort vom "nützlichen Idioten" hat sich wieder einmal bewahrheitet. Diesmal in einem Skinheadprozeß vor dem Siegener Landgericht. Drei Skins aus dem Raum Siegen waren angeklagt, einen wehrlosen Passanten grundlos brutal zusammengeschlagen zu haben.

Vor ca. einem Jahr im Oktober 1992 hatten sich die drei Siegener Skins getroffen, um zu einem FAP Treffen im Fascholokal "Anker" bei Hennef im Rhein-Sieg-Kreis zu fahren. Auf dem Weg dorthin fiel ihnen ein Passant auf der nächtlichen Landstraße auf, in dem sie glaubten einen Ausländer erkannt zu haben. Gemeinsam lauerten sie dem Mann auf und fielen über ihn her. Gemeinsam schlugen sie auf den Wehrlosen ein und traten ihn solange, bis er bewußtlos auf der Landstraße liegenblieb. Erst als ein Auto auf der Straße erschien, machten sich die Faschos aus dem Staub. Weil sie angeblich mal wieder zuviel getrunken hatten, wurde der Mann einfach liegenlassen. Diesem Umstand verdanken es die Skins, daß sie nicht wegen versuchten Mordes, sondern nur wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr verurteilt wurden. Dabei ist es unerheblich, daß die Skins bereits wegen ähnlicher Delikte einschlägig vorbestraft waren, bzw. danach noch brutaler vorgingen. Einer der Beteiligten, **Patrick Schreiber** ist Mitverantwortlicher an dem Mord des Behinderten Bruno Kappi, geschehen am 15.12.92 in Siegen.

Arme Jungs!

Der vorsitzende Richter holte vor der eigentlichen Verkündung der Urteils noch einmal kräftig aus. Eine wahre Litanei von prägenden Kindheitserlebnissen wurde da verlesen, welche die Umstände beschrieben, unter denen die Angeklagten zur rechten Szene gekommen sein sollen. Der Richter vergaß jedoch den Zusammenhang zwischen den Lebensbiographien gescheiterter Existenzen und dem Einwirken von



Siegen

organisierten Neonazikreisen auf solche Figuren. Diese wußten nur allzugut, daß der Prozeß mehr Zündstoff in sich hatte als der Richter erkennen mochte. In sichtlicher Sorge um eine mögliche Aufdeckung von verdeckten Neonazistrukturen im Siegerland marschierten während des Prozesses auch führende FAP Mitglieder aus Siegen am Landgericht auf. Dort wollten sie einem aussagebereiten Skin drohen und Prozeßbesucher einschüchtern. So waren dem Aussteiger schon Morddrohungen zugegangen, für den Fall, daß er dort aussagen würde.

Das Urteil

Jedoch war die Aufregung für die FAPler fehl am Platze, da sich das Urteil nur an den individuellen Fehlentwicklungen der Angeklagten orientierte. Inwieweit organisierte Neonazikreise eine solche Tatmotivation produzieren und gutheißen, wurde nicht hinterfragt. So verurteilte die Kammer des Siegener Landgerichtes **Uwe Weber** zu 4 Jahren und 6 Monaten, **Mark Drexler** zu 4 Jahren und 3 Monaten und **Patrick Schreiber** zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft. Was blieb, war ein Prozeß ohne erleuchtenden Hintergrund und ein paar Neonaziführer, die sich über ein paar "nützliche Idioten" für ihre Propaganda freuen konnten, die für sie in den Knast gehen. Vielleicht hätten sich die Verurteilten besser vorher über die Methoden in der Neonaziszene informiert, denn bereits der 1991 verstorbene Neonaziführer **Michael Kühnen** sagte ...:" Die Bösen sind die Skinheads, die sind verrückt und dumm. Sie denken nicht mit den Köpfen, sondern mit dem Bauch. Sie können zwar gute Soldaten sein, aber keine brauchbaren Menschen. Uns nützen sie gar nichts. Wir werden sie nicht bei uns aufnehmen, sie schaden, was die gemacht haben, wird uns zugeschrieben."...

Solingen

Kongreß gegen Rassismus und Neofaschismus

Kein Vergessen - Handeln! Unter diesem Motto fand vom 3. bis 5. Dezember 1993 ein bundesweiter Kongreß in Solingen statt.

Organisiert hatte ihn das Bündnis "Solinger Appell", das sich nach dem Anschlag Ende Mai gegründet hatte und dem zahlreiche fortschrittliche und linke Solinger Gruppen angehören. Bereits bei der Eröffnungsveranstaltung kam es zum Eklat. Solingens Oberbürgermeister **Gerd Kaimer**, der zuvor die Eröffnungsrede gehalten hatte, verließ brüskiert den Saal, nachdem der in Berlin lebende, aber aus Solingen stammende Journalist Walid Nakschbandi in seiner Rede die Stadt Solingen wegen Verharmlosung der örtlichen Nazi-Szene kritisiert hatte. Kaimer hatte zuvor mehrfach die Rede des Journalisten durch Zwischenrufe unterbrochen. Während die Stadt ansonsten durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Räumen den Kongreß unterstützte, ignorierte die lokale Presse das Ereignis weitgehend. Schade auch, daß der Kongreß im wesentlichen von Leuten und Initiativen aus der näheren Umgebung besucht wurde. Der angestrebte "bundesweite Charakter" konnte so nicht erreicht werden. Gelungen waren vor allem die zahlreichen Arbeitsgruppen mit kompetenten ReferentInnen, die sich dem "Thema" aus verschiedenen Blickwinkeln näherten und interessante Diskussionen eröffneten. So waren "Sozialpsychologische Hintergründe von Rassismus" genauso Thema wie "Deutsches Großmachtstreben" oder "Die Rolle der Medien". Vermißt wurde allerdings der lokale Bezug, die Einschätzung der konkreten Entwicklung in Solingen und was sich seit dem Anschlag in der Stadt verändert hat. So kamen weder die weit über hundert anstehenden Prozesse wegen der Ausschreitungen, noch neuere Informationen zu den Hintergründen des verheerenden Anschlags zur Sprache. Insgesamt ging es dem Kongreß wie der gesamten antifaschistischen Bewegung: Strategien, wie die bedrohliche Rechtsentwicklung gestoppt werden kann, wurden nicht gefunden. Trotzdem ist zu hoffen, daß die stellenweise recht gut besuchte Veranstaltung den örtlichen Initiativen Auftrieb gibt.

Waffen für Neonazis

Ausgerechnet eine Firma aus Solingen vertreibt Waffen über einen in Schweden erschienenen Katalog, der von Neonazis herausgegeben wird und in der internationalen Neonazi-Szene Anklang findet. Die Firma "Cuno Melcher KG" aus der Klingenstadt hat nach offiziellen Angaben Sportwaffen des Fabrikats ME, Gaspistolen und -revolver, Vorderladerwaffen, Schreckschußwaffen, Jagdmesser, Scheibenrevolver und anderes im Angebot. Sie versucht über den 50seitigen Katalog ihre "ME 453 Kal.: 45, das neue Superkaliber für optimale Verteidigung", an den braunen Mann zu bringen. Die Firma exportiert nach Nordamerika und in europäische Staaten. Andere Anbieter, beispielsweise aus den USA, offerie-

ren im Katalog gar Flugabwehrraketen und Maschinengewehre.

Der Katalog wird von dem schwedischen Verlag "Old Eagle Publicatios" herausgegeben, gemanagt vom früheren Vorsitzenden der neofaschistischen "Norsk Front", **Tor Erik Nilsen**. Der gebürtige Norweger vertreibt auch neofaschistisches Propagandamaterial. Werbung für den Waffenkatalog macht der neofaschistische Versand "Ultima Thule" aus Dänemark, der auch Propagandamaterial der NSDAP-Aufbauorganisation verteibt.

Der Katalog wird aus Niedersachsen verschickt. In der Nähe der Versandanschrift leben die Neofaschisten **Gabriele** und **Michael Pohl**, die ebenfalls im rechten Verlagswesen und Versandhandel aktiv sind. Ihr Versandangebot findet sich nun auch im Warenlager von "Ultima Thule".

Kissel spendet für NPD

Der Solinger Bauunternehmer **Günther Kissel** unterhält seit Jahrzehnten Kontakte in den Rechtsextremismus, dem Verfassungsschutz (VS) ist er als "Spender für verschiedene rechtsextremistische Organisationen bekannt". Nach Berichten des "Stern" leistete er auch finanzielle Unterstützung für die NPD im Raum Wuppertal/Solingen, die nach dem Brandanschlag am Pfingstwochenende in Solingen massig Spenden erhielt. Die Informationen des Stern wurden vom Düsseldorfer VS bestätigt.

Kissel besitzt in Solingen weiterhin ungetrübtes Ansehen. Im Oktober weihte er zusammen mit Oberstadtdirektor **Deubel** das SeniorInnenwohnhaus "Haus Brandenburg" ein. Auch der Vorsitzende des rechtslastigen Bundes der Vertriebenen war geladen, die "Pommersche Volkstanzgruppe" trat auf.

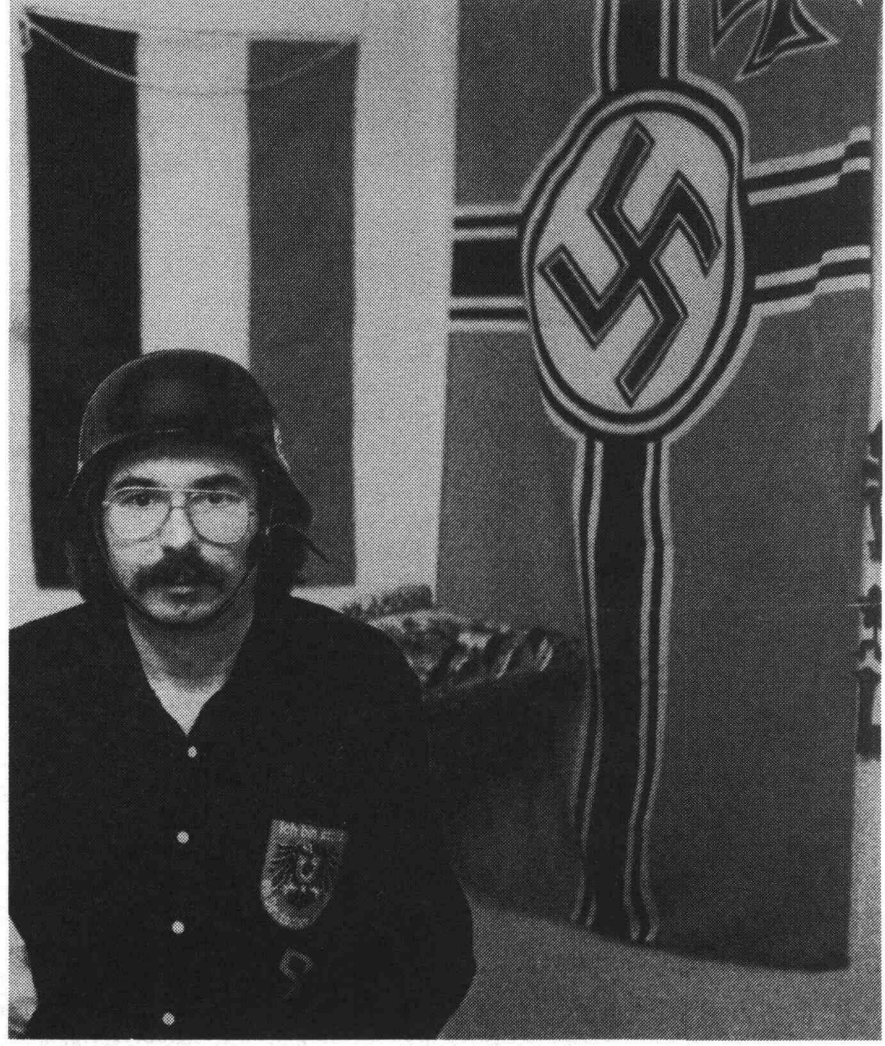
Koch baut ADI auf

Solingens notorischer Neofaschist **Bernd Koch**, der den Presserummel nach dem Brandanschlag ausgiebigst zur Selbstdarstellung nutzte, baute im letzten Jahr im Stillen eine neue faschistische Gruppe auf. Sein neuer Zirkel heißt ADI oder auch "Arbeitskreis Deutscher Interessen" und fordert "Ausländerstopp Jetzt". ADI wurde am 23. März 1993 gegründet und gab in den letzten Monaten eine Reihe von Flugblättern heraus. Auch eine Ausgabe der zweiseitigen Zeitschrift "Sprachrohr" wurde veröffentlicht.

Stellvertretender Vorsitzender und Pressesprecher ist der Solinger **Hans-Eberhard Schmidt**, der nach Informationen der antifaschistischen Solinger Zeitschrift Tat-(w)ort gleichzeitig Vorsitzender des Kreisverbandes Solingen der Republikaner ist.

Kontakte bestehen nach Castrop-Rauxel zum "Bund deutscher Arbeitsloser und sozialschwacher Bürger", der unter Vorsitz von **Adolf Steiner** die "Deutsche Liga" im Wahljahr 1994 unterstützen will. Steiner ist Beauftragter der DL für das Ruhrgebiet, auch der Solinger Koch steht der deutschen Liga zumindest nahe und nutzte deren Zeitschrift "Deutsche Rundschau" für die Rekrutierung von Kameraden.

Nach einem Bericht der Zeitschrift "Widerstand/ Die Neue Front" der von **Michael Kühnen** aufgebauten GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), hat der bewährte Kamerad Koch der GdNF Zusammenarbeit signalisiert. Koch sei Kampfgefährte der Gemeinschaft und langjähriger Mitarbeiter, heißt es in dem Artikel. Laut "Widerstand/ Die Neue Front" gibt es auch in Berlin einen ADI-Ableger. Für ein dort veröffentlichtes Anti-Antifa-Flugblatt, das dazu aufruft, namentlich aufgeführte "linke Radikale" zu suchen, zeichnet sich neben Koch der Berliner **Oliver Kulik** verantwortlich.



Stern-Foto

Bernd Koch

Solingen

Im September/Oktober gab es mehrere Sachbeschädigungen auf der Baustelle des geplanten deutsch-türkischen Kindergartens "Elele" in Solingen-Höhscheid. Gerade dieser Kindergarten sollte nach dem Mordanschlag ein Zeichen der Versöhnung setzen. Mehrere Male wurde die Baustelle verwüstet, der Bauzaun eingerissen und schließlich am frühen Morgen des 23. Oktober eine Bautoilette angezündet.

Die Täter der Brandstiftung, drei sechzehnjährige Solinger, offenbarten sich aufgrund ihres "schlechten Gewissens" einer Vertrauensperson und wollten mit ihren Geständnissen verhindern, mit einem rechtsradikalen Hintergrund in Verbindung gebracht zu werden. Alles sei nur ein Jux gewesen, gaben die drei bei ihrer Vernehmung an.

Selbst die Polizei ist da mißtrauisch. Die Sonderkommission für fremdenfeindliche Straftaten hat die Ermittlungen übernommen.

Provokationen in der Solinger City

Am 4. Dezember, einem verkaufsoffenen Vorweihnachtssamstag lief ein 25jähriger Solinger vor den Augen hunderter Passanten durch die Fußgängerzone und skandierte zum Hitlergruß 20 Minuten lang lautstark Naziparolen.

Nur ein Zeuge alarmierte die Polizei, die das Ex-Mitglied der "Bergischen Front" gegen heftigen Widerstand auf einer öffentlichen Toilette stellte. Obwohl die Streifenbeamten anschließend zahlreiche Augenzeugen befragten, wollte niemand Aussagen zu Protokoll geben. Nur eine einzige Passantin gab an, von der Sache etwas mitbekommen zu haben. Nur diese Zeugenaussage führte zu einer Anzeige wegen Verwendung nationalsozialistischer Zeichen und Redewendungen. Am gleichen Abend wurde der Nazi wieder auf freien Fuß gesetzt.

DiscobesucherInnen bedroht

Erst jetzt wurde bekannt, daß am Abend des 15. Oktobers eine Gruppe rechter Skins zahlreiche BesucherInnen der Discothek "Exit" an der Müngstener Brücke bedrohte. Die alarmierte Polizei stieß bei der Durchsuchung eines der Skin-Autos auf Diebesgut und Waffen. Einer der Fahrzeuginsassen wurde festgenommen.

Wuppertal

Republikaner und NF-Schläger

Ermittlungen schonen Wuppertaler Republikaner und Solinger Verein "Hak-Pao"/ AntifaschistInnen verurteilt

Wegen Auseinandersetzungen an einem Infotisch der Republikaner mußten sich drei antirassistische WuppertalerInnen vor Gericht verantworten. Wuppertals Ermittlungsbehörden ließen das gemeinsame Auftreten der REPs mit militanten Rechten im Dunkeln.

Mit den Worten "Der politische Kampf wird forciert auf die Straße getragen, um noch aggressiver als bisher den politischen Gegner zu attackieren..." kündigte der Landesvorsitzende der Republikaner in NRW, **Uwe Goller** aus Hamm, im November letzten Jahres eine neue Offensive an. Sechs Monate später wurde in Wuppertal deutlich, was Goller meinte. In der Nähe des Flüchtlingswohnheims in Ronsdorf betrieben die örtlichen REPs einen Infostand und verteilten Flugblätter, geschützt vom "Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband" (bzw. "Hak-Pao") des berüchtigten Solingers **Bernd Schmitt** (Die Antifa-NRW-Zeitung berichtete). Das Flüchtlingswohnheim wurde in den vergangenen Jahren mehrfach das Ziel von fremdenfeindlichen Angriffen. In den in Ronsdorf verbreiteten Pamphleten forderten die REPs unter anderem die Abschaffung des individuellen Rechts auf politisches Asyl.

Die Kampfsportler unter Führung des Trainers Schmitt waren deutlich an einheitlichen Plastik-Trainingsanzügen zu erkennen. Einige waren in der Nähe des Standes oder an den zugehörigen Autos postiert, andere begleiteten Flugblattverteiler. Der Stand wurde zusätzlich von Polizisten in Zivil geschützt. Auch eine Woche danach waren Schmitt und Konsorten für die Wuppertaler REPs tätig. AntifaschistInnen beobachteten, daß ein Treffen der REPs in den Stadiongaststätten von den Solingern geschützt wurde.

Zu den in Ronsdorf anwesenden Republikanern gehörte der ehemalige Vorsitzende des Kreisverbandes Wuppertal, **Ernst-Günther Kunz**. Er arbeitet als Berufsschullehrer in Wuppertal und war in den 80er Jahren als Funktionär in der NPD aktiv. Am Stand befanden sich außerdem REP-Mitglied **K. Grimm** (37), Werkzeugmacher aus Remscheid, sowie **Karsten Milde**. Flugblätter verteilten **Harry Merker** aus Remscheid sowie ein weiterer REP namens **Meier**. In der Nähe hielt sich auch der stellvertretende Landesvorsitzende **Burghard Stieglitz** auf. Auch **Sven Gantenberg** gehörte zur Riege der REPs, kurzzeitig tauchte noch ein Herr **Patermann** auf.

Nach verbalen Protesten gegen das Auftreten der Flüchtlingsfeinde kam es zu Auseinandersetzungen, die mit Rempeleien von Seiten der REPs begannen und in deren Verlauf der Infotisch von der Straße geräumt wurde. Die Rechten setzten mindestens eine Gaspistole sowie CS-Gas aus der Sprühflasche ein und fügten mehreren Personen Verletzungen zu. Anwesende PolizistInnen nahmen drei AntifaschistInnen fest, die sich Anfang Dezember wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und anderem vor Gericht verantworten mußten.

Das Verfahren am Wuppertaler Amtsgericht begann mit einem Befangenheitsantrag gegen die Richterin **Borbach-Klein**. Sie habe, so die Verteidigung, bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in der Volkshochschule antisemitische und ausländerfeindliche Straftaten verharmlost. Bei dieser Diskussion ging es um die Schändung des jüdischen Friedhofs in der Hugostraße und die Zerstörungen an der griechischen Schule, bei denen Hakenkreuze hinterlassen wurden. Nach Auffassung von Frau Borbach-Klein habe es sich lediglich um zufällige Dumme-Jungen-Streiche gehandelt, berichtete die Verteidigung. Die Verteidigung befürchtete, daß die Richterin angesichts dieser verharmlosenden Ansichten im jetzigen Verfahren kein neutrales Verhalten zeigen würde.

Das Amtsgericht lehnte den Befangenheitsantrag nach langer Beratung ab. Die Äußerungen der Richterin, die nach Angaben der Verteidigung bei der Diskussion wörtlich gesagt haben soll, sie spüre "ein ganz klein bißchen Ausländerfeindlichkeit in sich", wurden nicht als ausländerfeindlich gewertet.

Befangenheitsanträge unterbrachen die dann beginnende Verhandlung noch mehrmals. Im Verlauf der Verhandlung wurden zwei Zeugen der Republikaner vernommen, die die Angeklagten nicht identifizieren konnten. Beide, Kunz und Grimm, wollen von den nationalistischen Solinger Kampfsportlern nichts gewußt und nichts gesehen haben. Grimm sprach immer wieder von einem Ei, das ihn an der Stirn getroffen haben soll und dann seinen Blick trübte. Er habe Reizgas dabei gehabt und bei dem angeblichen "Angriff" auch eingesetzt, gab er offen zu. Richterin und Staatsanwalt billigten sein Verhalten. Bei der Polizei hatte er andere, widersprechende Aussagen gemacht. Daß er wenig glaubhaft war, zeigte sich auch daran, daß er mal diesen, mal jenen Republikaner als Organisator des Standes nannte.

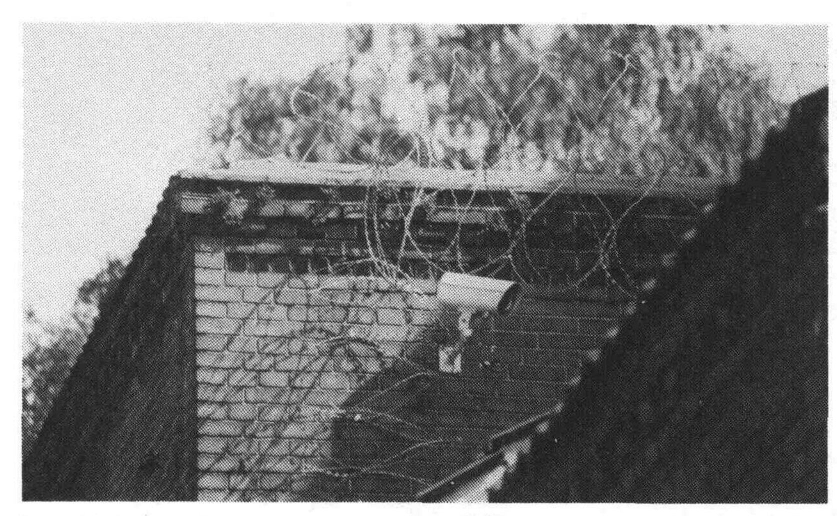
Das Auftreten des Solinger Kampfsportvereins, in dem im April 1992 eine politische Schulung durch NF-Funktionär **Meinolf Schönborn** durchgeführt wurde und der im gleichen Jahr als Saalschutz unter anderem für die NF arbeitete, wurde von den Ermittlungsbehörden nicht beleuchtet. Angesichts der Überlegungen der Bundesregierung, mit verschärfter Repression auch gegen die REPs vorzugehen, eine eindeutige Parteinahme für die angeblichen "Demokraten". Offensichtlich haben die verantwortlichen Polizisten entsprechende Vorarbeit geleistet und die Militanten von vorne herein verschwiegen. Trainer Bernd Schmitt besitzt bekanntlich deutlichen Einfluß bei einigen Beamten der politischen Polizei Wuppertals (Die Antifa NRW Zeitung berichtete in der letzten Ausgabe).

Nach einer letzten Verhandlungspause wegen eines Befangenheitsantrags gegen die Richterin, der schließlich überraschend zurückgezogen wurde, gaben alle drei Angeklagten Widerstand gegen PolizeibeamtInnen bei ihrer Festnahme zu. Der Staatsanwalt ließ in der verfahrenen Situation die anderen Anklagepunkte fallen. Ohne Polizeizeugen zu befragen, verurteilte die Richterin den 20jährigen Angeklagten nach dem Jugendstrafrecht zu 30 Stunden gemeinnütziger Arbeit, die 29- und 35jährigen Angeklagten zu Geldstrafen von 25 Tagessätzen à 25 bzw. 30 Mark. Versöhnlich gestand sie ihnen zu, aus "anerkennenswerten Gründen" gehandelt zu haben.



Wuppertal im Mai 1993: Reps bei Aufräumarbeiten

Die Republikaner werden vermutlich bei ihrem militanten Kurs bleiben. Der Landesvorsitzende Goller bat kürzlich in einem Schreiben den Ortsvorsitzenden der REPs in Hünxe, eine Gruppe von 100 aktiven Personen aufzubauen. Diese sollen in der Lage sein " innerhalb einer Woche bereit zu stehen, um unsere Positionen ins Volk zu tragen. Es sollen mutige und anständige Kerle sein, die die Auseinandersetzung nicht scheuen."



Abschiebeknast in Wuppertal

"Schwarze Sheriffs" schließen Abschiebehäftlinge weg

Während in anderen Abschiebehaftanstalten in NRW Häftlinge Verzweifelungstaten wie Selbstmorde oder Selbstmordversuche begingen oder durch Hungerstreiks und Zellenverbarrikadierungen ihren Protest zum Ausdruck brachten, blieb es in den seit vier Monaten bestehenden Wuppertaler Abschiebeknästen ruhig, zumindest nach offiziellen Angaben. In Wuppertal wurde trotz der angespannten psychischen Situation von Abschiebehäftlingen, denen oft eine unsichere Zukunft bevorsteht, erstmals in NRW ein privater Wachdienst zum Wegschließen von Flüchtlingen und illegalen ArbeitsimmigrantInnen eingesetzt (wir berichteten). Dieses Modell soll auf die neue Abschiebehaftanstalt in Büren bei Paderborn übertragen werden.

Nach der drastischen Einschränkung des Asylrechts, die am 1. Juli 1992 wirksam wurde, wurden in Wuppertal zwei Abschiebehaftanstalten in Betrieb genommen. Die eine befindet sich in Barmen am Sedansberg und hat 66 Plätze, die andere ist ein provisorischer Containerknast auf dem Lichtscheid mit 200 Plätzen.

In der Justizvollzugsanstalt am Simonshöfchen, wo bis vor einem halben Jahr noch Abschiebehäftlinge mit anderen Gefangenen gemeinsam untergebracht waren, war es zu eng geworden. Eine steigende Zahl von Häftlingen sowie mehr als 200 Drogenkranke, denen in der Haftanstalt nicht geholfen werden kann, machten die Einrichtung besonderer Knäste für Abschiebehäftlinge notwendig. Zusätzlich stieg durch die rigorosere Ausweisungspraxis der Ausländerämter die Zahl der Abschiebehäftlinge. Sie haben lediglich gegen das Aufenthaltsrecht verstoßen, dennoch sind ihre Haftbedingungen schlechter als bei Straftätern: Das Düsseldorfer Justizministerium sieht keine sozialarbeiterische oder psychologische Betreuung vor, es gibt keine Arbeitsmöglichkeiten und keine DolmetscherInnen.

Eine minimale Betreuung leisten zwei evangelische Gefängnisseelsorger, die für insgesamt 900 Gefangene in Wuppertal zuständig sind und ihre Möglichkeiten eher als "hilflos" beschreiben. Sie bezeichnen die fehlende psychosoziale Betreuung als "ungeheuerliche Neuerung". Die medizinische Versorgung wird von einem Vertragsarzt vorgenommen.

Die Häftlinge bleiben im Schnitt sechs Wochen in Abschiebehaft. Sie werden einfach bis zur Abschiebung weggeschlossen, auf dem Lichtscheid zu sechst in einem 30qm Container. Eine Aufgabe, die von den Beschäftigten des Justizvollzugs nur ungern übernommen wird und die nicht ihrer zweijährigen, Psychologie, Pädagogik und Sozialarbeit umfassenden Ausbildung entspricht.

Die Landesregierung setzte auf dem Wuppertaler Lichtscheid erstmals einen privaten Wachdienst in Kombination mit Personal aus dem Justizvollzug für die Bewachung der Häftlinge ein. Dieses Wuppertaler Modell soll demnächst auf die 450 Haftplätze umfassende Abschiebehaftanstalt in Büren bei Paderborn übertragen werden, wo geeignetes Vollzugspersonal fehlt. Mit der Inbetriebnahme von Büren wird dann das Provisorium auf dem Lichtscheid stillgelegt, vermutlich Ende Februar.

Nach vier Monaten Erprobung konnte von den Verantwortlichen noch keine Bilanz über den Einsatz privater Wachdienste gezogen werden. Der Dienst sei so organisiert, daß wichtige Entscheidungen nach wie vor von den Bediensteten des Justizvollzugs getroffen werden. Der private Wachdienst übernimmt einfache Tätigkeiten wie Betreuung, Essen bringen, Gespräche führen, Anträge entgegen nehmen. Bei Transporten seien Vollzugsbeamte beteiligt. Der private Wachdienst müsse von den BeamtInnen lernen. Der Wachdienst Kötter aus Essen hat offensichtlich besonders ausgesuchtes Personal zu Nie-

drigpreisen in Wuppertal eingesetzt, wahrscheinlich mit Blick auf den langfristigen Folgeauftrag in Büren. Einige Wachmännern sollen mehrere Sprachen sprechen und so besonders für die Aufgabe geeignet sein.

Auf dem Lichtscheid sind 50 Wachleute eingesetzt, in Büren werden es zwei- bis dreimal so viel sein. Insider bezweifeln, daß der Firma Kötter in diesem Umfang ähnlich geeignetes Personal zur Verfügung steht. Auch Rassisten könnten in die Wachmannschaften gelangen.

REP-Treffen in städtischen Räumen verhindert

Schon seit mehreren Jahren trifft sich der Wuppertaler Ableger der Schönhuber-Partei in den Stadiongaststätten. Während der Wahlkämpfe 1989 und 1990 wurden hier einige Treffen der REPs von antifaschistischen WuppertalerInnen verhindert oder massiv gestört. Die Stadiongaststätten sind aber nicht die einzigen städtischen Räumlichkeiten, die den REPs zur Verfügung standen. Im April 1990 konnte der frühere SS-Mann **Schönhuber** in der Stadthalle sprechen, geschützt von prügelnden Polizisten aus Sondereinsatzkommandos. Danach wurde es stiller um die REPs. Sie tagten allerdings in den folgenden Jahren ungestört weiter in den städtischen Räumen am Stadion, was der frühere Vorsitzende des Kreisverbandes Wuppertal, **Ernst-Günther Kunz**, anläßlich eines Prozesses gegen AntifaschistInnen am 9.12.93 vor dem Wuppertaler Amtsgericht in seiner Zeugenaussage bestätigte.

Nachdem nun am 9. November dieses Jahres, dem Jahrestag der Reichsprogromnacht, ein Treffen der REPs in den Stadiongaststätten verhindert wurde, wurden empörte Stimmen wieder lauter. Die Grünen forderten die Stadt Wuppertal auf, den Vertrag mit dem Pächter der Stadiongaststätten zu lösen. "WSV-Fans gegen rechts" riefen für den 23. November zu einer Kundgebung vor den Stadiongaststätten auf. Republikaner erschienen an diesem Tag nicht, in den Gaststätten tagte die von etwa 40 AntirassistInnen überraschte Wuppertaler Kfz-Innung. Die WSV-Fans und andere Gruppen sammeln Unterschriften, die der Forderung nach einer Auflösung des Pachtvertrags Nachdruck verleihen sollen. Sie fordern in einem Flugblatt auch dazu auf, zunächst einmal die Stadiongaststätte zu meiden.

Wuppertals Republikaner schafften es nicht immer, sich als rechte, angeblich "demokratische" Partei gegen noch weiter rechts stehende Neofaschisten abzugrenzen. Der prominenteste REP Wuppertals, **Burkhard Stieglitz**, der stellvertretender Landesvorsitzender in NRW ist, forderte beispielsweise im September 1991 ein "Hochschulinstitut zur Erforschung der Geschichtsverfälschungen in der Nachkriegszeit". Hinter dieser Forderung steckt eines der wichtigsten, von der neofaschistischen Szene in den letzten Jahren propagierten Themen: die sogenannte "Auschwitzlüge". Neonazis wiederholen immer wieder die Behauptung, der Holocaust sei eine Erfindung der Siegermächte, um das Dritte Reich zu diskreditieren. Und das zu einer Zeit, wo die Öffnung der ehemaligen Sowjetunion Einblick in Archive gestattet, in denen große Mengen bislang unbekannter Dokumente über die Greuel der Nazis verborgen lagen.

Ein anderer Wuppertaler REP, **Claus Jordan**, schickte 1990 gar einen Teil des "Leuchterreports" an den damaligen Bundesjustizminister. In diesem pseudo-wissenschaftlichen Werk behauptet der US-amerikanische Spezialist für elektrische Stühle, **Fred Leuchter**, im KZ-Auschwitz wären keine Menschen vergast worden. Der Justizminister bestätigte damals, bei diesem Pamphlet des sich fälschlich als "Ingenieur" ausgebenden Leuchter handele es sich um eine wissenschaftliche Untersuchung. Mittlerweile hat die Justiz ihre Meinung korrigiert. Leuchter saß vor kurzem noch in Mannheim in Haft, etliche Personen, die seine Lügen in der BRD verbreiteten, wurden wegen Volksverhetzung verurteilt.

Am 8. Mai 93 ließen die Republikaner sich und ihren Infotisch in Wuppertal-Ronsdorf von dem Solinger **Bernd Schmitt** und seinem "Deutschen Hochleistungs-Kampf-



Jordan und Ex-Rep-Chef Schütz in den Stadiongaststätten

kunstverband" (DHKKV, auch "Hak-Pao") schützen, allerdings wenig erfolgreich. Schmitt und seine Kampfsportler standen der verbotenen "Nationalistischen Front" nahe. Eine Woche wurden Schmitt und Konsorten dann beim REP-Treffen in den Stadiongaststätten eingesetzt, wie die "Antifaschistische Aktion" beobachtete.

Unter dem Eindruck der von der Bundesregierung angedrohten Repression gegen "Republikaner" leugnen die REPs insbesondere die Zusammenarbeit mit Schmitt (siehe Artikel "REPs und NF-Schläger"). Auch Parteichef Schönhuber drohte auf dem letzten Bundesparteitag der REPs in Rastatt: "Wer in Verbindung mit extremistischen Gruppen steht, fliegt raus".

NPD-Kandidat stieg aus

Im November tauchten an verschiedenen Stellen Wuppertals Plakate auf, auf denen neben den Namen zweier Bundesminister aus dem ganz rechten Flügel der Unionsparteien zahlreiche WuppertalerInnen mit Name und Anschrift vermerkt waren. Ihre Namen stammen von der Reserveliste der NPD zur Kommunalwahl 1989. Einer von ihnen, **Markus-Heribert Schäfer**, stieg nach seiner Kandidatur aus der NPD aus.

Nach einem Bericht der "Wupper Nachrichten" trat der frühere Hooligan Schäfer im Alter von 16 Jahren den Jungen Nationaldemokraten (JN) bei. Er war im Stadion angesprochen worden und begeisterte sich für das billige Bier in der Alsenstraße, wo NPD und JN früher ihre Wuppertaler Zentrale besaßen. Im Alter von 22 Jahren habe er "im besoffenen Kopf" für die Reserveliste seine Unterschrift gegeben. Er habe damals schon über die NPD-Hardliner gelacht und distanziert sich heute völlig von den Neofaschisten.

Schäfer, Beschäftigter von Bayer in Wuppertal, wurde nach der Kandidatur von einer linken Gruppe des Betriebsrats zu einem langen Gespräch geladen. Auch sein Fußballverein sei wieder auf ihn zu gekommen. Dies seien für ihn Gründe gewesen, aus der NPD auszusteigen. Auch andere Bayer-Beschäftigte stiegen, so Schäfer, nach den Gesprächen mit dem Betriebsrat ebenfalls aus der NPD aus. Drohend wirkte, so die "Wupper Nachrichten", beispielsweise der Rausschmiß aus der IG Chemie, die Aktivitäten in der NPD mit den Zielen der Gewerkschaft für nicht vereinbar hält. Schäfer geht heute ganz in der ehrenamtlichen Tätigkeit für seinen Fußballverein auf.

Nach Informationen aus Hooligan-Kreisen wechselte Schäfer 1989 nach seinem Ausstieg aus der NPD zu den Republikanern. Antifaschisten beobachteten ihn damals bei einem REP-Treffen in den Stadiongaststätten. Es gibt keine Hinweise darauf, daß Schäfer heute noch Kontakte zu den REPs unterhält.

Prozeß wegen Angriff auf ein Flüchtlingsheim

Genau ein Jahr nach dem Anschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in der Albertstraße fand vor dem Jugendschöffengericht ein verspäteter Prozeß gegen einen der Täter statt. Er war zum ersten gemeinsamen Termin nicht erschienen, so daß er abgetrennt verhandelt werden mußte. Viel Neues brachten die Aussagen des 20jährigen nicht hervor: nach reichlichem Bierkonsum auf der Barmer Kirmes (die im letzten Jahr anscheinend Treffpunkt rechter Jugendlicher war) seien sie zur Werther Brücke gegangen, hätten an einer Baustelle gesammelt und diese in die Scheiben des Heckinghauser Wohnheims geworfen. Einer aus der Gruppe hatte zur "Einschüchterung" mehrere Schüsse mit der Gaspistole abgefeuert. Auch die ausländerfeindlichen Parolen, die gegröht wurden, waren laut Aussagen des Angeklagten auf den hohen Alkoholspiegel zurückzuführen. Mit dem Satz "Wenn ich in den Ferien in der Türkei bin, bin ich ja auch Ausländer - dann möchte ich auch nicht, daß die mich mies behandeln" setzte der Randalierer seiner dreisten Unschuldstour die Krone auf. Der Richter ließ sich davon anscheinend beeindrucken und verhängte ein milde Strafe: sechs Monate auf Bewährung.

Prozeß wegen Anpöbeleien

Vier Jugendliche im Alter zwischen 15 und 20 Jahren mußten sich Mitte Dezember vor dem Jugendschöffengericht wegen gemeinsam begangener Nötigung verantworten. Sie hatten in der Nähe ihres Treffpunktes am Rabenweg eine Gruppe Flüchtlinge angepöbelt und ausländerfeindliche Parolen gegröhlt. Ein 20jähriger hatte den Flüchtenden mit einer Gasknarre hinterher geschossen - er wurde zu drei Wochen Dauerarrest verurteilt. Die drei anderen müssen an einem sozialen Trainingskurs des Jugendamtes teilnehmen.

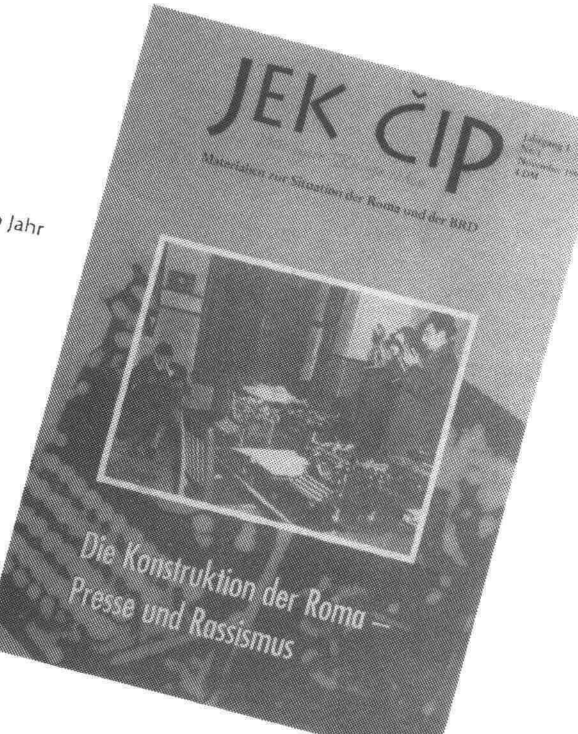
Überfall in der Barmer Innenstadt

Schauplatz einer anderen rassistischen Straftat war wieder einmal die Barmer Innenstadt. Am 2. Januar überfielen gegen 21.00 Uhr drei Skins eine 17jährige Ausländerin auf dem Werth. Die drei Typen tauchten zunächst hinter ihr auf, beschimpften sie, bis plötzlich einer der drei auf sie einschlug, während ein anderer sie festhielt. Der Schläger soll ca. 20 Jahre alt sein und trug eine grüne Bomberjacke. Alle drei entkamen leider unerkannt und ungestraft.

JEK ČIP

erscheint unregelmäßig, 4 Ausgaben pro Jahr
Einzelpreis: 4,— DM
Abonnement (für zunächst 6 Ausgaben):
20,— DM (zuzüglich Versandkosten)

Herausgeber:
Rom e. V.
Bobstr. 6-8, 50676 Köln,
Tel: 0221/24 25 36 Fax: 0221/240 17 15
in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung





Herausgeberkreis:
Holger Elias, Jürgen Roth, Prof. Hans See,
Eckard Spoo, Dieter Schenk, Polf Uesseler
Herausgegeben von:
Hi-Verlag Ralf-Dieter May
Mittnachtstr 9, 72760 Reutlingen
Tel.:07121/334421 Fax:07121/330284
Redaktion: Ralf-Dieter May (rdm);
Ronald Thoden (th)

12'er Abonnement: DM 78.- frei Haus, incl. MwSt. Das Abonnement gilt für 12 Ausgaben und verlängert sich jeweils um weitere 12 Ausgaben, wenn es nicht sechs Wochen vor Erhalt der 12. Ausgabe schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich.
Einzelpreis: DM 5,80 incl. MwSt.

ANTIFA JUGENDINFO Nr. 11

Erscheinungsdatum: **14. Januar 1994**
ViSdP: **Kai Mara**
Vertrieb/Abos: **Antifa-Versand**
Anschrift für alle: **ANTIFA JUGENDINFO BRD**
GNEISENAUSTR. 2A
D - 10961 BERLIN





Herr Schönhuber bei einer innerparteilichen Säuberungsaktion !